

Weidner, Helmut; Brandl, Sebastian

Working Paper

Synopse zu Arbeit und Nachhaltigkeit in Zukunftsstudien

WZB Discussion Paper, No. P 01-511

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Weidner, Helmut; Brandl, Sebastian (2001) : Synopse zu Arbeit und Nachhaltigkeit in Zukunftsstudien, WZB Discussion Paper, No. P 01-511, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/50290>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

P01-511

Synopse zu Arbeit und Nachhaltigkeit
in Zukunftsstudien

Helmut Weidner, Sebastian Brandl

Querschnittsgruppe „Arbeit & Ökologie“

Im WZB sind auf Initiative des Präsidenten „Querschnittsgruppen“ zu Themen eingerichtet worden, die in mehreren Abteilungen bearbeitet werden und abteilungsübergreifend besondere Aufmerksamkeit verdienen. Bestehende Forschungsansätze und Forschungsarbeiten werden neu ausgerichtet auf wissenschaftliche Zusammenhänge hin, deren Erforschung von der Verknüpfung unterschiedlicher abteilungsspezifischer Kompetenzen profitieren kann. In Querschnittsgruppen werden auf Zeit problembezogene Forschungs Kooperationen organisiert.

Die Querschnittsgruppe Arbeit & Ökologie konzentriert ihre Aktivitäten in den Jahren 1998 und 1999 auf ein Forschungsprojekt, das soziale und arbeitspolitische Aspekte in ihrer Wechselwirkung mit zentralen Elementen von unterschiedlich akzentuierten Nachhaltigkeitskonzepten zum Untersuchungsgegenstand hat. Es wird in einem Forschungsverbund mit den Kooperationspartnern Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie (WI) durchgeführt und von der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) gefördert. An dem Projekt „Arbeit + Ökologie“ beteiligen sich seitens des WZB Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aus sechs Forschungseinheiten. Eckart Hildebrandt (Abteilung „Regulierung von Arbeit“) und Helmut Weidner (Abteilung „Normbildung und Umwelt“) koordinieren die Querschnittsgruppe und leiten das Forschungsprojekt, an dem auch externe Experten beteiligt sind.

Über die Arbeitsergebnisse wird fortlaufend in WZB-discussion-papers informiert. Eine Übersicht der bisher erschienenen Papiere findet sich am Ende des vorliegenden papers.

Weitere Projektinformationen sind im Internet unter <http://www.wz-berlin.de/aoe/> und <http://www.a-und-oe.de> erhältlich.

Verbundprojekt „Arbeit + Ökologie“

Die Gewerkschaften haben im DGB-Grundsatzprogramm von 1996 die Gestaltung einer nachhaltigen Entwicklung zu einer wichtigen Aufgabe erklärt. Ihre Suche nach einer sozial-ökologischen Reformstrategie steht unter der Prämisse, daß ökonomische, ökologische und soziale Nachhaltigkeitsziele gleichwertig verfolgt werden müssen, wobei erhebliche Defizite bei der Berücksichtigung der sozialen Dimension von Nachhaltigkeitskonzepten konstatiert werden.

Vor diesem Hintergrund haben sich die drei Forschungsinstitute DIW, WI und WZB mit ihren jeweils spezifischen fachlichen Kompetenzbereichen zum Forschungsprojektverbund „Arbeit + Ökologie“ zusammengetan. Dessen Hauptziel ist es, soziale und arbeitspolitische Aspekte in ihrer Wechselwirkung mit zentralen Elementen von unterschiedlich akzentuierten Nachhaltigkeitskonzepten zu untersuchen. Damit soll die Diskussion in Deutschland mit neuen Aspekten belebt und den Gewerkschaften eine fundierte Grundlage für ihren Strategiebildungsprozeß geboten werden.

Dabei wird sich das Forschungsprojekt auf drei Leitfragestellungen konzentrieren: (1) das Verhältnis zwischen den sozialen Implikationen von Nachhaltigkeitsstrategien und gewerkschaftlichen Zielen, (2) die Bausteine einer sozial-ökologischen Reformstrategie und (3) die Rolle der deutschen Gewerkschaften in einem gesellschaftlichen Nachhaltigkeitsdiskurs.

Das Projekt ist in die folgenden drei, zeitlich gestaffelten Phasen gegliedert:

Querschnittsanalysen: Sie dienen der Erfassung und Klärung der vielfältigen Wechselbeziehungen zwischen Nachhaltigkeit und Arbeit, die sich aus ökonomischer, sozialer und ökologischer Sicht ergeben. Hierbei wird es auf der Makroebene etwa um Fragen von Wirtschaftswachstum, Beschäftigungsentwicklung, sozialer Sicherheit und Ressourcenverbrauch gehen; auf der Mikroebene werden neue Arbeitsverhältnisse und Arbeitszeiten, das Verhältnis von formeller und informeller Arbeit sowie sozial-ökologische Innovationspotentiale untersucht. Die Analyseergebnisse sollen Grundlagen für die Beurteilung von Szenarien schaffen und der Formulierung von Strategien dienen.

Szenarioanalysen: Um dem Spektrum verschiedener Positionen in der Nachhaltigkeitsdiskussion gerecht zu werden, sollen zwei unterschiedliche Nachhaltigkeitsszenarien entwickelt und analysiert werden. Das sogenannte ökonomisch-soziale Szenario (DIW) geht von der ökonomischen Kritik an der vorherrschenden Wirtschaftspolitik aus, während das sogenannte ökologisch-soziale Szenario (WI) auf der ökologischen Kritik vorherrschender umweltrelevanter Politikmuster basiert. Als Hintergrundfolie für die Beurteilung dieser beiden Nachhaltigkeits-szenarien dient ein sogenanntes angebotsorientiertes Kontrastszenario (DIW), das auf einer Fortschreibung bisher dominierender wirtschaftspolitischer Konzepte beruht.

Erarbeitung von Strategieelementen: Die Bewertung der Szenarien nach (aus den Querschnittsanalysen gewonnenen) ökonomischen, ökologischen und sozialen Kriterien der Nachhaltigkeit soll Zielkonflikte und -synergien aufdecken und damit der Strategieformulierung dienen. Diese können – gemeinsam mit weiteren Strategien, die aus der Analyse von Konfliktpotentialen und aus den Querschnittsanalysen gewonnen wurden – einen Beitrag für die Entwicklung einer gewerkschaftlichen sozial-ökologischen Reformstrategie liefern.

Arbeitspolitisch-soziale Querschnittsanalysen

Der Versuch, soziale Interessenlagen und gesellschaftliche Entwicklungsdynamiken mit ökologischen Anforderungen in Verbindung zu bringen, stößt unmittelbar auf die tiefe Trennung der gesellschaftlichen Systemlogiken (Ökologie, Ökonomie, Soziales), die in den gültigen Regelungssystemen, den Strategien und Maßnahmen der gesellschaftlichen Akteursgruppen in den jeweiligen Politikfeldern und auch in den Köpfen der Wissenschaftler eingeschrieben ist. Obwohl immer wieder Initiativen zur Verknüpfung von Arbeit und Ökologie gestartet werden, sind diese bisher punktuell und widersprüchlich geblieben. Das Beispiel der Beschäftigungswirkungen von Umweltschutzmaßnahmen ist hier das prägnanteste. Eine systematische Analyse der Vielfalt und der Vielschichtigkeit der Zusammenhänge steht bisher aus.

Zur Überwindung dieser Segmentierung, und um die vielfältigen Wechselwirkungen zwischen Arbeit und Ökologie zu erfassen, führt das WZB für den arbeitspolitisch-sozialen Teil des Forschungsvorhabens eine breite Überblicksanalyse zu den Berührungspunkten zwischen Arbeit und Ökologie durch, die durch drei Politikfelder geprägt werden: den Entwicklungstrends der Erwerbsarbeit (Wettbewerbsmodelle), der Stellung der Arbeit in Nachhaltigkeitskonzepten bzw. ihre arbeitspolitischen Folgen und den Zukunftserwartungen an Arbeit, wie sie von der Arbeitsbevölkerung und ihren Interessenvertretungen gesehen werden (Wohlstandsmodelle).

Mit dieser Vorgehensweise soll (a) die ganze Breite arbeitspolitischer Gestaltungsfelder durchgeprüft werden, um sicherstellen, daß auch die eher indirekten ökologischen Voraussetzungen und Folgen arbeitspolitischer Strategien erfaßt werden, (b) die verschiedensten Wechselwirkungen analysiert werden, ohne sie aus den arbeitspolitischen Bewertungszusammenhängen zu lösen, sowie (c) durch die breite Überblicksanalyse alle für eine gewerkschaftliche Nachhaltigkeitsstrategie relevanten Felder und Strategien ausfindig gemacht werden, d. h. sowohl Bereiche hoher Synergie wie auch Bereiche absehbarer Konflikte.

Aufgrund der Wahl eines breiten, überblicksanalytischen Ansatzes ergab sich notwendigerweise das Problem der Strukturierung und Bündelung der zahlreichen Themenbereichsanalysen. Hierzu wurden fünf Themenfelder konstruiert, in denen Detailanalysen anzufertigen waren, die um Überblicksanalysen ergänzt werden. Die Themenfelder lauten:

- I. Arbeit im und durch Umweltschutz
- II. Risiken und Chancen in der Erwerbsarbeit, neue Arbeitsformen und Arbeitsverhältnisse
- III. Gesundheitsschutz – Arbeitsschutz – Umweltschutz
- IV. Neue Formen der Arbeit und der Versorgung
- V. Neue Regulierungsformen

Die arbeitspolitisch-soziale Querschnittsanalyse des WZB stellt mit ihrer Vielzahl von Bereichsanalysen durch die analytische Erschließung des Zusammenhangs von Entwicklungstrends der Erwerbsarbeit mit den Anforderungen einer nachhaltigen Entwicklung unter Einbeziehung der subjektiven Wertvorstellungen zu Arbeit einen eigenständigen Forschungsschritt dar. Mit der Veröffentlichung der einzelnen Studien werden die Resultate der arbeitspolitisch-sozialen Querschnittsanalysen einer breiten Diskussion zugänglich gemacht.

P01-511

Synopse zu Arbeit und Nachhaltigkeit in Zukunftsstudien

Helmut Weidner, Sebastian Brandl

Zusammenfassung

Die erste Phase des bundesdeutschen Nachhaltigkeitsdiskurses wurde von ökologischen Problemstellungen dominiert. Erst im Laufe der zweiten Hälfte der neunziger Jahre fanden die Massenarbeitslosigkeit, die Probleme der sozialen Sicherung und ökonomischer Leistungsfähigkeit Eingang in den Nachhaltigkeitsdiskurs. Zeitgleich fand das „Drei-Säulen-Modell“ nachhaltiger Entwicklung breitere Akzeptanz. Ziel der vorliegenden deskriptiv-analytischen Betrachtung ist zu erfassen, ob und inwiefern es ab der sog. Wuppertal-Studie zu Veränderungen der Gewichtungen der drei Nachhaltigkeitsdimensionen gekommen ist, ob und wie die soziale Dimension und darunter besonders die arbeitspolitischen Aspekte gleichberechtigt einbezogen und ausgeformt wurden und wie, über die konzeptuellen Fortschritte hinaus, gesellschaftliche Interessenvermittlung und akteursrelevante Bezüge entwickelt wurden. Hierzu werden die relevanten Nachhaltigkeits- und Zukunftsstudien anhand von neun Kategorien ausgewertet. Daran anschließend wird der Verlauf des Nachhaltigkeitsdiskurses in Bezug auf die Fragestellungen synthetisiert. Am Ende wird den ausgewerteten Studien das Verbundprojekt „Arbeit und Ökologie“ gegenübergestellt.

Abstract

Ecological problems stood in the centre of the first phase of the German discourse about sustainable development. Only in the second half of the last decade mass unemployment, the problems of the social system and economic competitiveness had been established as topics in this discourse. Meanwhile the acceptance of the “Three-Pillar-Model” of sustainable development has grown. It is the aim of this descriptive and analytical paper to investigate whether and how since the publishing of the so-called “Wuppertal-Studie” changes have taken place between the dimensions of sustainability, if and how the social dimension and in particular employment-related topics have been treated equally and how they have been worked out, and how, above conceptual progress, the arrangements of different interests in society and the actor relations have been developed. For this aim the relevant studies on sustainable development and future studies will be analysed in this paper along nine categories. In the next step the changes in the discourses on sustainable development will be summarised. At the end of this paper the surveyed studies will be contrasted with the interdisciplinary project on “Work and Environment”.

Inhalt

1. Arbeit als Kategorie nachhaltiger Entwicklung	1
2. Auswahl- und Analyse Kriterien	3
3. Merkmale ausgewählter Zukunftsstudien	6
3.1 Studie des Wuppertal-Instituts „Zukunftsfähiges Deutschland“	6
3.2 Umweltbundesamt-Studie „Nachhaltiges Deutschland“	8
3.3 Bayerisch-sächsische Kommission für Zukunftsfragen „Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland“	10
3.4 Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung	15
3.5 Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages	19
3.6 Bericht an den Club of Rome (O. Giardini/P. M. Liedtke)	23
3.7 Enquetekommission „Zukunftsfähiges Berlin“ des Berliner Abgeordnetenhauses	28
3.8 Institut für Organisationskommunikation (IFOK): Diskursprojekt „Bausteine für ein zukunftsfähiges Deutschland“	31
3.9 Zukunftskommission Gesellschaft 2000 der Landesregierung Baden- Württemberg	35
4. Zusammenfassung der Synopse: Der Arbeits- und Nachhaltigkeits- diskurs in Deutschland	41
5. Arbeit und Soziales im Fokus – das Verbundprojekt „Arbeit und Ökologie“	50
Literatur	57

1. Arbeit als Kategorie nachhaltiger Entwicklung

Durch den Bericht der von den Vereinten Nationen eingesetzten Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (*Brundtland-Bericht*; Hauff 1987) und durch die Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 (UNCED) wurde nachhaltige Entwicklung zu einem weltweit akzeptierten Begriff bzw. zu einer Vision weltweit zukunftsfähiger Entwicklung. In unterschiedlicher Weise ist versucht worden, die zentralen abstrakten Normen des Brundtland-Berichts, die *intergenerative* und *intragenerative Gerechtigkeit* zu konkretisieren. Die Brundtland-Kommission versuchte, mit ihrem Bericht die Umweltdebatte des Nordens sowie die verteilungs- und entwicklungspolitische Debatte des Südens zusammenzuführen und eine gemeinsame Lösungsstrategie zu finden. Dies entsprach der von der UN-Vollversammlung verabschiedeten Aufgabenstellung. Darin wurde bereits die Berücksichtigung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Dimension der menschlichen Entwicklung festgelegt (UN 1983), welche ebenso im Mandat der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung verankert war (WCED 1985). Entgegen der häufigen Interpretation von Nachhaltigkeit als erweitertes ökologisches Projekt ist festzuhalten, dass die primäre Zielsetzung der Kommission mit dem Konzept nachhaltiger Entwicklung in der Sicherung der Entwicklungsfähigkeit der Menschheit, nicht im Umweltschutz lag. Es geht um den dauerhaften Erhalt der Voraussetzungen für menschliche Bedürfnisbefriedigung (Hauff 1987: 46), dabei um Grundbedürfnisse ebenso wie um das Streben nach einem besseren Leben (ebd.: 74). Diese Auffassung hat sich bspw. auch die OECD zu eigen gemacht; in ihrer Erläuterung von Sustainable Development werden zuallererst die „needs“ genannt (OECD 1999: 18). Ebenso weist Brandt (2000: 11) auf die Vorrangigkeit des Entwicklungsbegriffs hin und hebt hervor, dass es primär um die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse geht. Der Schutz der Umwelt gerät insofern nur als notwendige Rahmenbedingung für menschliche Entwicklung in das Blickfeld der Betrachtung. Diese anthropozentrische Sichtweise mündet nach Brandt in der Frage nach einer langfristig tragfähigen Regulierungsform der Naturnutzung, die am Maßstab sozialer Gerechtigkeit orientiert ist.

Ausgehend von der Aufgabenstellung der Brundtland-Kommission findet mittlerweile das so genannte „Drei-Perspektiven-Modell“ (Deutscher Bundestag 1998) bzw. das „Drei-Säulen-Modell“ weit reichende Anerkennung. Nachhaltigkeit wird dabei als integrativer Ansatz verstanden, in dem ökonomische, ökologische, soziale Aspekte menschlicher Entwicklung gleichberechtigt und gleichwertig zu behandeln sind (ebd.: 18), die OECD (1998, 1999) spricht von der Notwendigkeit, eine integrative Sichtweise zu entwickeln, der Rat der Sachverständigen für Umweltfragen (SRU 1994: 2.*) von der inneren Einheit der drei Säulen, nach der ökonomische, soziale und ökologische Entwicklung nicht voneinander abgespalten oder gegeneinander ausgespielt werden dürfen.

Vor diesem Hintergrund fällt am bundesdeutschen Nachhaltigkeitsdiskurs seine Konzentration auf ökologische Fragen und seine weitgehende Vernachlässigung der sozialen Aspekte der Nachhaltigkeit auf. So musste bspw. die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Schutz des Menschen und der Umwelt“ feststellen, dass die ökonomischen und sozialen Regeln der Nachhaltigkeit bisher weit weniger entwickelt sind als die ökologischen und dass es an ausreichenden wissenschaftlichen Grundlagen und politischen Debatten für

die Verknüpfung der drei Säulen mangelt (Deutscher Bundestag 1998: 19). Über die Identifikation der Industriegesellschaft als Problemursache – aufgrund der ihr innewohnenden Dynamiken soziale und Arbeitsmarktprobleme durch wirtschaftliches Wachstum und mehr Ressourcenverbrauch zu lösen – wird der sozialen Dimension meist eine nachgelagerte Rolle bei der Umsetzung ökologischer Ziele/Umstellungs- und Reduktionserfordernisse zugewiesen (Stichwort: Akzeptanz) oder es werden die, unserer Ansicht nach zentralen, arbeitspolitischen Belange einseitig funktionalisiert (Arbeitsplätze durch Umweltschutz). Weiter gehende Fragen der Arbeitsqualität oder der ökologischen und sozialen Dimension informeller Arbeiten finden, wenn überhaupt, selten empirisch fundiert Eingang in die Debatte.

Die Zentralität von Arbeit für Nachhaltigkeit ergibt sich bereits aus der Definition der Brundtland-Kommission. Arbeit ist wesentliches Mittel zur Bedürfnisbefriedigung und Vergesellschaftung. Ohne sie findet keine gesellschaftliche Entwicklung statt und wird kein gesellschaftlicher Reichtum produziert. Arbeit ist zentraler Reproduktionsmechanismus unserer Gesellschaft. Jedoch hat sie einen ambivalenten Charakter, so wie sie die Entwicklung stimuliert und Reichtum schafft, bewirkt sie zugleich die Veränderung und Vernutzung der natürlichen Umwelt. Im Stellenwert und in der Art und Weise der Organisation von Arbeit drückt sich das gesellschaftliche Naturverhältnis deutlich aus.

Die Zentralität von Arbeit liegt auch auf der individuellen Ebene vor, die konkrete Form der Arbeitstätigkeit prägt einen Großteil der aktiven Zeit der Menschen, trägt zu individueller Identitätsbildung bei und ist wesentlicher Träger der sozialen Integration der Individuen in die Gesellschaft. Ebenso hängen von der Teilhabe an Erwerbsarbeit für den Großteil der Bevölkerung direkt oder indirekt materieller Wohlstand und soziale Sicherheit ab. Arbeit steht als Bestandteil der alltäglichen Lebensführung im Zentrum eines kulturellen Ganzen, das Arbeitsform, Freizeit und Konsum miteinander verbindet. Bedürfnisbefriedigung vollzieht sich jedoch nicht nur über Erwerbsarbeit. Ebenso tragen Versorgungs- und Familienarbeit im Haushalt, in Eigenarbeit hergestellte Güter und Dienstleistungen sowie ehrenamtliche, bürgerschaftliche oder Gemeinschaftsarbeit zu Wohlstand bei, indem sie materielle und immaterielle Bedürfnisse der Individuen und der Gesellschaft befriedigen. Insofern verweist der umfassende Anspruch des Nachhaltigkeitskonzepts auf den Beitrag aller Formen der Arbeit zur Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Die Einbeziehung informeller Arbeiten als produktive und notwendige gesellschaftliche Arbeitsformen, welche ebenfalls zugleich ökologisch destruktive Folgen haben, verlangt nach einer Veränderung der vorherrschenden dualen Konzeptualisierung von (Erwerbs-)Arbeit und Leben.

Vor diesem Hintergrund bekommt der mittlerweile seit Jahrzehnten geführte Diskurs um die Zukunft der Arbeit (das Motto des Soziologentags 1982 lautete „Krise der Arbeitsgesellschaft?“) eine neue Bedeutung.¹ Einen Neuaufschwung hat die Debatte um die Zukunft der Arbeit in den neunziger Jahren erlebt. Angesichts steigender Arbeitslosigkeit und der Zunahme prekärer, atypischer Beschäftigungsverhältnisse wurde die Frage neu aufgeworfen, ob wir vor dem Ende der Arbeitsgesellschaft stehen oder, anders gewendet, was eine geeignete neue Konzeptualisierung von „Arbeit“ sein könnte, die eine realistische, gesamtgesellschaftliche Perspektive dafür eröffnet, wie Arbeits- und soziale Sicherheitsbedürfnisse zukünftig befriedigt werden können.

1 Ein Überblick zum Arbeitsdiskurs in Deutschland findet sich bei Pfarr/Linne (1998).

2. Auswahl- und Analyse Kriterien

Die Frage nach der ökologischen Überlebensfähigkeit und die nach der Zukunft der Arbeit führten zu einer Reihe von Zukunftsstudien. Diese Studien werden nachfolgend ausgewertet. Dabei werden nur solche Studien einbezogen, die primär auf Deutschland ausgerichtet sind oder hier breit rezipiert wurden, die Nachhaltigkeit im Anschluss an die sog. Wuppertal-Studie umfassend konzeptualisieren oder die eine Zukunftsvision von Arbeit entwickeln, die für eine zukunftsfähige, nachhaltige Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft relevant sein kann. Solche Studien zeichnen sich in aller Regel aus durch eine relativ aufwendige wissenschaftliche Fundierung, eine gewisse empirische Absicherung, ein eher breites Spektrum einbezogener Faktoren, die Intention, eine gesamtgesellschaftliche (mehrheitsfähige oder durchsetzbare) Gestaltungsperspektive zu bieten, und schließlich auch durch ihre Verankerung in einflussreichen oder anerkannten Institutionen, deren Stimme üblicherweise über engere Zirkel hinaus öffentliches Gehör findet. Nur solche Studien sollen hier berücksichtigt werden, die demgemäß auf einer nach wissenschaftlichen Methoden geleiteten Überprüfung der gegenwärtigen Situation und absehbaren Trends aufbauend, eine perspektivische Langfristpolitik entwerfen, die also über inkrementalistische Veränderungen hinausgehend einen eigentlichen Systemwandel durch strukturelle Veränderung von Kerninstitutionen bezwecken.

Die folgenden neun Publikationen erfüllen die genannten Voraussetzungen weitgehend:

- BUND und Misereor (Hg.): Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer globalen nachhaltigen Entwicklung (Basel 1996) (im folgenden Wuppertal-Studie genannt),
- Umweltbundesamt: Nachhaltiges Deutschland: Wege zu einer dauerhaft umweltgerechten Entwicklung (Berlin 1997),
- Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung: Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sozialer Zusammenhalt, ökologische Nachhaltigkeit. Drei Ziele – ein Weg (Bonn 1998),
- Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen: Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen (Bonn 1997) (hier wurde Teil III „Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungslage“ berücksichtigt),
- Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Schutz des Menschen und der Umwelt“: Abschlußbericht. Konzept Nachhaltigkeit. Vom Leitbild zur Umsetzung (Bonn 1998),
- Enquetekommission „Zukunftsfähiges Berlin“ des Abgeordnetenhauses von Berlin: Zukunftsfähiges Berlin (Berlin 1999),
- IFOK, Institut für Organisationskommunikation (Hg.): Bausteine für ein zukunftsfähiges Deutschland. Diskursprojekt im Auftrag von VCI und IG Chemie-Papier-Keramik (Wiesbaden 1997),
- Zukunftskommission Gesellschaft 2000: Solidarität und Selbstverantwortung. Von der Risikogesellschaft zur Chancengesellschaft; Bericht und Empfehlungen der Zukunftskommission Gesellschaft 2000 der Landesregierung Baden-Württemberg (Stuttgart. 1999).

Darüber hinaus wurde eine weitere Studie einbezogen, die zwar nicht auf Deutschland begrenzt ist, doch auch als radikaler Gegenentwurf zum „Modell Deutschland“ vor allem wegen ihrer beschäftigungs- und sozialpolitischen Vorschläge gelten kann:

- Orio Giarini, Patrick M. Liedtke: *Wie wir arbeiten werden*. Bericht an den Club of Rome (Hamburg 1997).

Aufgrund Zahl und Umfang der Veröffentlichungen können die jeweiligen Begründungszusammenhänge hier nicht ausgeführt und selbst die zentralen Argumente nur grob wiedergegeben werden. Die Synopse wird entlang folgender Kriterien durchgeführt:

- *Leitbild und Nachhaltigkeitsbegriff*

Zum Grundverständnis der jeweiligen Studie soll verdeutlicht werden, auf welchen politischen, gesellschaftlichen oder wirtschaftlichen Annahmen und Orientierungen die Autoren ihre Studien aufgebaut und wie sie ihren Nachhaltigkeitsansatz – sofern geschehen – konzeptualisiert haben.

- *Zeitperspektive*

Die Frage der Zeitperspektive resultiert aus dem Nachhaltigkeitskonzept selbst. Die ethische Grundlage des Konzepts ist die Verpflichtung, der kommenden Generation eine gleichwertige Ausstattung mit Ressourcen zu hinterlassen (intergenerative Gerechtigkeit), wobei deren konkrete Bedürfnisse und Formen der Bedürfnisbefriedigung zukunfts offen sind.

- *Soziale Gesichtspunkte*

Die Thematisierung der sozialen Belange erfolgte bisher einseitig und lückenhaft im bundesdeutschen Nachhaltigkeitsdiskurs. Zu untersuchen ist daher, ob in den Studien hierzu Fortschritte festzustellen sind bzw. welche sozialen Sachverhalte in den Studien einbezogen wurden und welche Rolle sie darin einnehmen.

- *Arbeitsbegriff*

Arbeit ist wesentliches Medium für Bedürfnisbefriedigung. In der Organisation von Arbeit findet das gesellschaftliche Naturverhältnis seinen Ausdruck. Damit stellt sich die Frage, welche arbeitspolitischen Sachverhalte die Studien problematisieren, wie sie mit der bisherigen Verengung des Arbeitsbegriffs umgehen und ob sie ein zukunftsfähiges Konzept von Arbeit entwickeln.

- *Wechselwirkungen der Nachhaltigkeitsdimensionen*

Ausgehend von der tiefen Trennung von wissenschaftlichen Disziplinen und der funktional ausdifferenzierten Bearbeitung der Nachhaltigkeitsdimensionen in getrennten politischen Ressorts liegt eine Hauptaufgabe zunächst darin, die Wechselbeziehungen und Wechselwirkungen zwischen den Dimensionen zu ermitteln. Mit der Analyse der Wechselwirkungen ist die Grundlage für integrierte Nachhaltigkeitsstrategien zu legen.

- *Strategieelemente*

Die Entwicklungspfade zu Nachhaltigkeit werden notwendigerweise von heutigen Zuständen ausgehend hin zu gewünschten Zuständen entworfen. Die Entwicklungsrichtung wird dementsprechend einmal durch zielführende Strategien (Erhalt der Potentiale

der Bedürfnisbefriedigung) bestimmt, zum anderen aber durch die Ausgangssituation und die strukturelle Dynamik des Politikfeldes („Pfadabhängigkeit“).

– *Rolle des Staates*

Welche Aufgabe nimmt der Staat zukünftig ein, wird er als garantierender Minimalstaat, als autoritär steuernder oder als eher moderierender konzipiert, wie kann und soll er den formulierten Anforderungen entsprechen? Verändert Nachhaltigkeit in spezifischer Weise die Konzeptualisierung des Staates?

– *Akteursbezüge*

Die breite Beteiligung gesellschaftlicher Gruppen in einem politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses der Nachhaltigkeit gehört spätestens seit der Konferenz der Vereinten Nationen zu Umwelt- und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro (UNCED) mit der dort verabschiedeten Agenda 21 zu einer Grundnorm nachhaltiger Entwicklung. Folglich ist zu analysieren, welche Rolle die kollektiven Akteure bei der Findung und Umsetzung von Nachhaltigkeitsstrategien einnehmen sollen. Bezogen auf Arbeit sind hier die Akteure Gewerkschaften sowie die Unternehmen bzw. deren Verbände hervorzuheben.

– *Modus der Interessenvermittlung*

Die Frage nach dem Modus der Interessenvermittlung ist eng mit der Rolle des Staates und der gesellschaftlichen Akteure verknüpft. Nachhaltigkeit bedeutet Interessenerweiterung, von Kapital und Arbeit hin zu Ökologie-Ökonomie-Sozialem und deren Integration. Damit kommen zivilgesellschaftliche Akteure ins Spiel (Neue soziale Bewegungen, NGOs als Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen). Zu fragen ist, ob der bisherige Modus der Interessenvermittlung in den Studien verändert oder erweitert bzw. ob ein neuer Modus vorgeschlagen wird.

Ziel dieser deskriptiv-analytischen Betrachtung ist nicht die kritische Bewertung der ausgewählten Zukunftsstudien hinsichtlich innerer Konsistenz oder gesellschaftlicher Präferenzen, sondern zu erfassen, ob und inwiefern es in dem wesentlich durch die Wuppertal-Studie angestoßenen Nachhaltigkeitsdiskurs zu Veränderungen der Gewichtungen der drei Nachhaltigkeitsdimensionen gekommen ist, ob und wie die soziale Dimension und darunter besonders die arbeitspolitischen Aspekte gleichberechtigt einbezogen und ausgeformt wurden und wie, über die konzeptuellen Fortschritte hinaus, gesellschaftliche Interessenvermittlung und akteursrelevante Bezüge in den Studien entwickelt wurden. Anschließend an die Einzeldarstellung der Studien werden diese insofern synthetisiert, als anhand ihrer der Verlauf des Nachhaltigkeitsdiskurses in Bezug auf diese Fragestellungen nachvollzogen wird. Im Anschluss an diese Synopse werden die Ergebnisse des Verbundprojekts „Arbeit und Ökologie“, an dem die Autoren beteiligt waren, den ausgewerteten Studien gegenübergestellt. Dieses Verbundprojekt stellte die soziale Dimension und insbesondere arbeitspolitische Aspekte in den Mittelpunkt eines dreidimensionalen, gleichrangigen Nachhaltigkeitsbegriffs.

3. Merkmale ausgewählter Zukunftsstudien

3.1 Studie des Wuppertal-Instituts „Zukunftsfähiges Deutschland“

Die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ des Wuppertal-Instituts hat wie keine der späteren Studien den Nachhaltigkeitsdiskurs in Deutschland stimuliert. Sie ist wohl auch heute noch die am meisten beachtete und zitierte Studie zum Thema Nachhaltigkeit. Trotz mannigfaltiger, weit verbreiteter, teils heftiger und fundamentaler Kritik an ihren Annahmen und Strategievorschlägen ist sie weiterhin wichtiges Referenzmodell für den Nachhaltigkeitsdiskurs geblieben und keine später folgende Studie hat sich als ein gleichwertiger Gegenentwurf etablieren können. Ein von vielen geteilter Kritikpunkt an der Wuppertal-Studie liegt in ihrer eindeutigen (und eindimensional begründeten) Priorisierung der ökologischen gegenüber sozialen Gesichtspunkten, insbesondere was die Arbeitswelt anbelangt.

Aufgrund des großen Bekanntheitsgrades der Wuppertal-Studie können die Ausführungen zu ihren zentralen Elementen besonders knapp ausfallen.

1. Leitbild und Nachhaltigkeitsbegriff

Anhand von acht Leitbildern sollen Wege aufgezeigt werden, wie ein Industriestaat so verändert werden kann, dass aus ökologischer Sicht vorgegebene Grenzen eingehalten und die Verhältnisse zwischen Nord und Süd gerechter werden. Mittels der Konstruktion eines ökologisch determinierten „Umweltraums“ werden für Deutschland überwiegend drastische Reduktionsziele bezüglich Umweltnutzung und -verbrauch gesetzt. Die Leitbilder decken ein Spektrum ab, das von stark normativ geprägten Annahmen über den gesellschaftlichen Bewusstseins- und Wertewandel geprägt ist (etwa „rechtes Maß für Zeit und Raum“, „gut leben statt viel haben“) und bis hin zu konkretisierten Politikfeldern reicht, die schon seit Längerem in der umweltpolitischen Diskussion eine herausragende Rolle spielen (etwa Kreislaufwirtschaft mit übergreifender Produktverantwortlichkeit, lernfähige Infrastruktur, Ökologisierung der Städte und Landwirtschaft, schrittweise Herstellung internationaler Gerechtigkeit durch – zunächst – Behebung offenbaren Unrechts).

2. Zeitperspektive

Für die auf die ausgewählten Sektoren bezogenen Strategien wird eine kurz- bis mittelfristige Perspektive (10-20 Jahre) gewählt; hinsichtlich der Umsetzung der Leitbilder und teilweise auch für die Szenarien wird von einem Zeitraum bis zum Jahr 2050 ausgegangen.

3. Soziale Gesichtspunkte

Die Sicherstellung und Förderung von sozialer Fairness und Gemeinsinn gilt als konstitutiv für eine zukunftsfähige Gesellschaft, deren Mitglieder weit reichende individuelle Freiheiten haben sollen. Zentral für die Realisierung dieser Grundziele sind die Bereiche Arbeit und soziale Sicherung. Beschäftigungseffekte in größerem Maße werden etwa durch die Einführung einer ökologischen Steuerreform und durch die Flexibilisierung von Arbeitszeiten und Arbeitsformen erwartet. Zur sozialen Sicherung sollen u.a. die Schaffung eines

zweiten Arbeitsmarktes, eine negative Einkommenssteuer, eine neue Mischung von Erwerbsarbeit und Eigenarbeit sowie der finanzielle Umbau der sozialen Sicherung beitragen. Die Stärkung des sozialen Kapitals der Gesellschaft schließlich soll wesentlich durch private Initiativen erreicht werden.

4. Arbeitsbegriff

In der Wuppertal-Studie werden die verschiedenen Arbeitsformen weitgehend tabulos hinsichtlich deren Beurteilung durch etablierte Interessenorganisationen gesehen. Im Grunde genommen werden alle Formen, die für die Erreichung der Reduktionsziele als funktional betrachtet werden, „zugelassen“; das betrifft auch weitgehend die Flexibilisierung von Arbeitszeiten. So wird etwa die Schaffung eines zweiten Arbeitsmarktes befürwortet und von einer stärkeren Mischung von Erwerbs- und Eigenarbeit ausgegangen, wobei klar die nicht zur konventionellen Erwerbsarbeit gehörenden Formen (speziell die Eigenarbeit) ausgeweitet werden sollen und eindeutig die Sympathie der Autoren haben. Abgesehen von einigen Vorschlägen zum Abbau der Arbeitslosigkeit werden die Arbeit als eigenständiges Element und ihre Organisation in der Studie nicht, allenfalls in peripherer Weise diskutiert.

5. Wechselwirkungen der Nachhaltigkeitsdimensionen

Die Wichtigkeit einer systematischen Berücksichtigung von Wechselwirkungen für eine umfassende Nachhaltigkeitspolitik wird zwar voll anerkannt, jedoch wird dieses Postulat in der Studie selbst nur in Einzelfällen und eher durch die Herstellung lockerer Querbezüge binärer Art (meistens Ökonomie – Ökologie) realisiert.

6. Strategieelemente

Für ausgewählte Handlungsfelder (die Sektoren Energie, Industrie, Verkehr, Land- und Forstwirtschaft) werden in unterschiedlicher Breite und unterschiedlichem Detaillierungsgrad Strategieelemente benannt und diskutiert, durch die die (naturwissenschaftlich bestimmten) ökologischen Reduktionsziele erreicht werden sollen. Hierbei kommt nahezu die gesamte Breite des umweltpolitischen Instrumentariums zum Einsatz, um technische, organisatorische, institutionelle und sozialgestalterische Maßnahmen in die Wege zu leiten. Insgesamt stellen die Strategien eine Kombination aus effizienzsteigernden und suffizienzfördernden Maßnahmen dar. Darüber hinaus wird anhand von zwei Szenarien eine integrierte Zusammenschau der Strategieelemente hinsichtlich ihrer Reduktionseffekte gegeben. Das Szenario „offensive Energiepolitik“ erreicht zwar bis zum Jahr 2010 eine Senkung der Materialintensität in Gesamtdeutschland um etwa zwei Drittel, doch werden damit die gesetzten Minderungsziele bis zum Jahr 2050 nicht erreicht. Dies soll nun mit dem zweiten Szenario „zukunftsfähiges Deutschland“ erreicht werden, das u.a. verstärkt auf Innovationen sowie Wertewandel und neue Lebensstile setzt.

7. Rolle des Staates

Es wird weitgehend von einem aktiven Staat ausgegangen, der einerseits die Ökologisierung vorhandener politischer Institutionen vorantreibt und durch Rahmensetzung die Ökologisierung der Gesamtgesellschaft befördert sowie ebenfalls mit mannigfachen Instrumenten engere fokussierte Maßnahmen vornimmt (u.a. eine gezielte Unterstützung ökologischer

Pioniere), der andererseits sich selbst begrenzende Maßnahmen und Entwicklungen fördert, beispielsweise die allgemeine Bevölkerungspartizipation an der politischen Willensbildung und an umweltbezogenen Entscheidungen kräftig ausbaut; hierzu soll auch ein „Ökologischer Rat“ gehören, der das repräsentative System insofern ergänzt, als er quasi als entscheidungsbefugter Treuhänder für die Natur und zukünftige Generationen eingesetzt wird.

8. Akteursbezüge

Gemäß dem präferierten pluralistischen Politikkonzept ist das Feld der als relevant eingestufte Akteure breit angelegt. Dies betrifft vor allem die Leitbilder, die als Gestaltungsentwürfe für Akteure in unterschiedlichen sozialen Feldern verstanden werden. Hier werden u.a. Erwerbstätige angesprochen, jedoch ohne explizite Bezugnahme auf deren Interessenorganisationen. Insgesamt werden Akteursorganisationen primär von einer ökologischen Warte aus (hinsichtlich ihrer fördernden oder restriktiven Rolle) angesprochen, daneben ist eine starke Präferenz für zivilgesellschaftliche Nichtregierungsorganisationen und Gruppen vorhanden, die sich mit ökologischen und sozialen (hier wiederum schwerpunktmäßig entwicklungspolitischen) Fragen befassen.

9. Modus der Interessenvermittlung

Aufgrund der Vorschläge käme es zu einer Modifikation des korporatistischen Systems hin zu einer starken Öffnung für die Bevölkerung allgemein und ökologische Proponenten speziell, mit einer eindeutigen Schwerpunktsetzung auf ökologierelevante Themenbereiche. Hierbei wird nicht klar, inwieweit bestehende Formen und Institutionen des politischen Entscheidungsprozesses aufgehoben oder grundlegend modifiziert werden sollen; deutlich wird allerdings, dass ergänzende neue Formen (z.B. Ökologischer Rat) und auf Dialog sowie Diskurs angelegte Verfahren einen größeren Stellenwert erhalten sollen.

3.2 Umweltbundesamt-Studie „Nachhaltiges Deutschland“

In Orientierung an den menschlichen Grundbedürfnissen wurden fünf Handlungsfelder ausgewählt, in denen nach einer Darstellung ihrer Situation und Entwicklungstrends verschiedene Schritte und Strategien geprüft werden, die zu einer nachhaltigen Entwicklung in Deutschland führen sollen. Die Handlungsfelder sind Energienutzung, Mobilität, Nahrungsmittelproduktion, Stoffstrommanagement (Textilkette) und Konsummuster. Mit Ausnahme des letztgenannten Handlungsfeldes wird jeweils anhand von drei Szenarien geprüft, inwieweit bei bestimmten Rahmensetzungen und Strategien die ökologisch definierten Nachhaltigkeitsziele erreicht werden können. Es werden ein Status quo-, ein Effizienz- und ein Struktur- und Bewusstseinswandel-Szenario angewendet, Letzteres setzt über technische Effizienzverbesserungen hinausgehende umweltentlastende Verhaltensänderungen voraus. In einem abschließenden Kapitel werden die Vor- und Nachteile von Instrumenten und Indikatoren einer nachhaltigen Entwicklung, die vorgängig schon in den Handlungsfeldern und Szenarien beschrieben worden sind, zusammenfassend diskutiert.

1. Leitbild und Nachhaltigkeitsbegriff

Übergreifendes Ziel ist eine ökologische Nachhaltigkeit, die durch einen neuen Lebensstil und neue Lebensqualität erreicht werden soll, die auf nachhaltigen Formen des Konsums basiert, geschaffen durch eine geänderte Art der Bedürfnisbefriedigung und nicht – oder nur in geringem Maße – durch Askese und Verzicht.

2. Zeitperspektive

Die Szenarien beziehen sich im Allgemeinen auf das Jahr 2010, doch wird nicht erwartet, dass bis dahin der größte Teil der mit dem Übergang zur Nachhaltigkeit verbundenen Probleme gelöst oder auch nur angegangen worden wäre. Es wird insgesamt von einem Prozess „von sehr langer Dauer“ ausgegangen.

3. Stellenwert sozialer Gesichtspunkte

Das Prinzip Gleichbehandlung gilt als wichtig, auch sollen alle Maßnahmen (insbesondere die ökologische Finanzreform) begrenzten Anpassungsfähigkeiten (hier besonders der Unternehmen) Rechnung tragen sowie unzumutbare Belastungen für einkommensschwache Schichten und besonders belastete Bevölkerungsgruppen vermeiden. Außer dieser generellen Aussage gibt es nur einige wenige, sehr punktuelle Hinweise auf soziale Fragen der Nachhaltigkeit. Insofern dominieren eindeutig ökologische Ziele: „Wenn die Politik Nachhaltigkeit gezielt gestalten will, dann muss sie die Tragekapazität der Umwelt als letzte, unüberwindliche Schranke für alle menschlichen Aktivitäten zur Kenntnis nehmen. Es kann nur noch darum gehen, wie die heutige Menschheit den ihr gegebenen Spielraum am besten nutzen kann“ (S. 6); im Unterschied zur sozialen wird die ökonomische Dimension viel umfassender und konkreter berücksichtigt, allerdings überwiegend hinsichtlich ihrer Funktion und restriktiven Eigenschaften für die Realisierung ökologischer Nachhaltigkeitsziele.

4. Arbeitsbegriff

Nur am Ende – im Zusammenhang mit der Diskussion der gesellschaftlichen und sozialkulturellen Rahmenbedingungen des Wandels von Konsummustern – wird auf Arbeit Bezug genommen. Verwiesen wird auf den Wertewandel, der neue Haltungen gegenüber Arbeit und Freizeit sowie Familie geschaffen habe. Arbeit und Leistung hätten ihren Eigenwert- bzw. Selbstzweckcharakter verloren, sie würden immer mehr als bloße Notwendigkeiten gesehen, die erfüllt werden müssten, um befriedigend leben zu können. Diese sozialstrukturellen und soziokulturellen Wandlungsprozesse schufen wichtige Anknüpfungspunkte für eine Ökologisierung von Verhaltensweisen. Durch den Wandel des Verhältnisses zur Arbeit gewinnen sinnvolle und zwischenmenschlich befriedigende Tätigkeiten sowie Möglichkeiten zur Selbstbestimmung im Privatleben und in der Freizeit an Bedeutung.

5. Wechselwirkungen der Nachhaltigkeitsdimensionen

Auf die Wichtigkeit der Berücksichtigung der Wechselwirkungen zwischen den drei Grunddimensionen von Nachhaltigkeit (sowie kulturellen Faktoren) wird deutlich hingewiesen, jedoch geschieht dies in keinem Fall bei der Diskussion der Handlungsfelder und Szenarien, überdies kommt es auch nur in Einzelfällen zu einer systematischeren Diskussion der Wechselbeziehungen von Ökologie und Ökonomie.

6. Strategieelemente

Es wird auf die gesamte Palette umweltpolitischer Instrumente zugegriffen, wobei einige Strategien/Instrumente herausragende Bedeutung haben, etwa eine ökologische Finanzreform, Informationen, Stimulation der Selbstorganisation der Akteure (z.B. für ökologische Innovationsallianzen) sowie Umweltbewusstsein fördernde Strategien. Generell gilt, dass die bezweckte Verhaltensbeeinflussung nicht auf manipulativen Mechanismen oder ideologisch-normativen Extremvorstellungen („Menschenverbesserungspädagogik“) beruhen darf, sondern einen kommunikativ-offenen, soziales Lernen befördernden Charakter haben soll.

7. Rolle des Staates

Grundlegende Änderungen der staatlichen Aufgabenbereiche, Kompetenzen, Institutionen sind nicht vorgesehen. Der Staat soll weiterhin eine zentrale Rolle spielen, so etwa bei der Setzung von Umweltzielen, Überwindung von Informationsdefiziten, der Festlegung der rechtlichen, ökonomischen und sozialen Rahmenbedingungen (insbesondere für Stoffstrommanagement), Sanktionen und den Erlass ordnungsrechtlicher Regelungen, wenn freiwillige Maßnahmen nicht zum Ziel führen etc. In weiten Bereichen und häufiger, als es bislang geschieht, soll der Staat diese Aufgaben im Dialog mit allen betroffenen Interessengruppen wahrnehmen und wenn immer möglich im Konsens entscheiden. Weiterhin soll der Staat gesellschaftliche Selbstorganisationsprozesse, die ökologisch zielführend sind, unterstützen und moderieren, auch insgesamt wird eine Stärkung seiner Moderatorenrolle für zweckdienlich gehalten.

8. Akteursbezüge

Es wird eine breite Beteiligung aller relevanten Interessenorganisationen für notwendig gehalten, gleichwohl sind die konkreten Akteursgruppenbezüge in der Studie weitgehend auf ökonomische und ökologische Interessen begrenzt. Nur selten findet sich ein impliziter Verweis auf Gewerkschaften und nur einmal, im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Förderung umweltgerechten Konsumverhaltens, werden Gewerkschaften neben Umwelt- und Verbraucherverbänden und Kirchen explizit als wichtige Kooperationsakteure genannt.

9. Modus der Interessenvermittlung

Man kann wohl davon ausgehen, dass es bei den bestehenden formalen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen weitgehend bleiben soll, aber partizipatorische und kooperative Elemente sowie ein breiter gesellschaftlicher Diskurs und verhandlungsbasierte Konfliktregelungsverfahren (z.B. Mediation) einen höheren Stellenwert erhalten sollen.

3.3 Bayerisch-sächsische Kommission für Zukunftsfragen „Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland“

Diese Studie ist zweifellos die unter den Zukunftsstudien methodisch und empirisch aufwendigste und bezüglich der sozial- und arbeitspolitischen Konsequenzen am breitesten

und heftigsten diskutierte. Im dritten Teil des dreiteiligen Gesamtberichts (der erste Teil behandelt die Entwicklung von Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland und anderen Ländern, der zweite Teil nimmt eine Ursachenanalyse vor) werden Wege aus der Krise aufgezeigt, die wesentlich aus dem unwiderruflichen Bedeutungsverlust der Erwerbsarbeit entstanden sein sollen. Das Ende der Erwerbsarbeitsgesellschaft sei absehbar, an ihre Stelle trete eine „unternehmerische Wissensgesellschaft“, die völlig neue Anforderungen besonders an breite Bevölkerungsschichten stelle, z.B. große Bereitschaft zu einfachen Diensten, zu Selbstständigkeit und Eigenverantwortung sowie Aufgabe der Fixierung auf Erwerbsarbeit als zentralem Element der Lebenssinnstiftung. Um dies zu erreichen, seien besonders Entlastungen von Unternehmen und Privathaushalten (Verminderung von Steuer-, Sozialbeiträgen etc.) sowie eine Verminderung der individuellen Erwerbsarbeit erforderlich, flankiert durch freiwillige, gemeinwohlorientierte „Bürgerarbeit“, die zwar im Regelfall nicht entlohnt, aber belohnt werden soll, wobei damit teilweise klare geldwerte Vorteile (Rentenansprüche) verbunden sind.

1. Leitbild

Leitbild ist die unternehmerische Wissensgesellschaft mit einem Höchstmaß an individueller Eigenverantwortung und autonomer Gestaltungsfreiheit sowie einem Mindestmaß an staatlichen Leistungen und, schließlich, der Unternehmer der eigenen Arbeitskraft und Daseinsvorsorge.

2. Zeitperspektive

Es gibt keine konkretisierenden Angaben zu dem Gesamtzeitraum, in dem initiierte Maßnahmen vorgesehen sind oder eine weitgehende Umsetzung der wesentlichen Maßnahmen erwartet wird. Aufgrund des breit angelegten und vielfältigen Maßnahmenbündels, der (auch von den Autoren so gesehenen) großen Konflikthaltigkeit vieler Maßnahmenvorschläge sowie des erforderlichen radikalen Umbaus grundlegender Institutionen ist von einer sehr langen Zeitperspektive auszugehen. Der Übergang von der arbeitnehmerzentrierten zur unternehmerischen Gesellschaft wird als ein sehr langfristiger, komplexer soziokultureller Prozess betrachtet, „der kaum schneller ablaufen wird als die Formierung der heutigen Arbeitnehmersgesellschaft“ (S. 36). Es wird darauf verwiesen, dass die beiden Strategien zeitgleich durchgeführt werden sollen, die Flankierung durch Bürgerarbeit dagegen mit einer größeren Experimentalphase verbunden sein sollte. In kurzfristiger Perspektive werden sehr starke Konflikte erwartet, in mittel- bis langfristiger Sicht wird mit insgesamt deutlich positiven Wirkungen (auch aufgrund von Selbstheilungsprozessen) und entsprechend mit einer breiten Akzeptanz gerechnet.

3. Stellenwert sozialer Gesichtspunkte

Sozial- und gesellschaftspolitische Gesichtspunkte spielen eine zentrale Rolle im Szenario und Leitbild der Kommission. Dies allein schon deshalb, weil radikale Strukturveränderungen (besonders der sozialen Sicherungssysteme) unabdingbar für die Schaffung einer im globalen Konkurrenzkampf erfolgreichen Leistungs- und Wissensgesellschaft gelten. Die begünstigenden Rahmenbedingungen für die unter dem neuen Leitbild als funktional geltenden Bevölkerungsschichten sollen entschieden gestärkt, bei den anderen (dem größeren Bevölkerungsanteil) soll die Eigeninitiative gefördert, teils quasi erzwungen werden (vor

allem durch ein Minimum wohlfahrtsstaatlicher Leistungen). Es wird zumindest kurzfristig von einer größeren Einkommensungleichheit und dem Absinken des materiellen Lebensstandards von mehr oder minder großen Bevölkerungsgruppen ausgegangen. Ob und in welchem Umfang ein Absinken des Lebensstandards vermieden werden soll, wird als eine letztlich politische Entscheidung bezeichnet, wobei offensichtlich nicht an eine politische Entscheidung auf der Basis von Gerechtigkeitskriterien gedacht ist, sondern an das Management unweigerlich auftretender sozialer Konflikte. Der sozialen Sicherung soll auch die Förderung einer breiten Vermögensbildung dienen sowie, für das „untere Drittel“ der Bevölkerung, eine staatliche Mindestsicherung auf Sozialhilfeniveau. Das Modell der bayerisch-sächsischen Kommission zeichnet sich im Vergleich zu anderen Zukunftsstudien nicht nur durch die Radikalität der Vorschläge zum Gesellschaftsumbau aus, sondern auch durch das offene Aufgreifen von allgemein eher tabuisierten Themen sozial- und gesellschaftspolitischer Art (etwa Förderung von Leistungseliten, Umsetzung sozialpolitischer Zumutbarkeitsanforderungen, Begrenzung der Anreize zur Zuwanderung aus Nicht-EU-Ländern, kompetitiver Föderalismus mit der Hinnahme von Ergebnisungleichheiten statt einer „Nivellierungspolitik“ über unbegrenzte Finanztransfers). Im Kern zielt alles darauf ab, die Grundlagen für Wirtschaftswachstum und (nach Leistungsgruppen stark differierendem) materiellen Wohlstand zu verbessern.

4. Arbeitsbegriff

Als eine der großen Schwächen der arbeitnehmerzentrierten Industriegesellschaft sieht die Kommission ihre einseitige Fixierung auf die Erwerbsarbeit an. Diese Fixierung gilt als wesentliche Ursache für die heutigen Probleme, weil nicht nur viele nützliche, sondern auch unverzichtbare Tätigkeiten wie die elterliche Erziehung von Kindern aus dem Arbeitsbegriff ausgeklammert wurden. Es seien dagegen Tätigkeiten in anderen Bereichen zu erschließen (Eigenarbeit, gemeinnützige Tätigkeiten, Selbsthilfe etc.) – „ob und in welchem Umfang durch solche Tätigkeiten auch Einkommen erzielt werden, ist bedeutsam, aber nicht entscheidend“ (S. 36). Wichtig sei die uneingeschränkte gesellschaftliche Anerkennung dieser Tätigkeiten und ihre insoweit erfolgende Gleichstellung mit Erwerbsarbeit. Arbeit, so wird definiert, ist alles, „was dem Einzelnen und der Gesellschaft nützt“ (ebd.). Die Kommission geht folglich nahezu tabulos mit dem Bereich der Arbeit um, gleich ob es sich um normale Arbeitsverhältnisse, Erwerbsarbeit oder sonstige Arbeits- und Tätigkeitsformen handelt. Ausgehend von ihrer zentralen These der starken Bedeutungsinderung abhängiger Erwerbsarbeit werden die Förderung dieser Vielzahl neuer Arbeitsformen und eine kräftige Flexibilisierung der Normarbeitsverhältnisse für notwendig gehalten, um das Angebot an Erwerbsarbeit zu senken sowie neue Arbeitsmärkte zu schaffen bzw. potentielle (z.B. Bereich der wenig produktiven personennahen Dienstleistungen) zu erschließen. Ehrenamtliche Bürgerarbeit soll gefördert werden, die im Prinzip unentgeltlich geleistet werden soll; nur diejenigen, die darauf angewiesen sind, erhalten ein Bürgergeld. Eigen- und Versorgungsarbeit werden dagegen – wie überhaupt bislang unentlohnte gesellschaftlich notwendige und nützliche Arbeit – nicht als Bereiche betrachtet, die stärker in ein entgeltbezogenes und soziale Sicherheit verbürgendes System einbezogen werden sollen.

5. Wechselwirkungen der Nachhaltigkeitsdimensionen

Da Umweltgesichtspunkte im vorgeschlagenen Konzept sowie in der Analyse des bestehenden Gesellschaftssystems nirgendwo eine Rolle spielen – auch nicht in der Diskussion

über „immateriellen Wohlstand“ –, gibt es auch keine Berücksichtigung der Wechselwirkungen zwischen den drei Nachhaltigkeitsdimensionen; überhaupt gibt es keinen Bezug zum Nachhaltigkeitsdiskurs. Die Wechselwirkungen zwischen den Bereichen Ökonomie und Soziales/Arbeit werden hingegen breit und intensiv behandelt.

6. Strategieelemente

Die Kommission schlägt zwei Strategien vor: eine „Erneuerungsstrategie“ und eine „Anpassungsstrategie“. Erstere soll zum einen die unternehmerischen Kräfte auf allen Ebenen wecken, was vor allem den Abbau von Leitbildern und Vorgaben einer arbeitnehmerzentrierten (sozialpolitisch abgesicherten) Industriegesellschaft voraussetzt; zum anderen soll die Vermögensbildung breiter Bevölkerungsschichten ausgebaut werden. Mit der Anpassungsstrategie soll auf den „Preisverfall für Arbeit“ reagiert werden, gegebenenfalls durch eine Senkung der Arbeitseinkommen, wobei auch das Absinken des materiellen Lebensstandards mehr oder minder großer Bevölkerungsgruppen in Kauf genommen wird. Erwartet wird, dass hierdurch eine Vielzahl neuer Beschäftigungsmöglichkeiten und viele – wenn auch oftmals geringbezahlte – Arbeitsplätze entstehen. Im Weiteren sollen befördert werden: die Verminderung des individuellen Angebots von Erwerbsarbeit (durch mehr Teilzeitarbeit), geringfügige Beschäftigung, die Verkürzung individueller Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeiten. Beide Strategien können durch gemeinwohlorientierte Bürgerarbeit flankiert werden. Mit diesen Strategien ist eine Vielzahl von Strategieelementen/Instrumenten verbunden, so beispielsweise Deregulierung der Arbeitsverhältnisse, Radikalreform der Sozialversicherungssysteme, große Lohnspreizung, Ausweitung der wenig produktiven personennahen Dienstleistung, Verminderung von Steuern und Sozialbeiträgen, Gründungs-offensive, Dezentralisierung, Regionalisierung von Verantwortlichkeiten, stärkere Ausrichtung der Tarifverträge an betrieblichen Forderungen, Umwandlung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe zu einem die elementare materielle Existenz sichernden „Bürgergeld“ in spezifischen Fällen von Bürgerarbeit.

7. Rolle des Staates

Der Staatsbegriff ist insofern höchst ambivalent, als einerseits ein minimalistischer Wohlfahrtsstaat, weitgehende Deregulierung von Staatsaufgaben und Dezentralisierung staatlicher Kompetenzen angestrebt werden, andererseits ein in hohem Maße aktiv intervenierender, starker Staat vorausgesetzt wird, der das Primat der Politik gegenüber vielfältigen Gruppeninteressen zur Geltung bringen soll, zentrale politische Grundsatzentscheidungen (etwa zur Lebensstandardsicherung, zum gesellschaftlichen Konfliktniveau) fällt und den Aufbau einer unternehmerischen Wissensgesellschaft initiiert und fördert, auch indem bestehende kollektive Leitbilder radikal geändert werden. Weiterhin wird vom Staat die Gestaltung des gesellschaftlichen Ordnungsrahmens, auch im Sinne einer Kontextsteuerung erwartet sowie das Etablieren prozessualer Regelungen (anstelle inhaltlicher Vorgaben) bei der Gestaltung der Bürgerarbeit. Im Sinne der für erforderlich gehaltenen wertorientierten Umsteuerung von einer arbeitnehmerzentrierten hin zu einer unternehmerischen Gesellschaft soll der Staat sozusagen für „empowerment“ sorgen, indem er die Rahmenbedingung so umgestaltet, dass Eigeninitiative gestärkt wird; insofern liegt die spezielle Konzeption eines aktivierenden Staates zugrunde.

8. Akteursbezüge

Es werden keine Organisationen oder Institutionen namentlich genannt, die eine herausragende Rolle bei der Realisierung des Konzeptes spielen sollen oder als besonders behindernd eingestuft werden. Ganz generell gelten Politik, Wissenschaft und Medien als besonders gefordert für den angestrebten gesellschaftlichen Wandel. Der Sympathiefokus liegt klar auf Institutionen und Bevölkerungsschichten, die leistungs- und veränderungsfreudig sind, und zwar auch in dem Sinne, dass sie sich für eine radikale Änderung der Basisstrukturen des bestehenden Systems einsetzen. All diejenigen, die für den Aufbau einer Wissensgesellschaft relevant sind (Leistungs-, Innovationselite), sollen quasi ohne Wenn und Aber gefördert werden. Dass Gewerkschaften und ihre Ziele im Wesentlichen als Hauptbarrieren der Realisierung des angestrebten Konzeptes gesehen werden, wird einerseits aus der Vielzahl konkreter Modifikationsvorschläge (z.B. zum Arbeitsrecht, zur Tarifgestaltung, zum sozialen Sicherungssystem und zur Erwerbsarbeit) ersichtlich, andererseits indirekt ableitbar aus der heftigen Kritik an besitzstandsverteidigenden und veränderungsunwilligen „mächtigen Organisationen“, die Gruppeninteressen vertreten (wie etwa die Erhaltung nicht wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze im Steinkohlenbergbau). Auch wird gesagt, dass, weil immer wieder kleine Tarifkonflikte vermieden wurden, der große Konflikt der Arbeitslosigkeit ausuferte (S. 41). Während für den Wirtschafts- und Unternehmensbereich vielfältige Möglichkeiten einer Mobilisierung für den vorgeschlagenen Entwicklungspfad diskutiert werden, werden die Gewerkschaften mit ganz wenigen Ausnahmen – etwa beim positiven Hinweis auf gewerkschaftliche Flexibilität bei der Gestaltung von Flächentarifverträgen (S. 169), Beteiligung von Gewerkschaften bei Arbeitsmarktinitiativen in Krisenregionen (S. 200) – überhaupt nicht berücksichtigt.

9. Modus der Interessenvermittlung

Im Unterschied zum bestehenden Interessenvermittlungsmodus, den die Kommission als zu stark konsensorientiert und von mächtigen organisierten Gruppeninteressen bestimmt einschätzt, wird ein stärker konfliktorientierter Politikstil in der Gesellschaft wie auch im politisch-administrativen System für notwendig gehalten. Grundsatz soll sein: „Soviel Konsens wie möglich, aber genauso: soviel Konflikt wie nötig, wenn anderenfalls erforderliche Veränderungen unterbleiben“ (S. 40) und: „Die Bevölkerung muß lernen, produktive Konflikte ... nicht nur zu ertragen, sondern zu nutzen“ (S. 41). Damit die tief greifenden Veränderungsprozesse im sozialen, kulturellen etc. System eintreten können, sei in aller Regel Druck, namentlich materieller Druck, nötig. „Das hohe Gut gesellschaftlichen Konsenses darf nicht zu wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Stillstand oder gar Abstieg führen“ (S. 8). Trotz dieses insgesamt radikal kompetitiven Willensbildungsmodells, das wirtschaftliche Leistungsfähigkeit gegenüber sozialer Integration priorisiert, werden kooperative, konsensbasierte Politikformen in Randbereichen befürwortet, so zum Beispiel im Zusammenhang mit der Bürgerarbeit, wo u.a. ein Allparteien-Konsens und eine große Koalition zu ihrer Durchsetzung für möglich gehalten werden, neue Formen eines kooperativen Bürgersinns entstehen sollen, zivilgesellschaftliches Engagement befördert und „soziales Kapital“ geschaffen und genutzt wird.

3.4 Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Studie betont schon von der Zusammensetzung ihrer Autorenschaft her die Gleichwertigkeit der drei Grundelemente der Nachhaltigkeit. Programmatisch tut sie das ebenfalls, jedoch nicht so in der Umsetzung: Bevorzugt behandelt werden der soziale und ökonomische Bereich mit einer gewissen Priorisierung der ökonomischen Grundlagen des vorgeschlagenen Zukunftspfades. Die soziale Komponente wird insofern hervorgehoben, als sie in den vier vorgestellten Reformprojekten differenziert behandelt wird, einmal unter allgemeinen sozialen (Integration), zum anderen unter arbeitspolitischen Gesichtspunkten (Beschäftigungsmöglichkeiten für Niedrigqualifizierte). Konventionelle Zukunftsstrategien – üblicherweise konsequente Kostensenkungs- bzw. Wachstumsstrategien – führen nach Meinung der Kommission unvermeidlich in eine soziale bzw. ökologische Sackgasse. Die strukturellen Wirtschafts- und Gesellschaftsprobleme seien nur durch Strategien zu überwinden, die wirtschaftliche, ökologische und soziale Grundziele ausbalancieren. Diese Grundziele sind: wirtschaftliche Leistungsfähigkeit erhöhen, sozialen Zusammenhalt sichern und stärken sowie ökologische Nachhaltigkeit herstellen. Die Herstellung dieser Balance wird als unvermeidlich konflikthafter Prozess eingeschätzt, demgemäß müssen kreative Strategien gefunden werden, die konfliktmindernd wirken. Es werden vier strategisch wichtige Reformprojekte vorgeschlagen, die exemplarisch den Weg zu einem „Modell Deutschland“ bereiten können, das robust gegenüber den gegenwärtig absehbaren Veränderungen der Rahmenbedingungen für gesellschaftliches und wirtschaftliches Handeln der nächsten Jahrzehnte ist:

- Sicherung von Wettbewerbsfähigkeit und hoch qualifizierter Beschäftigung in stark internationaler Konkurrenz ausgesetzten Wirtschaftszweigen (Stärkung von Innovationskräften und Humankapital),
- sozialverträgliche Öffnung eines Niedriglohnarbeitsmarktes,
- Verbesserung des Zusammenspiels von Familie, Arbeitsmarkt und Sozialpolitik unter besonderer Berücksichtigung familien- und frauengleichstellungspolitischer Ziele,
- die Herstellung einer Vereinbarkeit von Umweltverbrauchsreduzierung mit wirtschaftlichem Wachstum durch die Veränderung von Lebensweisen und Verhaltensstilen.

Wichtige Intention der Kommission war es, nicht nur sachlich stimmige Lösungskonzepte zu entwickeln, sondern ebenso deren Realisierungsbedingungen zu berücksichtigen. In diesem Zusammenhang geht sie zwar von einem durch die Globalisierung begrenzten Handlungsspielraum, nicht jedoch vom Ende der politischen Handlungsfähigkeit des Nationalstaates aus.

1. Leitbild und Nachhaltigkeitsbegriff

Unter den sich ändernden gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen soll eine erweiterte soziale Marktwirtschaft ermöglicht werden, die wesentliche Grundprinzipien des „Modells Deutschland“ bewahrt, allerdings in einer modernisierten Fassung. Es geht gleichsam um eine Runderneuerung des Modells Deutschland, was strukturelle Änderungen einschließt, wobei wiederum die drei Grundelemente von Nachhaltigkeit beachtet und ausbalanciert werden sollen.

2. Zeitperspektive

Es werden keine konkreten Zeitphasen angegeben. Ausgegangen wird offensichtlich von einem sehr langfristigen Prozess. Das gilt besonders für Maßnahmen der Bildungs-, Forschungs- und Technologiepolitik zur Verbesserung der bestehenden strukturellen Defizite in den Bereichen Innovation und Produktivität. Die Maßnahmen (etwa durch Arbeitsmarkt-, Sozial- und Verteilungspolitik) zur Abfederung negativer Auswirkungen der Globalisierung sollen hingegen offensichtlich früher greifen. In der Diskussion der Wirkungen der Kostensenkungs- und der konsequenten Wachstumsstrategie wird ein Zeitraum bis zum Jahr 2010 berücksichtigt, da bis dahin die zugrunde gelegten quantitativen Szenarien des DIW reichen.

3. Stellenwert sozialer Gesichtspunkte

Soziale Integration (im Sinne sozialer Stabilität und sozialen Zusammenhalts) ist eindeutig das übergreifende Ziel der Reformvorschläge, da sie Grundvoraussetzung für den Erhalt und Ausbau von Demokratie und für erfolgreiches Wirtschaften ist. Hauptmittel zur sozialen Integration ist das Angebot von als sinnvoll erachteter und existenzsichernder Erwerbsarbeit. Es wird als eine Binsenweisheit bezeichnet, dass die beste Sozialpolitik eine erfolgreiche Beschäftigungspolitik ist (S. 259). Größte Priorität hat die Wiedereingliederung gering Qualifizierter in den Arbeitsprozess, da sie das Gros der Langzeitarbeitslosen stellen und langjährige Arbeitslosigkeit die soziale Integration besonders unterminiert, indem das Selbstwertgefühl sowie die gesellschaftliche Anerkennung sinken, die Zustimmung zur Demokratie wie auch zur sozialen Marktwirtschaft stark abnimmt, abweichende, bis hin zu kriminellen Verhaltensweisen zunehmen etc. Hauptinstrument zur Bewältigung dieses Problems könne nur die sozialverträgliche Öffnung eines Niedriglohnarbeitsmarktes sein; dies könne sozialpolitisch gestützt und flankiert werden durch eine negative Einkommenssteuer; sie wird aus politisch-pragmatischen Gründen – gesellschaftliche Akzeptanz und Durchsetzbarkeit – gewählt, für sachlich angemessener hält man eigentlich ein „Bürgergeld“ (S. 250ff.). Insofern wird auch ein neues Konzept gerechtigkeitsorientierter Verteilungspolitik für notwendig gehalten. Weiterhin werden tief greifende Veränderungen der Arbeitsverhältnisse wie ebenfalls (und besonders) der sozialen Sicherungssysteme im Zuge einer Frauengleichstellungspolitik und zur Ermöglichung einer familienzentrierten Lebensführung gefordert.

Man kann vielleicht sagen, dass die Stärkung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit durch Förderung von Innovationspotentialen auf allen Ebenen und ein daraus resultierendes starkes, doch umweltverträgliches Wirtschaftswachstum das dominierende Strategiefeld der Zukunftskommission ist, gleichwohl das eigentliche gesellschaftspolitische Ziel eine hohes Maß an sozialer Integration aller Bevölkerungsgruppen ist. Nur indirekt werden hierbei auch die Voraussetzungen (Fähigkeiten, Wille etc.) angesprochen, die bei den Problemgruppen gegeben sein müssen, damit die Angebote und Maßnahmen zur sozialen Integration wirksam werden; so heißt es in diesem Zusammenhang beispielsweise, dass „die Industriegesellschaften gegenüber jedem ihrer Mitglieder den moralischen Anspruch (erheben), ihr individuelles Leistungsvermögen der Gesellschaft nicht zu verweigern, sondern sich angemessen an der gesellschaftlich nützlichen Arbeit zu beteiligen“ (S. 225).

4. Arbeitsbegriff

Es findet eine ausgiebige Beschreibung und Bewertung gegenwärtiger Arbeitsformen und ihrer Entwicklungstendenzen sowie von Alternativen statt. Hierbei werden in aller Regel die sozialpolitischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen und Konsequenzen thematisiert, weniger intensiv geschieht dies für ökologische Aspekte. Die Autoren zeigen Offenheit und teilweise Sympathie für vielfältige Flexibilisierungsmaßnahmen gegenwärtiger Arbeit und für neue Arbeitsformen, auch solche, die nicht marktmäßig organisiert sind. Gleichwohl liegt das Hauptaugenmerk auf der Erwerbsarbeit (der für die Autoren gegenwärtig und auch zukünftig wichtigsten Arbeitsform), die es demgemäß zu stützen und auszubauen gilt. Erwartet wird jedoch ein grundlegender Wandel der Erwerbsarbeit: eine starke Differenzierung und Auflösung des Normalarbeitsverhältnisses. Das – wie ebenfalls Veränderungen von Normalehe und Familienleben – mache einen Umbau des sozialen Sicherungssystems notwendig. So sollen beispielsweise die Bezahlung und die soziale Absicherung für arbeitende Menschen, die gesellschaftlich nützliche Arbeit leisten, unabhängig davon sein, ob die Arbeit marktförmig erbracht wird. Das setzt auch einen neuen Verteilungsschlüssel für verschiedene gesellschaftliche Arbeitsformen voraus. Da Erwerbsarbeit als eine der entscheidenden Schlüsselgrößen für soziale Integration gilt, müsse sie massiv und nachhaltig gefördert werden, ansonsten drohten mittel- bis langfristige soziale und politische Apathie sowie zerstörerische Konflikte. Es wird ein großer Bedeutungsanstieg von Erwerbsarbeit aufgrund der steigenden Nachfrage, insbesondere von Frauen, nach existenzsichernden Arbeitsplätzen konstatiert. Hierauf müssen Gesellschaft und Politik reagieren; das Ziel der Vollbeschäftigung bleibe demgemäß auch eine zentrale staatliche Aufgabe der Zukunft (S. 333). Erwerbsarbeitsmöglichkeiten müssen u.a. auch deshalb gesteigert werden, weil es auf absehbare Zeit nicht für möglich gehalten es wird, dass durch Umverteilung der Arbeit, Formalisierung von Nichterwerbsarbeit und ähnliche Maßnahmen gelingen kann, ausreichend neue Arbeitsplätze zu schaffen. Unbezahlte Bürgerarbeit ist für die Kommission kein Ausweg aus dem Problem der Massenarbeitslosigkeit; hohes Wirtschaftswachstum dagegen wird als grundlegende Voraussetzung für die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen gesehen. Die Diskussion von neuen Arbeitsformen bzw. einer Neudefinition des Arbeitsbegriffes orientiert sich wesentlich an ökonomischen und (wohl vorrangig) an sozialen Gesichtspunkten, sie erfolgt eher peripher aus ökologischer Sicht: Hier stehen dann Kriterien wie Ressourcenschonung, Schaffung von Arbeitsplätzen durch Umweltschutz und Ähnliches im Vordergrund.

5. Wechselwirkungen der Nachhaltigkeitsdimensionen

Trotz des starken Postulats, dass die Debatten zur wirtschaftlichen Entwicklung, zu Sozialstaat und Familie sowie zur Ökologie nicht, wie bislang der Fall, in hohem Maße getrennt geführt, sondern miteinander verbunden werden sollen, findet im Rahmen der vorgeschlagenen Reformprojekte nur eine sehr lose, partielle Verkopplung von sozialen, ökonomischen und ökologischen Aspekten statt. Eine detailliertere Berücksichtigung der Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Nachhaltigkeitsdimensionen ist meist auf die Interdependenzen zweier Dimensionen begrenzt: überwiegend auf die Bezüge zwischen ökonomischen und sozialen, ökologischen und ökonomischen sowie, teilweise, sozialen und ökologischen Faktoren (so beispielsweise im Kontext der Diskussion von ökologischer Finanzreform und sozialen Sicherungssystemen). Der Schwerpunkt der geführten Diskussion sowie der Strategievorschläge liegt auf ökonomischen und sozialen Aspekten.

6. Strategieelemente

In den vier Reformprojekten wird eine Vielzahl von Strategieelementen und Instrumenten genannt. Zu den wichtigeren Elementen zählen eine breite Innovationsförderungs politik, die Flexibilisierung der sozialen Sicherungssysteme, die Modernisierung der Bildungs-, Ausbildungs- und Forschungspolitik, die Subventionierung gering entlohnter Beschäftigungsverhältnisse, die Heranziehung aller Einkommensarten für die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme, eine kollektiv finanzierte Grundsicherung (Bürgergeld/negative Einkommenssteuer) für bestimmte Fälle, eine ökologische Steuer-/Abgabenreform, der Ausbau der Umwelthaftung und die Schaffung eines Umweltschadensfonds, die Initiierung und Unterstützung umweltschonender Innovationsprozesse in anderen Ländern (konkret: die Förderung von „joint implementation“) und generell die Begünstigung diverser Formen von umweltfreundlichen Verhaltensoptionen, indem Gelegenheitsstrukturen geschaffen werden.

7. Rolle des Staates

Die bisherige und zukünftige Rolle des Staates wird relativ ausführlich behandelt; in allen Projektvorschlägen wird zumindest angesprochen, was die wichtigsten Restriktionen durch die bestehenden staatlichen Institutionen sind und welche Reformmaßnahmen für machbar gehalten werden. Hierbei wird auch auf internationale Erfahrungen rekurriert. Die Kommission geht prinzipiell davon aus, dass der nationale Staat – wie ebenfalls die zentralen organisierten Interessengruppen – auch unter Globalisierungsbedingungen noch erhebliche Einflussmöglichkeiten auf die Gestaltung des gesellschaftlichen Wandels haben kann, besonders dann, wenn die staatlichen Institutionen sich selbst wandeln. Prioritär sei die Umgestaltung hin zu einem innovativen Staat, der seine Gewährleistungsfunktionen (gegenüber der Produzentenrolle) stärkt. Bezüglich staatlicher Steuerungsformen wird die immer stärker schwindende Durchsetzungsfähigkeit konventioneller, hierarchisch-direktiver Formen konstatiert, stattdessen müssen verstärkt moderne Managementstrategien eingesetzt werden. Insgesamt wird der (gewünschte) Staat nicht als homogene, hierarchisch organisierte Spitze der Gesellschaft konzeptualisiert, sondern als ein System differenzierter Akteure in verschiedenen Netzwerken, die in zunehmendem Maße in gemeinwohlorientierter Absicht Lernprozesse anstoßen oder begleiten. Insofern handelt es sich um einen aktiven wie auch aktivierenden Staat.

8. Akteursbezüge

Entsprechend dem Bestreben, eine modernisierte, auf die gesellschaftlichen Megatrends adäquat ausgerichtete Version des „Modells Deutschland“ zu entwickeln, wird die Bildung neuer Koalitionen und Machtbalancen zwischen den zentralen nationalen Akteursgruppen im Sinne eines erweiterten Korporatismus vorgeschlagen. Angesprochen werden Bund und Länder, Gewerkschaften, Arbeitgeber, Wissenschaft, Parteien und Kirchen. So richtet die Kommission nach eigenem Bekunden „ihre Empfehlungen an die noch vorhandenen Kerne kollektiver Handlungsfähigkeit“ bei den eben genannten Organisationen und Institutionen (S. 114). Entsprechend dem institutionellen Kontext, in dem die Studie entstanden ist, finden sozialdemokratische und gewerkschaftliche Interessen und Positionen besondere Berücksichtigung, dennoch gehen einige Vorschläge weit darüber hinaus bzw. weichen stark davon ab. Dies wird primär damit begründet, dass nur dann, wenn die unter den Bedingungen der verschärften internationalen Konkurrenz und der veränderten gesellschaftli-

chen Verhältnisse überkommenen Strukturen des „deutschen Modells“ verändert werden, seine Grundziele bewahrt werden können: „Deshalb kommt die Kommission zu Vorschlägen, die in vieler Hinsicht von den klassischen Lösungen abweichen, die in den Nachkriegsjahrzehnten mit Unterstützung der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie aufgebaut wurden“ (S. 158).

9. Modus der Interessenvermittlung

Es wird ein breites Spektrum von zielführenden Willensbildungs- und Entscheidungsverfahren aufgezeigt, die ihre Wurzeln in modernen Managementstrategien haben, wie sie nach Meinung der Kommission zunehmend auf kommunaler Ebene angewendet werden und woraus sich „Eckwerte einer innovativen Evolutionsstrategie des Staates“ (S. 217) ableiten lassen. In langfristiger Perspektive wird erhofft, dass die derzeit beobachtbare „multi-zentrische Institutionenevolution“ sich zu einem nachhaltigen Entwicklungspfad der Verwaltungsmodernisierung verdichtet und stabilisiert. In allen Teilen der Studie, besonders aber in den mit Umweltschutz befassten, haben „weiche“ Instrumente einen großen Stellenwert: Verfahren der Konsensbildung, Kompromissuche, der Initiierung und Förderung von Lernfähigkeit und Selbstkoordination sowie (vor allem auf der Ebene internationaler Umweltpolitik) konsensfördernde Politikdialoge.

3.5 Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages

Gleich zu Beginn ihres Abschlußberichts „Konzept Nachhaltigkeit. Vom Leitbild zur Umsetzung“ verweist die Enquete-Kommission darauf, dass in der deutschen Diskussion nachhaltiger Entwicklung bislang der Umweltaspekt im Vordergrund stand, dass aber eine nachhaltig zukunftsverträgliche Entwicklung weit über Umweltfragen hinausreiche. (Gleichwohl wird in einem Minderheitsvotum moniert, dass den ökologischen Kriterien nicht absolute Priorität eingeräumt worden ist.) Nachhaltige Entwicklung wird als eine regulative Idee im Sinne eines interpretationsoffenen Zielzustandes verstanden, für den dorthin führenden Weg könne man allenfalls Leitplanken benennen. Die Ziele können ohnehin nicht Selbstzweck sein, sondern seien in eine gesellschaftlich gesetzte Rahmenordnung eingebettet, die das Gemeinwohl definiere. Für die Erreichung des Zieles sei eine umfassende gesellschaftliche Reformstrategie erforderlich, die zu einer Steigerung der gesellschaftlichen Anpassungsfähigkeit führt und die Fähigkeit zum innovativen Regieren erhöht. Dazu müsse Nachhaltigkeit zu einem integralen Ziel des gesamten Regierungshandelns, nicht nur einer Fachpolitik werden.

Es wird darauf verwiesen, dass die wissenschaftliche Fundierung einer nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Kommission nur höchst unvollständig gelingen konnte, da es erhebliche wissenschaftliche und politische Defizite bezüglich der ökonomischen und besonders der sozialen Aspekte von Nachhaltigkeit gebe; dementsprechend schlugen sich diese Defizite auch im Kommissionsbericht nieder. Trotz dieser Lücken, auf die die Kommission selbst verweist, kann man den Kommissionsbericht als die wohl komplexeste, ausgewogenste, wissenschaftlich fundierteste und am stärksten Realisierungsgesichtspunkte berücksichtigende Studie zur Entwicklung und Umsetzung einer Nachhaltigkeitsstrategie in Deutschland bezeichnen. Sie reflektiert und integriert in bemerkenswerter Weise die vielfältigen wissenschaftlichen Diskussionsstränge zur Nachhaltigkeitsthematik sowie – was

überhaupt erst größere Realisierungschancen entstehen lässt – die Positionen, Interessen und Kapazitäten der zentralen Akteursgruppen und Institutionen. Insofern spiegelt der Kommissionsbericht den „state of the art“ der wissenschaftlichen Nachhaltigkeitsdiskussion in praktischer Absicht in Deutschland wider. Daneben zeigt der Bericht im Vergleich zu anderen Studien den wissenschaftlichen und politisch-praktischen Mehrwert auf, der durch einen organisierten kooperativen Dialog unterschiedlichster Akteursgruppen erzielt werden kann. Zugleich verweist die Studie deutlich darauf, dass im nunmehr schon lang währenden Nachhaltigkeitsdiskurs vor allem die soziale Dimension und die Wechselwirkungen zwischen allen drei Nachhaltigkeitsdimensionen vernachlässigt worden sind. Auch bezüglich dieser Defizite ist die Studie der Enquete-Kommission insofern weiter als viele andere Studien zum Thema, als sie diese Lücken transparent macht und zugleich grundlegende Vorarbeiten zu ihrer Schließung leistet (beispielsweise durch die Entwicklung von ökonomischen, sozialen und ökologischen Nachhaltigkeitsregeln).

1. Leitbild und Nachhaltigkeitsbegriff

Angestrebt wird die Realisierung einer ökologischen und sozialen Marktwirtschaft, in der materielle Ressourcen durch Erweiterung des Wissensbestandes ersetzt; soziale, intellektuelle, kreative, kooperative Fähigkeiten und Fertigkeiten entfaltet; Innovationen auf allen Ebenen gefördert, übermäßige staatliche Eingriffe in das Leben Einzelner reduziert und kleinere gesellschaftliche Einheiten gestärkt werden. Insgesamt sollen zukünftigen Generationen zumindest die gleichen Lebenschancen bewahrt werden; dies umfasst neben dem Erhalt des natürlichen Kapitals auch die Weitergabe von Sach- und Humankapital.

2. Zeitperspektive

Bei der Realisierung von Nachhaltigkeitszielen wird von „moving targets“ ausgegangen und dementsprechend von einem sehr langfristigen gesellschaftlichen Lern-, Such- und Erfahrungsprozess. Vorausgesetzt werden lebenslange Lernbereitschaft und ein hohes Maß an Lernfähigkeit aller Akteure und Institutionen. Um einen für notwendig gehaltenen Realisierungsdruck auszuüben, sollen verbindliche Etappenziele festgelegt und der Gesamtprozess institutionell abgesichert werden. Im Weiteren werden für Einzelbereiche (insbesondere in den drei Beispielfeldern) zeitlich konkretisierte Handlungsziele und -empfehlungen benannt.

3. Stellenwert sozialer Gesichtspunkte

Postulativ haben sie einen gleichwertigen Stellenwert, der inhaltlich allerdings nicht immer – wie die Kommission bedauert – wegen fehlender wissenschaftlicher etc. Voraussetzungen eingelöst werden konnte. Es werden allgemeine Regeln zur Diskussion gestellt, die aus sozialer Sicht der Nachhaltigkeit beachtet werden sollten. Im Vordergrund der Sozialordnung steht dabei der Erhalt der gesellschaftlichen Solidarität, verstanden als gesellschaftlicher Zusammenhalt und gesellschaftliche Leistungsfähigkeit. Soziale Gerechtigkeit, soziale Sicherheit und Solidarität gelten als Grundpfeiler für soziale Stabilität und individuelle Freiheit und damit auch für eine nachhaltig zukunftsverträgliche Entwicklung. Diese Grundpfeiler sieht man erodieren, auch weil es zu einem großen Ausmaß von Staatsverschuldung gekommen ist und weiterhin steigende Anforderungen an das soziale Sicherungssystem aufgrund der sozialökonomischen Entwicklung zu erwarten sind: „Die Gräben zwischen

den gesellschaftlichen Gruppen, die mit ihren Beiträgen die Sozialordnung finanzieren, und denjenigen, die daraus Zuwendungen erhalten, werden immer tiefer“ (S. 23). Deshalb müsse das soziale Rahmengerüst grundsätzlich neu überdacht werden. Dabei sei eine Balance zu finden zwischen solidarischer Hilfe und dem Erhalt der Gestaltungsfreiheit des Einzelnen durch Vermeidung übermäßiger Finanzbelastungen. Die sozialen Hauptziele (etwa Sicherung eines sozialen Grundbedarfs, Gesundheit, Erwerbsmöglichkeit, Bildung, Altersversorgung, gerechte Einkommensverteilung etc.) gelten nicht nur als Eigenwerte, sondern auch als funktional für die Realisierung von Nachhaltigkeitsstrategien (S. 54). Insgesamt kommt es zu einer Einbettung der Ökonomie in einen gesellschaftlich vereinbarten und grundrechtlich abgesicherten sozialen Ordnungsrahmen. Auch den „ökologischen Regeln“ wird keine höhere Priorität zugestanden, denn auch sie seien aus einem breiten Diskurs in Wissenschaft, Politik und Gesellschaft entwickelt worden (S. 34). Nur im Fall von existenzgefährdenden Umweltbelastungen sei eine absolute Grenze für die Berücksichtigung der sozialen und ökonomischen Interessen gegeben.

4. Arbeitsbegriff

Die Kommission führt keinen neuen Arbeitsbegriff ein, auch auf den diesbezüglichen allgemeinen Diskurs wird nicht weiter eingegangen. Im Rahmen der Diskussion sozialer Ziele (S. 22ff.) werden u.a. die Herstellung und Sicherung von Erwerbsfähigkeit und -möglichkeit sowie Arbeitsbedingungen allgemein als zentrale Anhaltspunkte für die Ermittlung sozialer Qualitätsziele benannt. Die Konkretisierung der Qualitätsziele soll durch einen über den politischen Diskurs ermittelten Konsens erfolgen. Arbeit gilt mit als eine wesentliche Voraussetzung für sozialen Frieden und eine zukunftsfähige Entwicklung. Auch die Diskussion der sozialen Sicherungssysteme erfolgt nicht mit Bezug auf neue Arbeitsformen, es wird offensichtlich davon ausgegangen, dass die Sozialversicherungssysteme weiterhin erwerbszentriert gestaltet sein werden. Sofern Arbeitsthemen aufgegriffen werden, handelt es sich meistens um Folgen für die Beschäftigung, so etwa bei der Diskussion der sozialen Auswirkungen von IuK-Techniken (S. 96ff.). In diesem Zusammenhang wird auch die Veränderung von Arbeitsformen und die Entstehung neuer Arbeitstypen stärker diskutiert und (nun doch) generell darauf hingewiesen, dass ein Wandel der Sozialversicherungssysteme sich als notwendig erweisen werde (S. 101). Die Kommission pflegt ebenfalls einen eher vorsichtigen Umgang mit Überlegungen zu nicht konventionellen Arbeitsformen, so soll ihrer Meinung nach beispielsweise geprüft werden, wie und mit welchen Mitteln neue Formen der Eigenarbeit und des ehrenamtlichen Engagements gefördert werden können (S. 204). Im Sondervotum von zwei Kommissionsmitgliedern wird dagegen dafür plädiert, angesichts der großen Arbeitslosigkeit sich keine Illusionen über Möglichkeiten der Arbeitsplatzsteigerung durch Innovationen u.Ä. zu machen, sondern stattdessen über eine innovative Änderung der Arbeitsmarktstruktur nachzudenken. Zu diesen innovativen Elementen werden gezählt: Flexibilisierung, geringere Wochen- und Lebensarbeitszeit bis hin zu einer Grundversorgung mit Arbeit, wie sie der Club of Rome in seinem Drei-Schichten-Modell vorgeschlagen hat (S. 205). In einem weiteren Minderheitsvotum mehrerer Kommissionsmitglieder wird gefordert, mit nationalstaatlicher Politik mehr zugunsten der eindeutigen Verlierer aus der Globalisierung zu tun, nämlich die Arbeitskräfte mit geringer oder keiner Qualifikation. Aus langfristiger Sicht seien hierfür bildungspolitische Maßnahmen die vielversprechendste Strategie (S. 207). Im Sondervotum eines Kommissionsmitglieds wird darüber hinaus gefordert, eine Grundregel für die Nachhaltigkeit des Sozialstaates in folgender Form aufzunehmen: „Sowohl die Grundsicherung für Gegenwart und Zu-

kunft jedes Mitglieds der Gesellschaft als auch seine Grundversorgung mit Arbeit ist zu gewährleisten, ohne damit künftigen Generationen Schaden zuzufügen“ (S. 226).

5. Wechselwirkungen der Nachhaltigkeitsdimensionen

Gleichwertigkeit der drei Nachhaltigkeitsdimensionen und Wichtigkeit ihrer systematischen Verknüpfung bei der Entwicklung von Nachhaltigkeitsstrategien werden postuliert. Im konkreten Fall kommt es nur vereinzelt zu einer systematischen Berücksichtigung der Wechselwirkungen. Zumindest werden bei der Diskussion der verschiedenen Beispielfelder und der Innovationsstrategie alle drei Dimensionen berücksichtigt. Am Beispielfeld „Bauen und Wohnen“ wird für einen Teilbereich die Interdependenz der drei Dimensionen an einigen Beispielen demonstriert (S. 160ff.). Wie schon angesprochen, sieht die Kommission die stark lückenhafte Berücksichtigung der Wechselwirkungen selbst als ein großes Manko, dessen Behebung verstärkte wissenschaftliche Forschung (in Verbindung mit einem gesellschaftlichen Diskurs) voraussetze.

6. Strategieelemente

Befürwortet wird die Entwicklung einer nationalen Nachhaltigkeitsstrategie in Form einer ressortübergreifenden, integrativen Langfristplanung. Hierbei wird starker Bezug auf die Agenda 21 genommen. Für drei Beispielfelder (Bodenversauerung, IuK-Techniken, Wohnen) werden konkrete Strategien und Maßnahmen aufgezeigt, wobei notgedrungen (aufgrund fehlender wissenschaftlicher etc. Voraussetzungen) der ökologische Zugang gewählt wurde. Gleichwohl wurde versucht, die ökonomischen und sozialen Ziele/Auswirkungen mit zu berücksichtigen, was aber „nicht in gewünschtem Ausmaß“ erreicht werden konnte, wie die Kommission bedauert (S. 47). Es werden sozusagen alle sach- und zweckdienlichen Instrumente „ohne Tabus“ (also auch umstrittene wie die Öko-Steuer) vorgeschlagen. Ein besonderes Augenmerk finden technische, soziale und institutionelle Innovationen; in diesem Zusammenhang wird auch die Förderung von „Innovationsverbänden“ vorgeschlagen (S. 202).

7. Rolle des Staates

Aufgaben und Instrumente des Staates werden ausführlich diskutiert. Der Staat soll im Nachhaltigkeitsdiskurs eine führende, den gesellschaftlichen Prozess aktivierende Rolle einnehmen. Er hat die zentrale Verantwortung, die gesellschaftliche Entwicklung in Richtung Nachhaltigkeit anzustoßen (S. 39). Dabei soll er eine Doppelrolle spielen: zum einen moderierend und koordinierend, zum anderen, wo notwendig, auch lenkend-durchsetzend. Er soll die Rahmenbedingungen für alle Akteure in Wirtschaft und Gesellschaft so gestalten, dass ihr Handeln in Richtung der vereinbarten Nachhaltigkeitsziele führt. Er soll zwar weitgehend von der (nicht mehr zeitgemäßen) etatistischen Strategie des Entscheidens, Verkündens und Durchsetzens abkehren, doch soll immer ein hierarchischer Durchgriff ins Marktgeschehen aus übergeordneten Gründen des Gemeinwohls möglich und realisierbar sein. Dementsprechend sind auch gesetzlich fixierte Umweltqualitäts- und Umweltschutzziele anzustreben. Gleichwohl hat die Kommission weitgehende Präferenzen für „weiche“ Formen der Entscheidungsfindung und -steuerung: Dialoge, Diskurse, informelle Konfliktregelungsverfahren, Informations- und Überzeugungsverfahren, Förderung gesellschaftlicher Selbstorganisationsprozesse etc. Allerdings besteht eine gewisse Skepsis hin-

sichtlich der zielführenden Wirksamkeit von aus den verfassungsmäßig zuständigen Institutionen ausgegliederten Partizipations- und Konfliktregelungsverfahren (S. 211). Der Staat dürfe sich aber auch schon allein deshalb nicht aus zentralen Konfliktbereichen zurückziehen, weil er in der Gesellschaft – bei aller Staatskritik – immer noch als Hauptverantwortlicher für die großen gesellschaftspolitischen Problemlagen und Aufgaben gesehen wird. Insgesamt wird das Konzept eines aktiven wie auch aktivierenden Staates entwickelt. Ferner schlägt die Kommission die Etablierung eines „Rates für nachhaltig zukunftsverträgliche Entwicklung“ – in Verbindung mit einer grundlegenden Revision bestehender politischer Entscheidungs- und Beratungsgremien – vor. Mögliche Aufgaben des Rates sollen sein die Integrationsaufgabe, die Monitorfunktion und die Entwicklung von Nachhaltigkeitsstrategien. Um dem Rat das notwendige institutionelle Gewicht zu geben, soll er organisatorisch an das Bundeskanzleramt angebunden werden (S. 39ff.).

8. Akteursbezüge

Entsprechend dem Konzept, einen breiten gesellschaftlichen Konsens über politische Diskurse zu erreichen, wird der Einbezug eines breiten Spektrums von Akteursgruppen für erforderlich gehalten. Im vorgeschlagenen Rat für Nachhaltigkeit sollen u.a. Mitglieder sein, die auf Vorschlag von Arbeitgebern, Umweltverbänden und Gewerkschaften berufen werden. Es ist insgesamt keine einseitige Priorisierung einer Akteursgruppe erkennbar.

9. Modus der Interessenvermittlung

Hier wird die beste Lösung in einer Verknüpfung von konventionell-hierarchischen mit diskursiv-partizipativen Verfahren gesehen (S. 46). Insgesamt jedoch sieht die Kommission die Notwendigkeit, auf Konsens und Kompromiss hin orientierte Verfahren des Diskurses, Dialogs etc. auszubauen und die Partizipation allgemein zu verbreitern und gewichtiger zu machen. Weiterhin sollen Suchprozesse institutionalisiert werden, die Veränderungsmöglichkeiten der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen aufzeigen, wobei Diskurse eine zentrale Rolle spielen sollen (S. 38). Ziele und Umsetzungsstrategien einer nationalen Nachhaltigkeitsstrategie sollen gemeinsam mit den betroffenen Akteuren festgelegt werden. In wichtigen Angelegenheiten sollen alle wichtigen Akteursgruppen einbezogen werden; genannt wird ein breites Spektrum, das auch die „Sozialpartner“ sowie Länder und Kommunen und die betroffenen Ressorts der Bundesebene einschließt (S. 38).

3.6 Bericht an den Club of Rome (O. Giarini/P. M. Liedtke)

Die Club-of-Rome-Studie will mit einem stark erweiterten Arbeitsbegriff, durch den insbesondere nicht monetarisierte gesellschaftliche und private Tätigkeiten aufgewertet werden, die noch vom Zeitalter der industriellen Revolution geprägt (und nach ihrer Ansicht längst überkommenen) Vorstellungen überwinden, die einer Neugestaltung der Lebens- und Arbeitswelt im Wege stehen und dadurch zur Arbeitslosigkeit beitragen und die Schaffung von individuellem und gesellschaftlichem Wohlstand durch Ausweitung produktiver Tätigkeiten verhindern. Es müsse erkannt werden, dass wir in einer Dienstleistungsgesellschaft leben, in der der Anteil an Eigenarbeit systematisch expandiert und somit im Grunde genommen das Beschäftigungsproblem nur durch eine Neubewertung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zu lösen sei. Zur Lösung der Beschäftigungsprobleme wird ein Drei-

Schichten-Modell vorgeschlagen, das gesellschaftlich (d.h. durch den Staat) bereitgestellte Arbeit, Erwerbsarbeit im (nahezu völlig) unregulierten privaten Sektor und (überwiegend gemeinnützige) Tätigkeiten nicht monetarisierter Art umfasst. Die Bereiche bezahlter und unbezahlter Arbeit sollen viel stärker, als es bislang der Fall ist, miteinander verknüpft werden, auch was die sozialen Sicherungssysteme anbelangt. Wesentliche Aufgabe des Staates sei es, für alle Personen zwischen 18 und 78 Jahren sinnvolle Tätigkeiten im Volumen von 1.000 Stunden pro Jahr bereitzustellen, die ein Mindesteinkommen für die nötigsten Dinge des Lebens garantieren. Das würde die notwendige soziale Grundsicherheit geben, die zu einer Steigerung der individuellen Risikobereitschaft und Innovationsfreudigkeit führt.

1. Leitbild

Der Bericht will das Bild einer zukünftigen Dienstleistungsgesellschaft entwerfen und hierfür ein arbeitsethisches Fundament legen, das überkommene Vorstellungen überwindet. In der anvisierten Dienstleistungsgesellschaft soll die Schaffung von Arbeitsplätzen im Mittelpunkt stehen, angestrebt wird eine weitgehende Vollbeschäftigung. Arbeit ist eine zentrale Kategorie für die Individuen, gesellschaftliches Zusammenleben, Wohlstand und Gemeinwohl. Das gilt nicht nur für bezahlte Arbeiten (Erwerbsarbeit), sondern für alle Formen produktiver Tätigkeiten: Sie sind das Fundament für die Würde des Menschen (S. 20), denn „wir sind zuallererst das, was wir tun“. Jede Person soll über einen essentiellen Mindestbeitrag verfügen können, um für die nötigsten Dinge des Lebens aufkommen zu können (etwa angemessene Ernährung, Kleidung, Unterkunft, Gesundheitsversorgung) – dieses Grundeinkommen (garantiertes Mindesteinkommen) soll es aber nur für diejenigen geben, die zu produktiver Tätigkeit in einem bestimmten Ausmaß bereit sind („keine Zuwendungen für das Untätigbleiben, sondern Unterstützung für das Tätigbleiben“; S. 242). Bildung und lebenslanges Lernen sind zentral für alle, besonders aber für ältere Personen.

2. Zeitperspektive

Zum Zeitrahmen der Umsetzung des vorgeschlagenen Modells sind keine Angaben gemacht worden. Es kann davon ausgegangen werden, dass aufgrund der massiven Eingriffe in bestehende Interessen und der radikalen Änderung bestehender Strukturen eine sehr langfristige Perspektive vorausgesetzt wird. Diese Annahme wird auch dadurch gestützt, dass die Autoren selbst etliche ihrer zentralen Vorschläge als Beitrag zu einem notwendigen Diskussionsprozess charakterisieren (S. 21). Es wird aber auch in den spezifischeren Teilen des Berichts, wo es beispielsweise um die Etablierung der verschiedenen Schichten des neuen Arbeitssystems geht, nirgendwo eine zeitliche Stufung der Umsetzung oder eine zeitliche Priorisierung der notwendigen Umsetzungsschritte vorgenommen.

3. Stellenwert sozialer Gesichtspunkte

Die sozialen Gesichtspunkte sind im Wesentlichen über den Arbeitsbegriff vermittelt, dass bedeutet im Großen und Ganzen, dass Arbeit (produktive Tätigkeit), individuelle und soziale Zufriedenheit, gesellschaftlicher Wohlstand und soziale Sicherheit einen großen Stellenwert in der Studie insofern haben, als sie quasi aus der Schaffung sinnvoller Vollbeschäftigung resultieren sollen. Dem folgt auch relativ schlüssig, dass diejenigen, die nicht zu produktiven Tätigkeiten (beispielsweise in der „ersten Schicht“ der Arbeit) bereit sind, aus dem sozialen Grundsicherungsnetz herausfallen sollen. Humankapital wird als das A und O für

jetzigen und künftigen Wohlstand angesehen, insofern soll die Bildung, Vertiefung und Ausweitung von Humankapital höchste Priorität erhalten. Blickt man von den generellen Aussagen zum Bereich Arbeit und Soziales stärker auf die Umbauvorschläge für die sozialen Sicherungssysteme und den Bereich der Erwerbsarbeit („zweite Schicht“), dann wird deutlich, dass extrem tiefe Einschnitte in die bestehenden Systeme für notwendig gehalten werden, die bestehende Rechte und Möglichkeiten stark reduzieren würden. Das betrifft die Tätigkeitspflicht im Alter von 18 bis 78 Jahren, die Begrenzung des sozialen Sicherungssystems auf ein existenzsicherndes Minimum (zur Sicherung einer „bescheidenen Existenz“, S. 235), die offene Frage, welche Hilfen in Fällen vorzusehen sind, wo eine produktive Tätigkeit nicht möglich ist und schließlich die radikale Deregulierung des Erwerbsarbeitsmarktes.

4. Arbeitsbegriff

Wie am Drei-Schichten-Modell deutlich, verwenden die Autoren einen stark erweiterten Arbeitsbegriff, der marktbezogene Tätigkeiten ebenso erfasst wie unbezahlte gemeinnützige und Eigenarbeit. Die Autoren halten es sogar für unabdingbar, den Arbeitsbegriff zu erweitern, hin zu einem allgemeinen Begriff produktiver Tätigkeit, um die Hauptursachen der gegenwärtigen Arbeitsmarktprobleme überhaupt richtig verstehen und durch erfolgreiche Gegenstrategien in den Griff bekommen zu können. Da sie auch „Eigenkonsum“ als produktive Tätigkeit definieren, wird gleichzeitig die Trennung der Sphären Produktion und Konsumption aufgehoben. Generell sind sie dafür, die nichtmonetarisierte Arbeit stark aufzuwerten, da sie entscheidend zum Wohlstand und Gemeinwohl der Menschen beitrage (S. 210). Unter Berufung auf zahlreiche Studien in Deutschland heißt es, dass die Grenzen zwischen Arbeit, Lernen und Unterhaltung zunehmend verwischt werden (S. 257). Hervorgehoben wird, dass das gesamte Geflecht der gesellschaftlichen Wechselbeziehungen stark von unserer Stellung in der Welt der bezahlten Arbeit abhängt, andere produktive Tätigkeiten (als Beispiel werden genannt: Hausarbeit und Kindererziehung) dagegen viel zu wenig gesellschaftliche Anerkennung erfahren. Arbeit erhält insgesamt einen hohen Stellenwert insofern, als sie als „der augenfälligste und grundlegendste Ausdruck unserer Persönlichkeit und unserer Freiheit“ bezeichnet wird („wir sind zuallererst, was wir tun“, S. 330).

5. Wechselwirkungen der Nachhaltigkeitsdimensionen

Da Umweltgesichtspunkte ohnehin nur sehr peripher angesprochen werden, kann eine systematische Verknüpfung der Nachhaltigkeitsdimensionen gar nicht stattfinden. Überhaupt wird an keiner Stelle auf die Diskussionen zur „nachhaltigen Entwicklung“ Bezug genommen. Umweltbezogene Ziele oder Tätigkeiten tauchen nicht einmal unter den Beispielen für die verschiedenen Tätigkeitsfelder auf. Allgemein wird aber festgestellt, dass in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wie auch in vorherrschenden ökonomischen Theorien der Wert der Natur unzureichend berücksichtigt wird (S. 140). In einem kurzen Unterkapitel, das eher wie eine Pflichtübung wirkt, wird mit Bezug auf andere Studien die positive Wirkung von Ressourcenschonung für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung angesprochen. Vorsorgender Umweltschutz wird gerade in Verbindung mit der neuen Dienstleistungsgesellschaft als eine Möglichkeit gesehen, für Beschäftigungswachstum zu sorgen – sofern er sinnvoll betrieben wird, und das heißt vor allem, nicht mit so strengen Regulierungen versehen ist, dass er die Wettbewerbssituation von einzelnen Unternehmen belastet wird (S. 171ff.).

6. Strategieelemente

Die wesentlichen Strategieelemente richten sich auf die Schaffung von Rahmenbedingungen für ein neues Arbeitssystem (produktive Tätigkeit). Die produktive Tätigkeit ist äußerst vielschichtig gestaltet, wobei ein Drei-Schichten-Modell entwickelt und so konzipiert wird, dass jede Person an allen drei Formen (Schichten) von Arbeit in Zukunft beteiligt sein kann. In diesem Modell würde der Staat jedem arbeitsfähigen und arbeitswilligen Menschen ein Minimum an bezahlter Arbeit im Volumen von 20 Stunden pro Woche garantieren („erste Schicht der Arbeit“). Das soll u.a. dazu führen, dass die von der Arbeitslosigkeit besonders betroffenen Menschen (Jugendliche, Alte und Frauen) eine soziale Wiedereingliederung erreichen. Die Finanzierung dieses Arbeitsmarktes soll durch eine Zusammenführung aller Finanzquellen erfolgen, die gegenwärtig für zusätzliche Arbeitslosengelder, Einkommensunterstützung und Sozialhilfe vorgesehen sind. Hierdurch wird ein Mindesteinkommen garantiert, was den Menschen nun ermöglicht, sich nach eigenem Gusto und Fähigkeiten zusätzliche Arbeit in den anderen beiden Schichten zu besorgen. Dies ist als Option gedacht, möglich ist natürlich auch, dass Personen nur im Erwerbsarbeitssektor („zweite Schicht“) beschäftigt sind. Die erste Schicht ist insofern eine Art Ersatzangebot des Staates für all diejenigen, die keine ausreichende Erwerbsarbeit finden. Aufgrund dessen, dass die Entlohnung der „ersten Schicht“ nicht über dem Existenzminimum liegt, können Einkünfte oberhalb der Armutsgrenze auch nur durch Einkünfte in der „zweiten Schicht“ erzielt werden. Das System impliziert auch, dass im Falle von Arbeitslosigkeit im Erwerbsarbeitssektor alle Ansprüche auf Lohnersatzleistungen entfallen und nur durch den Anspruch auf eine produktive Tätigkeit in der „ersten Schicht“ (mit einem garantierten Mindesteinkommen) ersetzt werden. Somit wird auf alle ein Zwang zum produktiven Tätigsein ausgeübt.

Bei der „zweiten Schicht“ von Arbeit handelt es sich im Grunde genommen um den Bereich der klassischen Erwerbsarbeit. Sie soll weiterhin im Mittelpunkt der Wirtschaft stehen, aber im Vergleich zum jetzigen Zustand wesentlich flexibilisiert werden. Die Flexibilisierung betrifft vor allem die Arbeitszeiten (ganz nach Wunsch der Individuen: 1 Stunde bis hin zu 100 Wochenstunden) sowie der Verbindung mit der „ersten Schicht“ insofern, als hier keine Friktionen auftreten dürfen/sollen. Die Schichten sollen sich nicht gegenseitig „stören“ (verdrängen etc.). Dementsprechend sind auch die sozialen Sicherungssysteme grundlegend umzubauen, etwa um zu vermeiden, dass Tätigkeiten in der „zweiten Schicht“ (steuerlich oder anders) „bestraft“ werden. Ferner soll sich der Staat mit Detailregelungen völlig aus der „zweiten Schicht“ von Arbeit heraushalten, abgesehen von gesetzlichen Rahmenregelungen, die das System absichern.

Die „dritte Schicht“ betrifft unentlohnte Tätigkeiten unterschiedlichster Art, die nach Meinung der Autoren in der modernen Dienstleistungsgesellschaft ein Hauptfaktor zu ihrem Funktionieren geworden sind bzw. noch werden. Dies betrifft offensichtlich überwiegend gemeinnützige Tätigkeiten; unklar bleibt, ob und wie weit private Eigenarbeit mit dazugehören soll. Es wird erwartet, dass die Personen im erwerbsfähigen Alter (18 bis 78 Jahre) im Verlauf ihres Erwerbslebens ihre Zeit in unterschiedlichen Kombinationen auf diese drei Schichten aufteilen werden.

7. Rolle des Staates

Der Staat, ohnehin nur sehr kurz behandelt, wird wesentlich als ein Minimalstaat konzipiert, der sich auf Rahmensetzung beschränkt – diese soll allerdings zu einem tiefgreifenden Strukturwandel des Erwerbssystems und des sozialen Sicherungssystems führen – und sich vor allem aus dem Erwerbsarbeitssektor („zweite Schicht“) weitestgehend zurückzieht. Eine weitere wesentliche Staatsaufgabe soll darin liegen, die „erste Schicht der Arbeit“ zu organisieren und zu betreiben. Insgesamt soll er zu einer Aufwertung der nicht monetarisierten Arbeit beitragen. „Die Rolle des Staates jenseits der ersten Schicht beschränkt sich darauf, den geeigneten gesetzlichen Rahmen für eine effiziente und dynamische Wirtschaft zu schaffen, die sich nach einem gesellschaftlichen Konsens entwickeln soll und dabei das Unternehmertum soweit wie möglich fördert“ (S. 235). Im Weiteren wird vom Staat selbst ein Wandel insofern erwartet, als er sich auf den strukturellen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel einstellen und insbesondere die „gegenwärtige arbeitsfeindliche Haltung“ in bestimmten Bereichen (etwa Arbeitslosenversicherung) aufgeben soll (S. 251). Er soll sich zu einer dezentral agierenden Institution entwickeln, die auf die Bedürfnisse von Unternehmen maßgeschneiderte Konzepte entwickelt und in diesem Sinne allgemein zum „empowerment“ beiträgt: Kreativität fördern, Menschen ermuntern etc. (S. 252). (Die Autoren weisen darauf hin, dass die äußerst komplexe Frage der Regierungsform und der Regierungskapazität von ihnen nicht erörtert wird, weil dies den Rahmen des Berichts sprengen würde, S. 247.)

8. Akteursbezüge

Es findet keine explizite Diskussion darüber statt, welche Rolle Interessengruppen oder gesellschaftspolitisch tätige Organisationen bei der Realisierung der tief greifende Strukturänderungen notwendig machenden Neukonzeption der Arbeits- und Lebenswelt sowie der sozialen Sicherungssysteme spielen könnten. Eine aktive Rolle wird allgemein vom „Staat“ erwartet, der sowohl den gesellschaftlichen Umbau aktiv vorantreiben als auch sich selbst so reorganisieren soll, dass er dieser Aufgabe gerecht werden kann. Lässt man einmal beiseite, dass die erfolgreiche Umsetzung des Konzeptes langfristig im Vergleich zur jetzigen Situation Vorteile für breite Bevölkerungsschichten, insbesondere für die jetzt stark benachteiligten wie Niedrigqualifizierte und Frauen, zeitigen könnte, sind zunächst erst einmal größere Vorteile für wirtschaftliche Akteure (Deregulierung, Entlastung von Sozialabgaben etc.) zu erwarten, jedenfalls wenn die Annahme zutrifft, dass Beeinträchtigungen der „zweiten Schicht“ der Arbeit (Erwerbsarbeit) durch Ausbau der beiden anderen Schichten vermieden werden können. Gewerkschaftliche Interessen und Ziele werden hingegen auf breiter Ebene in Frage gestellt.

9. Modus der Interessenvermittlung

Hierzu gibt es keine näheren Ausführungen außer dem Hinweis, dass der neue gesellschaftliche Rahmen für eine effiziente und dynamische Wirtschaft in einem gesellschaftlichen Konsens entwickelt werden soll (S. 235).

3.7 Enquetekommission „Zukunftsfähiges Berlin“ des Berliner Abgeordnetenhauses

Der Bericht der Enquete-Kommission entstand im Rahmen der Initiativen zur Entwicklung und Umsetzung einer lokalen Agenda 21. Er soll erste Grundlagen für eine Diskussion einer Nachhaltigkeitsstrategie auf Landesebene legen, er enthält aber für Teilbereiche bereits konkrete Vorschläge, vor allem für die beiden detaillierter behandelten Handlungsfelder „Zukunftsfähiges Bauen und Wohnen“ sowie „Ernährung“. Insgesamt erfolgt eine starke Orientierung am Abschlußbericht der Bundestags-Enquetekommission.

1. Leitbild und Nachhaltigkeitsbegriff

Die Kommission empfiehlt, als Leitbild „Zukunftsfähigkeit im Sinne der Agenda 21“ zu etablieren (S. 46). Sie weist zugleich darauf hin, dass dieses Leitbild durch mess- und steuerbare Schritte abgesichert werden müsse. Die Kommission will allerdings nur Elemente eines Leitbildes für ein zukunftsfähiges Berlin vorschlagen, die Konkretisierung soll der breiten Diskussion der Stadtbevölkerung und der relevanten gesellschaftlichen Gruppen vorbehalten bleiben. Die Kommission empfiehlt vorerst, Nachhaltigkeit als „regulative Idee“ aufzufassen, die einen gemeinsamen Such-, Lern- und Erfahrungsprozess der Akteure strukturieren soll (S. 54). Dieser Prozess soll aber nicht beliebig sein, sondern sich an dem Verständnis von Zukunftsfähigkeit der sog. Brundtland-Kommission sowie an den Ergebnissen der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages orientieren. Auf dieser Basis wird eine Reihe von ökologischen, ökonomischen und sozialen Zielen abgeleitet, die als „Leitplanken“ dienen sollen (S. 55ff.). Trotz Anerkennung einer prinzipiellen Gleichwertigkeit der verschiedenen Zieldimensionen erhalten ökologische Ziele dann Priorität, wenn das Risiko besteht, „dass die Grenzen der ökologischen Belastbarkeit und Funktionsfähigkeit erreicht oder überschritten werden können und somit die menschliche Existenz bedroht ist ... Insofern stellt die ökologische Dimension die natürliche Grenze gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Entwicklung dar“ (S. 58f.).

2. Zeitperspektive

Es wird von einer sehr langfristigen Entwicklungs- und Umsetzungszeit eines Nachhaltigkeitskonzeptes ausgegangen (regulative Idee, breiter Diskurs und gesellschaftlicher Konsens angestrebt); für einige Bereiche werden Vorschläge in kurz- bis mittelfristiger Perspektive gemacht, die aber nicht zu einem verbindlichen Politikvorschlag zusammengefasst werden.

3. Stellenwert sozialer Gesichtspunkte

Die soziale Dimension wird breit und intensiv diskutiert. Hinsichtlich der Ausgestaltung der Sozialordnung und der dabei zu berücksichtigenden Ziele macht sich die Kommission die von der Bundestags-Enquetekommission formulierten Handlungsanleitungen zu eigen (S. 57f.). Als besonders wichtig für die soziale Zukunftsfähigkeit Berlins werden die gerechte Teilhabe an Beschäftigungsmöglichkeiten, das von sozialer Gerechtigkeit geprägte friedliche und solidarische Zusammenleben aller Menschen und die Sicherung gleicher Lebenschancen für heutige und zukünftige Generationen bezeichnet. Damit sollte nach Kommissionsauffassung auch ein Werte- und Strukturwandel hin zu neuen Wohlstandsmodellen

verbunden sein, in denen die Leitidee des „viel Habens“ durch die Leitidee des „gut Lebens“ (Suffizienzziel) abgelöst ist. Soziale Gesichtspunkte spielen in der Diskussion der Enquete-Kommission und bezüglich der ihnen hierbei eingeräumten Relevanz eine große Rolle, gleichwohl verblieben so viele Wissenslücken wie auch strittige Punkte, dass es zu keiner umfassenden Handlungsempfehlung kommt. Ähnlich wie es schon die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages getan hatte, weist auch die Berliner Enquete-Kommission darauf hin, dass in der Debatte um nachhaltige Entwicklung bisher die Dimension der sozialen Entwicklung vernachlässigt worden ist. Die Sicherung bzw. Erhöhung des sozialen Zusammenhalts (soziale Kohäsion) wird mit zur wichtigsten Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit Berlins erklärt (S. 173). Wichtig hierfür seien „Verantwortungsfähigkeit“ und „Beteiligungsfähigkeit“, d.h. die Eliten und Bessergestellten sollen sich als fähig erweisen, ihre kurzfristigen Interessen zugunsten des sozialen Ganzen zurückzustellen, während diejenigen, die von der Solidargemeinschaft Unterstützung empfangen, befähigt werden sollen, der Solidargemeinschaft nach Kräften zurückzugeben: Erst dann wird „die Praxis sozialer Kohäsion sinnfälliger und für alle Gruppen der Stadt plausibel. Die Verantwortungsfähigkeit und die Beteiligungsfähigkeit bedingen sich gegenseitig“ (S. 179).

4. Arbeitsbegriff

Auf der Basis einer breit angelegten Literaturstudie sowie von Stellungnahmen verschiedener Akteursgruppen im Rahmen der Kommissionstätigkeit findet eine intensive Diskussion des Arbeitsthemas statt (S. 52ff., 190ff.). Die Diskussion bezieht auch ganzheitliche Ansätze, die auf einem umfassenden Arbeitsbegriff beruhen, ein. Die gerechte Teilhabe an Beschäftigungsmöglichkeiten wird als ein vordringliches Ziel im Rahmen des Leitbildes zur Zukunftsfähigkeit Berlins bezeichnet (S. 58). In der Diskussion der sozialen Dimension wird darauf verwiesen, dass insbesondere für sechs Untersuchungsfelder noch Forschungsbedarf bestehe; fünf dieser Untersuchungsfelder betreffen direkt und indirekt das Arbeitsthema (S. 182). Darüber hinaus werden Ausgangssituation und Problemlage in Berlin bezüglich Erwerbslosigkeit und Zukunft der Arbeit analysiert (S. 183ff.). Allgemein wird festgestellt, dass – auch aufgrund der Kürze der zur Verfügung stehenden Beratungszeit – die verschiedenen Arbeitskonzepte nicht bewertet werden konnten; dies führt zur Empfehlung, eine neu einzusetzende Enquete-Kommission möge das Thema vertieft behandeln (S. 190). Handlungsempfehlungen werden nicht gegeben (S. 218).

5. Wechselwirkungen der Nachhaltigkeitsdimensionen

Postuliert wird, dass die drei Nachhaltigkeitsdimensionen integrativ zu betrachten sind; gleichwohl konnte über die Gewichtung der drei Dimensionen im Zieldreieck der Nachhaltigkeit keine Einigkeit erzielt werden (S. 51). Die drei Dimensionen werden zwar operationalisiert, sodass weitgehend die Voraussetzung für eine integrative Analyse und Beurteilung verschiedener Strategien und Maßnahmenvorschläge geschaffen wird, doch werden im Weiteren die Dimensionen fast ausschließlich voneinander getrennt behandelt.

6. Strategieelemente

Auf der Grundlage wissenschaftlicher Analysen, nationaler und internationaler Beispiele sowie internationaler Vorhaben werden diverse Strategieelemente empfohlen. Sie betreffen nicht nur alle drei Dimensionen der Nachhaltigkeit, sondern auch Institutionen. Für alle

Bereiche werden mehr oder minder spezifizierte Handlungsempfehlungen gegeben – mit Ausnahme der Sozialdimension, wo keine Einigung auf Handlungsempfehlungen zustande kam (S. 218). Man kann allerdings sagen, dass es sich um ein Sammelsurium von Strategieelementen handelt, da keine eigentliche Priorisierung stattfindet. Zu den genannten Strategieelementen gehören u.a.: Entwicklung eines umfassenden Indikatorensystems für die Messbarkeit einer nachhaltigen Entwicklung (S. 61ff.), das systematisch in den politisch-administrativen Entscheidungsprozeß integriert werden soll (S. 72) und speziell für die Berliner Situation geeignet sein soll; diverse Aktivitätsvorschläge auf lokaler, regionaler, Senats- und senatsübergreifender Ebene; infrastrukturelle Absicherungsmaßnahmen der empfohlenen Aktivitäten; Öffentlichkeitsarbeit; regionales Ressourcen- und Stoffstrommanagement; Förderung von Wertschätzungsmentalität (anstelle von Wegwerfmentalität); Gesundheitsförderung; Bildungsoffensive; breite Analyse der Rahmenbedingungen und Restriktionen für nachhaltige Entwicklung. Der Schwerpunkt der Strategieelemente liegt auf (bzw. ist eingebettet in) Lokale-Agenda-Prozessen; dementsprechend gehört auch die Erstellung einer gesamtstädtischen Agenda zur wesentlichen Strategie. Spezifischere Ausführungen gibt es zu bestimmten Handlungsfeldern wie „Mobilität“ (z.B. ökonomische Anreizinstrumente, Benutzervorteile, Ausbau der Vernetzung von Verkehrsträgern), „Flächenmanagement für Wohnen“ (z.B. Verringerung der Flächeninanspruchnahme, Stärkung des ökologischen Bauens) und für den Ernährungsbereich. Schließlich gibt es auch Vorschläge, die die internationale und globale Dimension (unter spezieller Berücksichtigung entwicklungs-politischer Inhalte) einbeziehen.

7. Rolle des Staates

Die Rolle des Staates sowie die Formen der Willensbildung und Entscheidungsfindung werden ausführlich abgehandelt. Hier kommt es auch zu einer Analyse der Schwachstellen und Restriktionen staatlicher Institutionen sowie zu vielfältigen Vorschlägen, wie das politisch-administrative System modernisiert werden könnte, um einen entscheidenden Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung leisten zu können. Insgesamt wird dem politisch-administrativen System eine herausragende Rolle im Sinne eines aktiven und aktivierenden Staates bei der Etablierung von Nachhaltigkeitskonzepten und ihrer Umsetzung zugewiesen (S. 341ff.; 357ff.). Es wird konstatiert, dass der Staat zwar neue Funktionen ergreifen sollte, dass jedoch die traditionelle Rolle als „Steuerungsinstanz und Anordnungsmacht“ immer noch den Kern staatlicher Tätigkeit ausmachen werde (S. 357).

8. Akteursbezüge

Es wird von einem pluralistischen Gesellschaftsbild ausgegangen. Für den Erfolg von Nachhaltigkeitskonzepten gilt es als unabdingbar, dass alle gesellschaftlich relevanten Akteursgruppen sich aktiv und konsensorientiert beteiligen sowie dass breite Akzeptanz in der Bevölkerung geschaffen wird. Im Großen und Ganzen lässt sich keine einseitige Behandlung (Bevorzugung/Benachteiligung) der relevanten Akteursgruppen feststellen, auch werden die unterschiedlichen Argumente der diversen Interessengruppen relativ breit dargestellt (gleichwohl gibt es verschiedentlich Sondervoten einzelner Kommissionsmitglieder, die vor allem auf die Vernachlässigung sozialer Aspekte und von Interessen sozial schwächerer Gruppen hinweisen). Besondere Beachtung finden gesellschaftliche Gruppen und Organisationen außerhalb der etablierten Interessenverbände. Die Interessen und Ziele gewerkschaftlicher Organisationen werden hingegen nur selten explizit angesprochen, häu-

figer jedoch indirekt mit berücksichtigt. Auch in der Diskussion der sozialen Dimension von Nachhaltigkeit wird den gewerkschaftlichen Organisationen keine herausragende Bedeutung zugesprochen.

9. Modus der Interessenvermittlung

Die Frage, welche Formen der Willensbildung und Entscheidungsfindung für eine nachhaltige Entwicklung Berlins geeignet wären, zieht sich nahezu durch den gesamten Bericht. An einigen Stellen wird diese Frage schwerpunktmäßig und sehr intensiv, auch unter Rückgriff auf die wissenschaftliche Diskussion in Deutschland und im Ausland, behandelt (etwa bei den Themen Lokale Agenda 21 und Akteurskooperation, neue Rollen der Politik, Bürgerbeteiligung sowie in einem Exkurs zu Grundlagen, Formen und Erfahrungen der Akteurskooperation). Ausgehend davon, dass im Kern die etablierten – allerdings hinsichtlich erwiesener Defizite bereinigten – Willensbildungs- und Entscheidungsverfahren weiterhin zentral sein sollen, wird für eine starke Ausweitung in Richtung kooperative, diskursive und partizipative Verfahren plädiert, was auch einen wesentlich kooperativeren Staat voraussetze. Angestrebt werden soll so viel Konsens aller Akteure wie möglich. Das gilt auch schon für die Entwicklung des Leitbildes: Unabdingbar sei eine Entwicklung „von unten“ durch den Konsens aller Akteure (S. 46). Die Kommission stellt weiterhin eine Präferenz aller Befragten für eine Stärkung der Rolle der Partizipation fest, wobei trotz unterschiedlicher Schwerpunktsetzungen sich als gemeinsame Position erkennen lasse: „Zukunftsfähige Partizipation dürfe sich nicht darauf beschränken, die Bürgerinnen und Bürger über Vorhaben zu informieren bzw. Vorschläge der Verwaltung am Runden Tisch bestätigen zu lassen. Partizipation zielt vielmehr auf die breite Beteiligung der Bevölkerung und aller gesellschaftlicher Akteure, was nur durch Kommunikations-, Kooperations- und Partizipationsformen bzw. die Ausweitung bestehender Formen erreicht werden könne. Die gegenwärtigen Formen partizipativer Prozesse seien somit unzureichend. ... Es gehe deshalb darum, neue Formen der Beteiligung zu entwickeln und zu proben. Die Entscheidungskompetenz und Letztverantwortung der demokratisch legitimierten Volksvertreterinnen und Volksvertreter seien dabei jedoch zu respektieren“ (S. 53f.). Die Kommission weist ferner nachdrücklich darauf hin, dass die Notwendigkeit umfassender Partizipation sich allein schon aus dem Charakter des Nachhaltigkeitsbegriffs als regulativer Idee ergebe (S. 60). Die Kommission behandelt das Thema „Kommunikation, Diskurs, Partizipation“ nicht nur generell-abstrakt, sondern teilweise recht konkret, indem verschiedene neue (vor allem informelle) Verfahren dargestellt und bezüglich ihrer Vor- und Nachteile beurteilt werden. In einer Zusammenfassung verschiedener Empfehlungen wird generell empfohlen, die im Rahmen der Lokalen Agenda 21 entwickelten partnerschaftlichen Vorgehensweisen weiter auszudehnen auf die Umsetzung des Konzepts zukunftsfähiger Entwicklung insgesamt (S. 391f.).

3.8 Institut für Organisationskommunikation (IFOK): Diskursprojekt „Bausteine für ein zukunftsfähiges Deutschland“

Das IFOK-Projekt unterscheidet sich insofern von den vorgängig behandelten Studien, als es von vornherein in Form eines pluralistischen Diskurses organisiert wurde. Rund 240 Experten aus mehr als 130 Organisationen der verschiedensten gesellschaftlichen Bereiche

nahmen zeitweilig am Projekt teil. Eines der Hauptziele des Projektes war es, die grundsätzliche Haltung der Projektauftraggeber – Verband der Chemischen Industrie und IG Chemie-Papier-Keramik – zu diesem Leitbild weiterzuentwickeln und zu konkretisieren. Die im Bericht aufgezeigten Handlungsoptionen sind aus den Diskursen etc. abgeleitet worden, spiegeln somit Meinungsvielfalt der beteiligten Organisationen und nicht (immer) Haltung und Position der Auftraggeber wider. Die große Stärke des IFOK-Berichtes im Vergleich zu anderen Studien liegt darin, dass er umfassend und intensiv die Restriktionen und Potentiale für eine Gestaltung der gesellschaftspolitischen Prozesse in Richtung Nachhaltigkeit diskutiert, Wege (Strategien, Instrumente, Maßnahmen etc.) in Richtung Nachhaltigkeit aufzeigt und zugleich in einem breiten Diskurs prüft, wie groß die Akzeptanz der verschiedenen Akteursgruppen dafür ist. Eine gewisse Schwäche des Berichts, die wohl unvermeidbar aus der Anlage als Diskursprojekt resultiert, liegt darin, dass es ein großes Angebot an Optionen gibt, die nicht zu einer konsistenten Strategie zusammengeführt werden.

1. Leitbild und Nachhaltigkeitsbegriff

Das Leitbild ist relativ diffus und mehrschichtig. Es orientiert sich im Wesentlichen an dem von der Brundtland-Kommission und, darauf aufbauend, von der Rio-Konferenz entwickelten Konzept nachhaltiger Entwicklung. Insofern steht im Zentrum die gleichrangige Berücksichtigung ökologischer, ökonomischer und sozialer Zielsetzungen, die in einem breiten und organisierten Konsensbildungsprozess konkretisiert und laufend neu bestimmt werden müsse. Grundelemente dieses Prozesses sind eine lernende Gesellschaft (S. 66), ein dynamisches Unternehmertum, ein aktiver und aktivierender Staat sowie eine kräftige Steigerung der Innovationsfähigkeit in allen Gesellschaftsbereichen, sodass es zu einem Ausbau des „Sozialvermögens“ (Sozialkapital) kommt. Man könnte sagen, dass es um die ökologische Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft im Sinne eines Integrationsmodells von Nachhaltigkeit geht, die durch breite Partizipation und vielfältige Diskurse erreicht werden soll. Als Grundelemente des „Integrationsmodells von Nachhaltigkeit“ werden angegeben: eine Wettbewerbsordnung zur Sicherung optimaler Freiheitsgrade für den Wettbewerb in Wirtschaft und Gesellschaft, die Förderung des Sozialvermögens zur Stärkung der Zivilgesellschaft und gesellschaftliche Diskurse lernender Organisationen in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft (S. 73f.).

Hinsichtlich der Behandlung der drei Nachhaltigkeitsdimensionen setzt das IFOK-Diskursprojekt die Schwerpunkte insofern auf soziale und politische sowie ökonomische Aspekte, in wesentlich geringerem Maße werden ökologische Gesichtspunkte behandelt.

2. Zeitperspektive

Es wird von einem sehr langfristigen, aufgrund der vorgeschlagenen konsensorientierten Diskursstruktur kontinuierlichen und quasi unabschließbaren Entwicklungsprozess hin zur Nachhaltigkeit ausgegangen.

3. Stellenwert sozialer Gesichtspunkte

Die soziale Dimension von nachhaltiger Entwicklung ist ein Schwerpunktthema des IFOK-Diskursprojektes, wobei die Frauengleichstellungsfrage relativ wenig und eigentlich nur im Zusammenhang mit der Beschäftigungsthematik – aber auch hier nicht zentral –

diskutiert wird. Soziale Fragen werden insbesondere im Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit (S. 249) thematisiert und hier auch mit der Frage verbunden, ob die Erwerbsbindung der sozialen Sicherung noch das Modell der Zukunft sein könne. Plädiert wird für eine Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft (S. 57f.) und einer Reform des Sozialstaates (S. 112ff.), wobei das Grundziel die Steigerung des „Sozialvermögens“ (S. 58f.) sein müsse.

4. Arbeitsbegriff

Die Thematik „Arbeit und Beschäftigung“ nimmt breiten Raum ein. Die Beschäftigungsproblematik gehört zu den Themen, die nahezu alle Diskurs-Veranstaltungen des Bausteine-Projektes durchzogen (S. 241). Konstatiert wird, dass am Themenfeld Beschäftigung „die mangelnde Fähigkeit zu grundlegenden Innovationen und Reformen in der Gesellschaft deutlich“ werde (S. 13). Insofern wird im IFOK-Projekt angestrebt, das Problem in all seiner Vielschichtigkeit zu diskutieren, auch unter Einbeziehung neuer praktizierter und diskutierter Lebens- und Arbeitsmodelle. Das Beschäftigungsproblem wird umfassend hinsichtlich seiner ökonomischen, ökologischen und sozialen Dimensionen diskutiert. Beschäftigungslosigkeit wird nicht nur als ein Problem für soziale Integration, als volkswirtschaftlicher Verlust und ökonomische Vergeudung, als Gerechtigkeitsproblem und als Gefahr für die Demokratie gesehen, sondern auch als ein Problem, das eine nachhaltige Entwicklung massiv tangiert (S. 261f.). Es werden verschiedene Vorschläge zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und der Arbeitszeit sowie zum Ausbau des dritten Sektors unter der Rubrik „Lernender Arbeitsmarkt“ und an anderen Projektberichtsstellen gemacht (S. 263ff.). Bezüglich des dritten Sektors wird ein großer Bedarf an gesellschaftlich erwünschter Arbeit konstatiert und ihre wichtige Funktion für Gesellschaft und Ökonomie hervorgehoben (S. 289, 294). Direkte Bezüge zur ökologischen Dimension sind aber eher die Ausnahme. Festgestellt wird, der Schwerpunkt beschäftigungspolitischer Maßnahme müsse heute sowohl auf der Integration aller in das Erwerbsleben liegen als auch auf dem Aufbau von Strukturen, die es allen Erwerbspersonen und -willigen ermöglichen, „flexibel zwischen Voll- und Teilzeitarbeit, Lernen und Qualifizierung, Erziehung und kulturellem Erleben, politischer Beteiligung und sozialem Engagement zu wechseln und damit dem Anspruch auf Vernetzung von Arbeits- und Lebensformen Rechnung tragen zu können. ... Die entscheidende Basis einer dynamischen und flexiblen Vernetzung von Erwerbs-, Bildungs- und sozialen Sicherungssystemen sowie Feldern des zivilgesellschaftlichen Engagements besteht darin, dass dem Einzelnen von Staat und Wirtschaft ausreichende Garantien des Wiedereinstiegs in die Erwerbstätigkeit und vor allem der sozialen Sicherung für Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter gegeben werden“ (S. 13).

5. Wechselwirkungen der Nachhaltigkeitsdimensionen

Eine systematische Diskussion der Wechselwirkungen zwischen den drei Nachhaltigkeitsdimensionen findet nicht statt, dagegen werden die Wechselbezüge von Sozialem und Ökonomie intensiv behandelt.

6. Strategieelemente

Es wird eine Vielzahl von Strategieelementen benannt, die zum Strukturwandel beitragen und Innovationen aller Art in allen Gesellschaftsbereichen in Gang setzen sollen (eine Innovationsoffensive, die Innovationsfähigkeit steigert und vernetzte Innovationssysteme –

auch mit staatlicher Unterstützung – schafft). Weitere Schwerpunkte, für die Strategieelemente diskutiert werden, sind die Neuorientierung im Umweltschutz, gesellschaftlicher Wandel im Zeichen der Globalisierung, Modernisierung von Politik und Verwaltung. Zur großen Vielfalt einzelner Strategieelemente/Instrumente gehören Haftungsregelungen, Selbstverpflichtungen, Branchenvereinbarungen, „public-private partnership“, Re-Regulierung und diverse Formen kooperativer Dialoge und Diskurse. Das gesamte Bausteine-Projekt hatte zum Ziel, konkrete und umsetzbare Maßnahmen auf dem Weg zur Nachhaltigkeit zu identifizieren, wobei vorgängig bestehende Defizite und Restriktionen analysiert wurden (S. 77).

7. Rolle des Staates

Die Rolle staatlicher Institutionen wird breit diskutiert. Ihnen wird für die Konzeption und Umsetzung des Leitbildes nachhaltige Entwicklung eine Schlüsselstellung eingeräumt, dies aber nicht mehr im Sinne eines traditionell hoheitlichen Staatsverständnisses (und hierauf beruhenden Instrumenten etc.), sondern als ein modernisierter Staat, der motiviert, moderiert, koordiniert und auf der Grundlage konsensorientiert angelegter gesellschaftlicher Dialoge mit breiter Partizipation dann Entscheidungen trifft. Der Staat soll sich auf Kernaufgaben konzentrieren (S. 56), insbesondere auf die Gewährleistung heute stark gefährdeter „öffentlicher Güter“ wie Engagement und Gemeinwohl (S. 8). Im Wesentlichen solle es ein aktivierender Staat sein, aber es wird durchaus die Notwendigkeit für aktive Staatseingriffe in die Gesellschaft gesehen: „Staatliche Vorgaben, Grenzen des Erlaubten setzen, Verteilungs- und Umverteilungsmaßnahmen zugunsten der Schwachen in der Gesellschaft sowie die ordnungsrechtliche Sicherung von Spielregeln bleiben natürlich bedeutsam“ (S. 53). Gleichwohl verlangen das postulierte Leitbild des aktivierenden Staates und der präferierte zivilgesellschaftliche Ansatz eine Dominanz von kooperativer Steuerung und Moderation sowie Selbstbeschränkungsmaßnahmen, durch die sichergestellt werden soll, dass der Staat nicht immer mehr Aufgaben an sich zieht und die gesellschaftlichen Kräfte nicht unterstützt, sondern verdrängt (S. 54). Es werden diverse Einzelvorschläge gemacht, wie der Staat zukunftsfähiger gestaltet werden könnte; hierbei gibt es eine starke Präferenz für Partizipationserweiterung und diskursive Entscheidungsfindung (S. 117ff.).

8. Akteursbezüge

Entsprechend dem pluralistischen Gesellschaftsmodell sollen alle Akteure aus Wirtschaft, Staat und Zivilgesellschaft gleichberechtigt bei der Gestaltung einer nachhaltigen Entwicklung im Rahmen von institutionenübergreifenden Diskursen einbezogen werden: Auf diese Weise können gesellschaftliche Verständigungsprozesse initiiert, Konsens-, aber auch Konfliktlinien offen gelegt und die daraus abzuleitende gesellschaftliche Entscheidung über die einzuschlagende Richtung transparent gemacht werden (S. 5). In bestimmten Bereichen (internationale Ebene, Beschäftigungspolitik) werden sozialpartnerschaftliche oder korporatistische Lösungsansätze für besonders erfolgreich gehalten (S. 10, 14). Bezüglich der Sicherung und Steigerung des „Sozialvermögens“ (Sozialkapital) wird eine wichtige Aufgabe der Gewerkschaften darin gesehen, „die soziale Dimension der Nachhaltigkeit zu präzisieren, indem das Konzept des Sozialvermögens programmatisch aus gewerkschaftlicher Sicht entwickelt und politisch kommuniziert wird. Auf diese Weise könnten die Gewerkschaften innovative Impulse in die Diskussion um die Zukunft des Standorts Deutschland einbringen“ (S. 82). In der Diskussion des Leitbildes der Vollbeschäftigung im Sinne von

Vollerwerbsarbeit wird darauf hingewiesen, dass dies aufgrund der Zunahme atypischer Beschäftigungsformen ein überkommenes Leitbild sei und dementsprechend neu diskutiert werden sollte; zugleich wird auf die damit verbundene Tendenz der Zersplitterung der traditionellen Arbeitsorganisation und die davon ausgehende Gefahr hingewiesen, dass die organisatorische Basis für die Gewerkschaften zerbricht, was den Verlust der sozialen Absicherung zur Folge haben könnte (S. 272). Insgesamt ist feststellbar, dass – selbst im Falle der in dieser Studie stark präferierten Lokalen-Agenda-Prozesse – keine Akteursgruppe eine dominante Bedeutung zugewiesen bekommt, also auch Umweltorganisationen nicht. Auffällig ist nur, dass frauenspezifische Themen und die sich hiermit befassenden Organisationen nicht in gleichem Umfang und mit gleicher Intensität wie andere Akteursgruppen diskutiert werden.

9. Modus der Interessenvermittlung

Entsprechend dem Leitbild des aktivierenden, kooperativen und moderierenden Staates, der zivilgesellschaftliche Elemente stärken soll, erhalten partizipative und dialog-/diskursorientierte Verfahren einen herausragenden Stellenwert. So heißt es u.a.: „Nachhaltigkeit stellt sich aus heutiger Sicht in erster Linie als eine kommunikative Aufgabe dar“ (S. 15). Es werden zahlreiche Beispiele konkreter Formen eines diskursiven Politikansatzes gegeben und ihre Vor- und Nachteile diskutiert (S. 66ff., 174ff.). Insofern wird – auch wenn in zahlreichen Feldern sozialpartnerschaftliche Lösungsansätze für sinnvoll gehalten werden – das korporatistische Modell zugunsten eines breiten partizipativen, alle gesellschaftlichen Akteure einbeziehenden Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses stark relativiert bzw. nahezu aufgegeben.

3.9 Zukunftskommission Gesellschaft 2000 der Landesregierung Baden-Württemberg

Diese zuletzt vorgelegte Zukunftsstudie unterscheidet sich wesentlich von den bisher beschriebenen. Die Kommission wurde von der Landesregierung Baden-Württemberg beauftragt, „nach Wegen zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes zu suchen und ein Leitbild für eine zukunftsfähige Gesellschaft einschließlich konkreter Empfehlungen und Handlungsvorschläge zu entwickeln“. Die Leitfrage lautete: „Was hält die moderne Gesellschaft zusammen?“ (S. 9). Die Kommission bezieht ihre Empfehlungen auf Baden-Württemberg will keine bundesweite oder gar europäische Perspektive entwerfen. Ebenso wenig wird der Anspruch erhoben, eine wissenschaftliche Studie vorzulegen, vielmehr enthalte der Bericht eher Meinungen und Empfehlungen denn theoretisch und empirisch abgesicherte Resultate. Dies resultiert auch aus der heterogenen Zusammensetzung der Kommission mit Vertretern aus Politik, Wissenschaft, Verbänden und öffentlichem Leben. In Teilbereichen dienten Bürgerforen sowie ein daraus erstelltes Bürgergutachten der Einbindung von Experten in eigener Sache (S. 10, 136).

Die Einnahme der Perspektive eines Bundeslandes führt dazu, dass bestimmte Entwicklungen als übergreifend klassifiziert werden (Megatrends), die zwar die soziale, die ökonomische, die kulturelle und die politische Entwicklung in diesem Bundesland beeinflussen, die aber regional nicht gesteuert werden können. Als solche werden a.) Veränderungen im System der sozialen Sicherung, b.) Vorhersehbare Veränderungen im System der Arbeits-

welt, c.) Globalisierung, d.) Digitalisierung und e.) demographische Veränderungen und Migration skizziert (S. 17ff.). Diese übergreifenden Entwicklungen bilden den Ausgangspunkt der Analysen und Empfehlungen der Kommission. Trotz der thematischen Überlappungen und des Auftrages, ein Leitbild einer zukunftsfähigen Gesellschaft zu entwerfen, stellt die Kommission keinerlei Bezug zum Konzept nachhaltiger Entwicklung her. Sie wählte drei Themenfelder aus, von denen sie glaubte, dass diese von zentraler Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft seien und die auf der Landesebene beeinflusst werden können (S. 13): 1.) Wissen und Kultur als Faktoren der Stabilisierung und der Erneuerung des gesellschaftlichen Zusammenhalts; 2.) die Lage junger Menschen und das Verhältnis der Generationen; 3.) gesellschaftliches Engagement und Wege zur Mitverantwortung. Das letzte Themenfeld konzentriert sich auf freiwillige Bürgerarbeit.

1. Leitbild

Das durchgängige Leitmotiv der Kommission liegt darin, die Selbstständigkeit der einzelnen Bürgerinnen und Bürger wie auch der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zu stärken. Die Bürgerinnen und Bürger sollen zu mehr Mitverantwortung und Beteiligung ermuntert werden, die Kommission möchte damit zu einer aktiven Bürgergesellschaft beitragen (S. 15). Das Leitmotiv resultiert aus der Analyse, dass infolge der wirtschaftlichen Globalisierung gewohnte Institutionen und Strukturen zukünftig in Frage gestellt werden bzw. heute schon am erodieren sind (abhängige Normalarbeit, Normalbiographie). Dieser Wandel soll jedoch nicht nur als Risiko, sondern auch als Chance gesehen werden, entsprechend hat die Kommission ihren Bericht überschrieben. Zur Wahrnehmung der Chance müssen Schlüsselkompetenzen wie Selbstständigkeit, Eigenverantwortung und Kreativität verstärkt gefördert werden (S. 13).

2. Zeitperspektive

Die Kommission versucht die relevanten Entwicklungen der nächsten 25 Jahre abzuschätzen, die sich in den genannten Feldern übergreifender Entwicklungen vollziehen und ihren Einfluss auf das Land Baden-Württemberg entfalten werden. Sie richtet ihre Empfehlungen und Vorschläge darauf aus.

3. Soziale Gesichtspunkte

Im Zentrum des Berichts steht die Frage nach dem gesellschaftlichen Zusammenhalt, die sich aufgrund der Veränderungen der Arbeitswelt – hier wird das Epizentrum des sozialen Wandels vermutet (S. 19) – und aufgrund Migration und zunehmender kultureller Vielfalt neu stellt. Der Wandel der Arbeit lasse die Grundlagen des europäischen Sozialmodells brüchig werden, welches zudem in einem internationalen Wettbewerb mit dem US-amerikanischen und dem japanischen Modell verortet wird. Allerdings werden ihm im Kontext der EU gute Überlebenschancen eingeräumt, sofern dringende Reformen erfolgen.

Durch den Zuschnitt der heutigen sozialen Sicherungssystem auf das männliche Modell lebenslanger Vollzeitbeschäftigung und die „Hausfrauenehe“ sieht die Kommission neue Ungleichheiten entstehen, insbesondere zwischen solchen Haushalten, wo Frau und Mann vollzeitig erwerbstätig sind, und solchen, wo beide oder überhaupt nur eine Person außerhalb des Normalarbeitsverhältnisses beschäftigt ist. Für die Kommission dupliziert und verstärkt damit das heutige soziale Sicherungssystem die Vorteile, die aus einer hohen Er-

werbsbeteiligung resultieren (S. 17ff.). Aus der Entwicklung der Wissensgesellschaft resultieren neue, sich ständig wandelnde Qualifikations- und Mobilitätsanforderungen an die Beschäftigten. Zugleich ist insbesondere der Verlust gering qualifizierter Arbeitsplätze zu konstatieren, welche für die Kommission „nicht so sehr der Wertschöpfung als der Sozialisation der Menschen“ (S. 21) dienen. Damit werde lebenslanges Lernen zu einer Grundvoraussetzung für die Teilnahme am Erwerbsleben, der das heutige System schulischer und beruflicher Aus- und Weiterbildung nicht entspricht. Es wird ein Schwinden der Strukturierungskraft der Traditionen und der Zeitordnung der Industriegesellschaft festgestellt, wodurch der Einzelne immer öfter gezwungen sei, seinen Alltag und seine Biographie selbst zu strukturieren (S. 120ff.). Der Zwang zu Entscheidungen bei zugleich steigenden Möglichkeiten und schwindenden Kriterien der Orientierung erzeuge Druck auf die Person, mit dem steigenden Wohlstand wachse zugleich auch die Zeitknappheit.

4. Arbeitsbegriff

Arbeit kann nach der Kommission in einem weiten und einen engen Begriff gefasst werden: Im weitesten Sinn umfasst er alle auf einen Zweck ausgerichteten Tätigkeiten von Menschen, im engsten Sinn wird unter Arbeit nur abhängige Erwerbsarbeit verstanden. Aufgrund der absehbaren Veränderungen der Erwerbsarbeit in den nächsten 25 Jahren reiche jedoch der enge Begriff nicht mehr aus, zukünftig seien weitere Arbeitsformen zu berücksichtigen: von selbstständiger und abhängiger Erwerbsarbeit über freiwillige Tätigkeiten bis hin zu Familienarbeit u.a.m. (S. 20). Neben den schon angeklungenen sozialen Problemen konzentriert sich die Kommission auf Bürgerarbeit.

In Abgrenzung zur oben zitierten bayerisch-sächsischen Zukunftskommission wählt die Zukunftskommission Gesellschaft 2000 einen Begriff von Bürgerarbeit, der alle Tätigkeiten ausschließt, „die im Rahmen staatlicher Dienstleistungen, privatwirtschaftlich organisierter Dienste, professioneller Verbandsarbeit sowie Familien- und Nachbarschaftshilfe ausgeübt werden“, der also nur jene Tätigkeiten umfasst, welche „die Menschen freiwillig im Sinne des Allgemeinwohls für andere Menschen über ihren Freundes- und Familienkreis hinaus wahrnehmen“ (S. 136) und die ohne Vergütung mit Ausnahme von Aufwandsentschädigungen erbracht werden.

Ausgehend von der Notwendigkeit des Engagements aller Bürgerinnen und Bürger für ein humane Gesellschaft wird festgehalten, dass eine solche Gesellschaft, wenn deren Mitglieder ihren Lebenssinn vorrangig oder ausschließlich im Geldverdienen und Konsum suchen, ihren Humanitätsanspruch verliert. Der Lebenssinn eines Menschen und sein Selbstwertgefühl bedürfen über Erwerbsarbeit hinausgehende Sinnangebote. Ein solches Sinnangebot liege beispielsweise in der freiwilligen Bürgerarbeit, die auch einen wichtigen Weg zur Stärkung der gesellschaftlichen Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger am Gemeinwesen darstelle. Dabei gehe es um die Weiterentwicklung der Arbeitsgesellschaft hin zu einer Tätigkeitsgesellschaft im Sinne Hannah Arendts (S. 137). Bürgerarbeit solle darin Erwerbsarbeit nicht ersetzen, sondern ergänzen, beide Arbeitsformen werden als notwendige und wesentliche Merkmale einer zivilen Gesellschaft angesehen (S. 142f.). Doch kann durch Bürgerarbeit nicht das Problem der Arbeitslosigkeit beseitigt werden, sie setzt vielmehr eine Existenzsicherung voraus (S. 141), welche in einem Sozialstaat durch die Möglichkeit gegeben sein muss, über ein Einkommen zu verfügen. Die Chance auf Sicherung des Lebensunterhalts geht deshalb dem freiwilligen Engagement voraus (S. 144f.).

5. Wechselwirkungen der Nachhaltigkeitsdimensionen

Die Kommission nimmt keinen expliziten Bezug auf das Konzept der Nachhaltigkeit. Als Analyse von Wechselwirkungen lassen sich aber die Beschreibungen zur schwindenden Integrationsfähigkeit der Gesellschaft aufgrund des ökonomischen Wandels begreifen. Ebenso die aus der Flexibilisierung der Erwerbsarbeit(szeiten) resultierenden Probleme der Verbindung von Beruf und Familie oder von Erwerbsarbeit und Ehrenamt. Das Weltklimaproblem, Umwelt- und Müllprobleme u.a.m. werden als Konfliktlagen beschrieben, welche die Globalisierung stärker ins Bewusstsein rücken (S. 23). Darüber hinausgehende Ausführungen zu ökologischen Fragen oder eine Analyse der sozial-ökologischen Wechselwirkungen der angesprochenen Problemlagen fehlen.

6. Strategieelemente

Die Kommission benennt in den drei von ihr ausgewählten Themenfeldern Gestaltungsvorschläge und gesellschaftlich zu diskutierende Themen. Wesentlich handelt es sich hierbei um bereits aus anderen Studien und Diskussionszusammenhängen bekannte Vorschläge, einige wenige seien im Folgenden herausgegriffen.

Das System der sozialen Sicherung muss reformiert werden und sich am Wandel der Erwerbsarbeit ausrichten. Als notwendig wird u.a. eine Anpassung an die Zunahme diskontinuierlicher Erwerbsbiographien und entstandardisierter Arbeitsverhältnisse erachtet. Zugleich soll sich das System stärker auf untere und mittlere Einkommensschichten konzentrieren, um den oberen Einkommensschichten über die Regelsicherung hinaus Freiräume für Eigenversorgung zu eröffnen sowie die Belastung der jüngeren Generation mit Beitragszahlungen zu reduzieren. Dies würde zwar zu einer begrenzten Senkung des Niveaus der Sozialleistungen führen, aber eine Umstellung auf Eigenvorsorge durch Kapitalbildung und Privatversicherung vermeiden (S. 131).

Weil Bildung zukünftig zur Lebensaufgabe wird, empfiehlt die Kommission u.a. die Verkürzung der schulischen Erstausbildung und eine stärkere Konzentration auf die Vermittlung von Schlüsselqualifikationen und Methodenwissen (S. 13, 96ff.). Daneben soll die Ausbildung von Eliten gefördert werden (S. 102f.). Aufgrund der schwindenden Perspektive lebenslanger Beschäftigung im gleichen Unternehmen bzw. im gleichen Beruf wird die Notwendigkeit einer neuen „Kultur des kreativen Scheiterns“ angemahnt, welche ermutigt, ohne Stigmatisierung und Diskriminierung neu anzufangen. Notwendig sei hierfür die Förderung eines breiten Interessenspektrums der Individuen und ein Hinterfragen von Leistung und Leistungsideologie (S. 119f.). Ferner werden Prüfungsämter vorgeschlagen, in denen sich insbesondere ausländische Mitbürger außerschulisches Wissen zertifizieren lassen können (S. 14).

Ausgehend von einer prognostizierten Zunahme von Entscheidungszwängen des Einzelnen und wachsenden Zeitknappheiten wird ein gesellschaftlicher Diskurs über die Neubestimmung des Verhältnisses von Arbeits-, Sozial-, Familien- und Freizeit empfohlen (S. 14, 120ff.). Für die Landesebene wird darauf gedrungen, die Vereinbarkeit von Familienarbeit und Erwerbstätigkeit für Männer und Frauen zu erleichtern (S. 77, 91ff.). Arbeitszeitmuster sollten dementsprechend zukünftig so gestaltet werden, dass sie Freiräume für Zeiten der Familiengründung und der Fortbildung ermöglichen und andererseits die Dauer des Erwerbslebens verlängern (S. 85, 94f.). Als darüber hinausgehende Elemente einer noch zu entwickelnden Zeitpolitik werden u.a. die folgenden aufgelistet (S. 124):

- Umverteilung bezahlter und unbezahlter Arbeit sowie individuelle Arbeitszeitverkürzung, gerade bei beruflich erfolgreichen Männern,
- Bildungskonten und Langzeitarbeitszeitkonten,
- Anreize zum freiwilligen Verzicht auf Erwerbsarbeit sowie Steuerminderungen bei Ableistung von Familien- und Sozialzeiten.

Eine explizite Festlegung auf diese Elemente erfolgt jedoch nicht. Hingegen wird darauf verwiesen, dass für die hierfür notwendigen Umverteilungen von Arbeit hohe monetäre Anreize und eine Begünstigung der Teilzeitarbeit notwendig seien. Auch Unternehmen und die öffentliche Hand müssten derartige Anreize, gerade für Familien, schaffen. Doch werden die Grenzen einer solchen Umverteilungspolitik in dem durch die Globalisierung verursachten Standortwettbewerb gesehen (S. 124f.).

Es wird eine große Bereitschaft der Menschen für freiwilliges Engagement in der Gesellschaft konstatiert. Freiwilligem Engagement wird die gleiche Bedeutung wie bezahlter Erwerbsarbeit eingeräumt. Weil jedoch die Flexibilisierung der Erwerbsarbeit aus Gründen internationaler Wettbewerbsfähigkeit notwendig ist, schränken sich die Möglichkeiten für Bürgerengagement ein (S. 45). Deshalb sollen neue Formen des projektorientierten Engagements entwickelt werden, die den Anforderungen der Erwerbsarbeit und den differenzierten Lebenslagen entgegenkommen. Des Weiteren werden zur Förderung der Bürgerarbeit verschiedene Maßnahmen vorgeschlagen, um Hemmnisse abzubauen (z.B. Überprüfung der Qualifikationsanforderungen, Information und Anerkennung, Bonussysteme; S. 148ff.). Weiterhin sollen Angebote wie das freiwillige soziale oder ökologische Jahr flexibilisiert und auf alle Altersgruppen ausgedehnt werden, dabei soll weniger Qualifizierung als vielmehr die Möglichkeit zum längerfristigen gemeinnützigen Engagement im Vordergrund stehen (S. 15, 157ff.). Bürgerarbeit soll nach den Vorstellungen der Kommission nicht entlohnt, höchstens belohnt werden, um ihr nicht den Charakter der Freiwilligkeit zu nehmen (S. 15). Allerdings sind steuerliche Vergünstigungen und symbolische Anerkennungen zu erwägen, während die Koppelung von Sozial- oder Arbeitslosenhilfe an Bürgerarbeit abgelehnt wird (S. 154ff.). Eine besondere Rolle zur Förderung von Bürgerarbeit kommt den Kommunen zu, die Orte und Institutionen des Engagements (Räumlichkeiten, Dienstleistungen, Foren, Stiftungen) einrichten und finanzieren sollen, ebenso soll die Infrastruktur, in denen Menschen Zeit und Dienste tauschen können (Tauschringe, Nachbarschaftszentren), ausgebaut werden (S. 152f.). Zur Erleichterung durch Informationsgewinnung über lokale Möglichkeiten des Engagements sollen „Börsen für Bürgerarbeit“ eingerichtet werden (S. 15, 153f.).

7. Rolle des Staates

Laut der Kommission wird bisher selbstverständlich von der Einheit zwischen einer politischen Organisation und einer kulturell einigermaßen homogenen kulturellen Zivilgesellschaft, dem Nationalstaat, als Bedingung für eine funktionsfähige Demokratie ausgegangen. Nun zeigt sich, dass diese Vorstellungen durch ökonomische Globalisierung und politische Europäisierung relativiert werden müssen. Neben der zunehmenden Dominanz transnationaler Entwicklungen sieht die Kommission jedoch gerade die regionale und lokale Ebene als Kompensationsraum für Identität und Ort politischer Gestaltung an Gewicht gewinnen. In dieser Perspektive erscheinen die Möglichkeiten des Bundes zur Interessenvertretung der Länder im europäischen Kontext und zur Vereinheitlichung der Lebensbedingungen in der Bundesrepublik geringer zu werden. Als Folge des wahrscheinlichen

Kompetenzverlustes des Bundes und der ökonomischen Entwicklungen wird davon ausgegangen, dass sich die Standortdifferenzen innerhalb der Bundesrepublik verstärken werden. Im resultierenden föderalen Wettbewerb wird eine große Chance für die Länderpolitik gesehen (S. 24).

8. Akteursbezüge

Generell wird davon ausgegangen, dass sich die Empfehlungen der Kommission nicht nur an die Landesregierung als Auftraggeber und die Kommunen, sondern auch an die Wirtschaft, die Verbände, an die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und ebenso an einzelne Bürger und Bürgerinnen wenden (S. 7). Viele der Empfehlungen haben denn auch Bezüge zu Unternehmen(-sverbänden) und Gewerkschaften, bspw. die Empfehlungen zur Initiierung eines gesellschaftlichen Zeitdiskurses. Eine Spezifizierung der Aufgaben für die einzelnen Akteure fehlt dann allerdings weitgehend.

9. Modus der Interessenvermittlung

In Ergänzung zu den bewährten Formen der repräsentativen Demokratie werden neue Formen der Konfliktaustragung (z.B. durch Mediation) und der politischen Mitbestimmung (bspw. durch Bürgerforen) zur Erprobung vorgeschlagen. Mit deren Hilfe soll die Akzeptanz politischer Entscheidungen erhöht und die Beratung der politischen Akteure auf eine breitere Basis gestellt werden. Entscheidend bleibe jedoch das Engagement in den Parteien (S. 14, 161ff.). Zur verbesserten Beratung der Regierungsgremien und zur Vernetzung der vielfältigen Träger der Bürgerarbeit wird ein „Landeskuratorium Bürgerarbeit“ vorgeschlagen, welches auch die wissenschaftliche Begleitung der Aktivitäten im Bereich der Bürgerarbeit übernehmen sollte (S. 165, 167).

4. Zusammenfassung der Synopse: Der Arbeits- und Nachhaltigkeitsdiskurs in Deutschland

Als Zielsetzung dieser Synopse wurde eingangs formuliert, die Fortschritte im Diskurs um Nachhaltigkeit hinsichtlich folgender Dimensionen zu erfassen: a.) Inwieweit sich die Gewichtung der drei Dimensionen verändert hat, b.) ob und wie die soziale Dimension und darunter arbeitspolitische Sachverhalte einbezogen und ausgeformt wurden, c.) inwiefern eine Revision gesellschaftlicher Interessenvermittlung und der Staatsrolle angedacht wird und d.) welche akteursrelevanten Bezüge hergestellt wurden.

Als Ausgangspunkt hierfür wurde die Wuppertal-Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ gewählt, die 1996 veröffentlicht wurde. Sie markiert zugleich einen Höhe- wie Wendepunkt in der bundesdeutschen Nachhaltigkeitsdebatte. Zuvor und mit ihr standen in einer *ersten* Phase weitgehend ökologische Erfordernisse im Mittelpunkt; sofern die anderen Dimensionen des Nachhaltigkeitsdreiecks stärker berücksichtigt wurden, geschah auch dies meist aus einer ökologischen Perspektive. Besonders die radikale Ausrichtung der sozialen Gestaltungsoptionen an ökologischen Prioritäten in der Wuppertal-Studie stieß auf scharfe Kritik von zahlreichen Organisationen und von wissenschaftlicher Seite. Ihre Ökologiedominanz in Zeiten einer weltweit intensiv geführten Debatte zur Massenarbeitslosigkeit, zur Krise der sozialen Sicherungssysteme und zu den Grenzen nationalstaatlicher Wirtschaftssteuerung forderte Folgestudien geradezu heraus, die nun soziale und arbeitspolitische Aspekte in ihren Nachhaltigkeitsmodellen aufwerteten und die Eigendynamik des Wirtschaftssystems betonten.

So ist die an die Wuppertal-Studie anschließende *zweite* Phase des Nachhaltigkeitsdiskurses in Deutschland im Unterschied zur ersten Phase wesentlich dadurch charakterisiert, dass

- die gleichwertige Berücksichtigung der drei Nachhaltigkeitsdimensionen als prinzipiell notwendig postuliert wird,
- Fragen der sozialen Integration und Gerechtigkeit große Bedeutung erhalten,
- die Verringerung der Arbeitslosigkeit einen größeren Stellenwert bekommen hat, teilweise größer als die Reduktion von Umweltbelastungen,
- Beschäftigung viel differenzierter konzeptualisiert wird, insbesondere nicht mehr bloß als umweltpolitisch beeinflusste Erwerbstätigkeit,
- der Wandel von Gesellschaft und Erwerbssystem sowie die Zukunftsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme problematisiert werden,
- normative Vorgaben oder Soll-Ist-Vergleiche mit Realisierungsfragen (gesellschaftliche Akzeptanz, politische Durchsetzbarkeit) verbunden werden,
- die Rolle des Staates differenzierter vor dem Hintergrund struktureller und situativer Gegebenheiten sowie in Relation zu anderen Akteursgruppen behandelt wird,
- eine Verbreiterung der empirischen Basis angestrebt wird und
- überwiegend auf multi- bis nahezu interdisziplinären Ansätzen aufgebaut und eine breite Kommunikation mit gesellschaftlichen Akteursgruppen und Organisationen angestrebt wird.

Über die stärkere Berücksichtigung aller drei Dimensionen in theoretisch-methodischer Hinsicht rücken nun die ehemals vernachlässigten Dimensionen des Sozialen und Ökonomischen immer stärker in den Vordergrund, wodurch die frühere Zentralität der Ökologie mehr oder minder stark relativiert wird. Zunehmend kommt es zu einer Ökonomiezentrierung, und in Einzelfällen dominieren im Zeichen der Globalisierung ganz klar ökonomische Funktionsimperative die Konzeption einer zukunftsfähigen Gesellschaft. Hier gilt dann das Erreichen ökonomischer Kriterien als wesentliche Voraussetzung für die Erhaltung und Weiterentwicklung sozialer Standards. Die auf die Zukunft der Arbeit bezogenen Problemlösungsvorschläge konzentrieren sich dementsprechend auf die ökonomische und die soziale Dimension. Die wesentlichen Kontroversen, die hierbei unter ökonomisch-sozialen Gesichtspunkten ausgetragen werden, richten sich besonders auf folgende Fragen:

- *Ausgestaltung und Form zukünftiger Beschäftigung*, damit verbunden sind insbesondere Fragen nach der Schaffung eines Niedriglohnsektors für gering qualifizierte und wenig produktive Tätigkeiten sowie eine Qualifizierungsoffensive für alle Beschäftigten und die Entwicklung neuer Leitbilder weg von abhängiger hin zu flexibler und selbstständiger Arbeit bis hin zur unternehmerischen Wissensgesellschaft;
- *Folgen für die zukünftige Gestaltung sozialer Sicherungssysteme* (Mischsysteme, Grundsicherung, Eigenvorsorge), insbesondere die Tendenz hin zur Konzentration staatlicher Sicherung auf untere und mittlere Einkommensschichten einschließlich der Subventionierung des ersten Arbeitsmarktes bei gleichzeitigem Rückbau staatlicher Arbeitsmarktpolitik und sozialer Sicherung sowie der Einführung bzw. Verbreitung kapitalbasierter und privater Vorsorgeformen;
- *zukünftige Zentralität von Erwerbsarbeit vs. Bedeutungsgewinn anderer Arbeitsformen* wie Bürgerarbeit, Versorgungsarbeit und Eigenarbeit sowie die Art und Weise ihrer Anerkennung und Förderung, ihre Stellung zum Erwerbssystem und ihre Einbindung in das soziale Sicherungssystem (Mindestsicherung?).

Trotz des Aufholens ökonomisch-sozialer Gesichtspunkte gegenüber den ökologischen in den gesamtgesellschaftlichen Zukunftsentwürfen der letzten Jahre deutet das nicht von vornherein auf einen prinzipiellen Bedeutungs- und Akzeptanzverlust des triangulären Nachhaltigkeitskonzeptes hin. Es handelt sich vielmehr zum einen um eine notwendige Relativierung des ökologischen Determinismus etlicher Nachhaltigkeitskonzepte (in Sonderheit der Wuppertal-Studie). Zum anderen ist dies die unvermeidbare Folge des Formenwandels des Diskursprozesses. Begann die erste Phase als Top-down-Prozess, so charakterisiert die zweite Phase einen Bottom-up-Ansatz insofern, als sich nun stärker Organisationen in den Diskurs einmischten, die verschiedene gesellschaftliche Interessen vertreten, insbesondere ökonomische und soziale. Die damit verbundene Zunahme der Heterogenität der Diskursbeteiligten und deren Bestreben, ihre Kernanliegen gegenüber ökologischen Problemdefinitionen deutlich zu machen, ließ den Eindruck einer Desintegrationsentwicklung des Gesamtdiskurses entstehen. Diese Einschätzung beruht aber auf einem verkürzten Diskursbegriff: Vielfalt, Unübersichtlichkeit, Einseitigkeit und Konflikte können durchaus auftreten; Diskursqualität entsteht dann dadurch, dass sich ein Mainstream herausbildet, in dem Spezialgesichtspunkte immer wieder auf eine gemeinsame Bezugsgröße (Nachhaltigkeit) zurückgeführt werden oder sich vor ihr legitimieren müssen, was zeitlich versetzt stattfinden kann. In dieser Sicht steht der deutsche Nachhaltigkeitsdiskurs seit einiger Zeit stark unter dem Druck arbeitspolitischer (und damit verbundener sozialer) Argumente. Da er diese zunehmend aufgreift, kann man aber (noch) nicht von einem konkurrierenden Verdrängungsdiskurs sprechen. Darauf weisen auch die Präferenzen der

Mehrheit der Diskursbeteiligten für konsensorientierte Dialoge als Grundform politischer Willensbildungs- und Entscheidungsfindungsprozesse hin, oftmals im Sinne eines erweiterten korporatistischen Arrangements.

Der relative Bedeutungsgewinn der sozialen und ökonomischen Dimension im Nachhaltigkeitsdiskurs führte jedoch nicht dazu, dass das Postulat eines integrierten Ansatzes in den verschiedenen Studien auch tatsächlich eingelöst wurde. Sieht man von den drei Zukunftsstudien ab, die gar nicht erst an den Nachhaltigkeitsdiskurs anknüpfen, dann sind die anderen Studien dadurch gekennzeichnet, dass sie in der inhaltlichen Ausführung die postulierte gleichwertige Berücksichtigung der drei Nachhaltigkeitsdimensionen nicht einlösen. Bestenfalls werden zwei Dimensionen systematischer (analytisch und empirisch) miteinander verbunden, auf die dritte Dimension gibt es meist nur punktuelle Verweise. Teilweise finden sich integrative Ansätze bei der Konstruktion kombinierter Indikatoren und (selten) in konkreten Handlungsfeldern. Eine systematische Analyse der Wechselwirkungen zwischen den drei Nachhaltigkeitsdimensionen in den vorgeschlagenen Strategien und Szenarien sowie in breiter konzeptualisierten Themenfeldern ist in keiner der berücksichtigten Studien zu finden. Sofern dies in den Studien selbst problematisiert wird, verweisen sie übereinstimmend auf bestehende Wissenslücken und demzufolge auf weiteren Forschungsbedarf.

Unterschieden werden kann zwischen zwei Arten der Herangehensweise an soziale und arbeitspolitische Fragestellungen, sofern über die postulative Ebene hinausgegangen wird. Zum einen werden bestimmte gesellschaftliche Entwicklungen als nicht zukunftsfördernd klassifiziert, Lösungen für diese Problemlagen werden entsprechend den klassischen Politikfeldern und Zuständigkeiten entworfen, eine vertiefende Abstimmung der Lösungsvorschläge in Bezug auf die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit erfolgt nicht (bspw. Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung). Zum anderen werden Problemfelder nach ökologischen Kriterien ausgewählt und die sozialen und arbeitspolitischen Implikationen – soweit bekannt – beschrieben (bspw. Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages). Obwohl alle Studien mehr oder weniger von der Notwendigkeit der Erweiterung des konventionellen Arbeitsbegriffs und neuer Arbeits- und Lebensformen sowie des Umbaus der sozialen Sicherungssysteme ausgehen, werden gerade zu diesen Themenbereichen die ökonomischen, ökologischen und sozialen Konsequenzen allenfalls generell-abstrakt oder normativ, nur selten und dann höchst partiell anhand konkreter, zumindest empirisch plausibilisierter Entwicklungen und Erfahrungen diskutiert.

Eine große Übereinstimmung der Studien kann hinsichtlich ihrer Zeithorizonte festgestellt werden. Werden überhaupt Aussagen hierüber gemacht, betreffen diese meist den überschaubaren Zeitraum einer Generation. Die Strategien und Politikvorschläge richten sich in der Regel darauf aus. Insgesamt wird aber von einem eher langfristigen Entwicklungs- und Umsetzungshorizont der Zielvorstellungen ausgegangen. Die hinter den Empfehlungen stehenden Leitbilder sind sehr heterogen. Dabei ist festzustellen, dass mehrheitlich die Nachhaltigkeitsstudien zwar zumindest auf die lange Frist einen radikalen Umbau der Industriegesellschaft für notwendig halten, kurz- bis mittelfristig aber eher auf Reformen denn radikale Brüche setzen. Darauf setzten hingegen die nicht einem umfassenden Nachhaltigkeitskonzept verpflichteten Zukunftsstudien des Club of Rome und der Bundesländer Bayern und Sachsen. Trotz dieser Disparitäten werden einige Problemsichten geteilt. So wird von vielen die mangelnde Innovations- und Reformfähigkeit der bundesdeutschen Gesellschaft als Problem angemerkt. Eine ebenfalls weitgehende Übereinstimmung ist in

der Einschätzung der mangelnden Passung der sozialen Sicherungssysteme sowie des Bildungssystems mit den Anforderungen einer sich ausdifferenzierenden Arbeitswelt zu finden. Die Lösungsstrategien hierfür differieren dann allerdings deutlich. Einige der Studien weisen ebenfalls übereinstimmend darauf hin, dass der gesellschaftliche Wandel und die Veränderungen im Erwerbssystem eine deutliche Verbesserung des Zusammenspiels von Familie, Arbeitsmarkt und Sozialpolitik notwendig machen und insbesondere die Gleichstellung der Frauen im Erwerbsleben zu verbessern sei.

In dem fehlenden oder nur schwachen Bezug der verschiedenen Zukunftskonzeptionen auf die Erwartungen, Interessen, Kapazitäten und Restriktionen der verschiedenen gesellschaftlichen Akteure liegt eine durchgängige und aus sozialwissenschaftlicher Sicht die wohl größte Schwäche aller Studien. Die Folge davon ist, dass in etlichen Studien normative Annahmen über Ziele und Handlungskapazitäten von Akteursgruppen gegenüber empirischen Analysen oder Plausibilisierungen vorherrschen. So gelten in einigen Studien zivilgesellschaftliche Gruppen mit ökologischem und sozialem Engagement als entscheidende Kräfte für den Bau einer nachhaltigen Gesellschaft, ohne dass deren organisatorische und materielle Basis, ihre Politik-, Verpflichtungs-, Durchsetzungs- und, besonders wichtig, Kooperationsfähigkeit untersucht wird.

Die Rolle des Staates wird hingegen breiter und detaillierter diskutiert. Mit zwei Ausnahmen, die einen starken, interessenungebundenen, hierarchisch entscheidenden Staat (bayerisch-sächsische Zukunftskommission) bzw. einen sich auf Rahmenregelungen und die Organisation eines speziellen Arbeitsmarktes beschränkenden Minimalstaat (Bericht an den Club of Rome) befürworten, präferieren die anderen Studien eine mehr oder minder grundlegende Modernisierung bestehender staatlicher Institutionen mit der Zielrichtung eines eher weniger zentral ordnenden und dafür stärker aktivierenden Staates, des Abbaus hierarchisch-direktiver Steuerung und des Ausbaus kooperativer, dialogischer, konsensorientierter Verfahren.

Während es in den meisten Studien relativ klare Vorstellungen darüber gibt, welche Gruppen und Organisationen die Protagonisten ökologischer und ökonomischer Interessen und wer die Hauptakteure in den entsprechenden Politikfeldern sind, bleibt häufig unklar, wer die sozialen Interessen vertreten soll. Eher en passant wird in der Diskussion sozialer Fragen auf den Staat, die Gewerkschaften, die Kirchen und zivilgesellschaftliche Gruppen verwiesen. Seltenheitswert haben Studien, in deren Nachhaltigkeitskonzepten von einer tragenden Rolle der Gewerkschaften ausgegangen wird oder gewerkschaftliche Ziele und Interessen thematisiert werden (FES-Zukunftskommission, IFOK-Diskursprojekt). Die dem deutschen Modell eines sozialkonsensualen und politisch regulierten Kapitalismus zugrunde liegende verbändezentrierte Aushandlungspolitik im Rahmen eines (in Teilbereichen institutionalisierten) korporatistischen Arrangements von Staat, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden wird in nahezu allen Studien ohne vertiefende Defizitanalyse für stark reformbedürftig gehalten. Die Vorschläge laufen meistens darauf hinaus, das korporatistische Arrangement zugunsten einer breiteren Beteiligung zivilgesellschaftlicher Gruppen zu erweitern. Das bedeutet, dass auch hier die gesellschaftspolitische Rolle der Gewerkschaften relativiert wird.

Schließlich fällt im Vergleich der älteren mit der neueren Phase des Nachhaltigkeitsdiskurses eine gewisse paradoxe Entwicklung auf: Obwohl in den Nachhaltigkeitskonzepten zunehmend auf großangelegte und auf allen gesellschaftlichen Ebenen angesiedelte konsensorientierte gesellschaftliche Diskurse gesetzt wird, ist das öffentliche Interesse an dem Dis-

kurs deutlich zurückgegangen, jedenfalls hat keine der der Wuppertal-Studie nachfolgenden Studien auch nur eine vergleichbar große Aufmerksamkeit gefunden. Das mag der Veralltäglichen des Diskursprozesses bspw. im Lokale-Agenda-21-Prozess und seiner Entdramatisierung durch eine differenziertere und gleichgewichtigere Berücksichtigung der drei Nachhaltigkeitsdimensionen geschuldet sein. Es mag aber auch daran liegen, dass die großen gesellschaftlichen Interessenorganisationen und die Regierung sich in der realen Politikgestaltung immer seltener auf das Nachhaltigkeitspostulat als „regulative Idee“ eines zukünftigen Gesellschaftskonzepts beziehen. Das „Bündnis für Arbeit“ mit seiner Prioritätensetzung deutet – entgegengesetzt zur eben angesprochenen, im engeren Nachhaltigkeitsdiskurs präferierten Erweiterung – in diese Richtung: Seine Zielsetzungen entsprechen weitgehend kurzfristigen ökonomischen und sozialen Zielen. Die ökologische Dimension wurde vom Bündnis hingegen nur spät und am Rande einbezogen², eine gestaltende, integrierte und langfristig angelegte Politik im Sinne der Nachhaltigkeit wird mit dem Bündnis aber auch deshalb nicht verfolgt.

Im Gegensatz dazu setzt sich der im Frühjahr 2001 durch die Bundesregierung berufene *Rat für Nachhaltige Entwicklung* aus einem wesentlich breiteren Interessenspektrum zusammen. In ihm sind ökologische, ökonomische und soziale Belange durch Repräsentanten aus Wirtschaft, Umwelt- und Verbraucherschutz, Kirchen, Kommunen, Wissenschaft und Gewerkschaften vertreten (Bundesregierung 2001). Inwiefern der Rat die öffentliche Aufmerksamkeit zugunsten eines integrierten Nachhaltigkeitsansatzes verschieben mag, muss die Zukunft zeigen.

2 Das von der IG Metall initiierte und der rot-grünen Regierung installierte „Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit“ findet in einem weitgehend konventionellen Rahmen unter Beteiligung von Staat, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden statt. Neuartig an diesem im Kern korporatistischen Arrangement ist der vielfältige Unterbau an Gremien, die wissenschaftliches und Steuerungswissen etc. beitragen. Die ökologische Dimension spielt von der Verbands- und Expertenbeteiligung her offensichtlich eine untergeordnete Rolle; erst im Frühjahr 1999 hat der DGB mit einem Positionspapier die Initiative ergriffen, um die Integration des Themas „Arbeit und Umwelt“ anzustoßen (DGB 1999).

Tab. 1: Vergleich der Zukunftsstudien

Kriterien \ Studien	Ökologie	Ökonomie	Soziales/Arbeit	Wechselwirkungen	Akteursbezüge
Wuppertal Institut	<ul style="list-style-type: none"> – Umweltraumkonzept – starke ökologische Risikovorsorge – prioritäre Dimension 	<ul style="list-style-type: none"> – ökologische Marktwirtschaft – Ressourceneffizienz 	<ul style="list-style-type: none"> – Mischung aus Erwerbs- und Eigenarbeit – 2. Arbeitsmarkt – Flexibilisierung der Arbeitszeiten und -formen – Suffizienz 	<ul style="list-style-type: none"> – positives Zusammenspiel generell behauptet, nur in Einzelfällen konkretisiert 	<ul style="list-style-type: none"> – Präferenz auf zivilgesellschaftlichen NGOs und Gruppen
Umweltbundesamt	<ul style="list-style-type: none"> – prioritäre Dimension, jedoch Ziel-fixierung im gesellschaftlichen Diskurs 	<ul style="list-style-type: none"> – ökologische Modernisierung 	<ul style="list-style-type: none"> – konventionelle Beschäftigungseffekte dominieren – Kompensationen/Unterstützung für prekäre Übergangszeiten – Gerechtigkeit/Prinzip der Gleichbehandlung – neue Lebensstile mit neuer Lebensqualität schaffen – Zivilgesellschaft stärken 	<ul style="list-style-type: none"> – nur partiell berücksichtigt: Ökonomie – Ökologie 	<ul style="list-style-type: none"> – indirekt anerkannte Akteursrolle der Gewerkschaften: wichtige Kooperationspartner unter anderen für Zielerreichung
bayerisch-sächsische Zukunftskommission		<ul style="list-style-type: none"> – neue Leitbilder: unternehmerische Wissensgesellschaft – Mensch als Unternehmer seiner Arbeitskraft und Daseinsvorsorge 	<ul style="list-style-type: none"> – Fixierung auf (abhängige) Erwerbsarbeit aufgeben – Niedriglohnsektor und Einkommensspreizung – ehrenamtliche Bürgerarbeit – negative Einkommenssteuer 		<ul style="list-style-type: none"> – Fokus liegt auf einem prozessualen Staatsverständnis und auf leistungsbereiten und veränderungsfreudigen Institutionen und Bevölkerungsschichten

Kriterien \ Studien	Ökologie	Ökonomie	Soziales/Arbeit	Wechselwirkungen	Akteursbezüge
FES-Zukunftskommission	<ul style="list-style-type: none"> – Umweltverbrauch kräftig reduzieren 	<ul style="list-style-type: none"> – Wettbewerbsfähigkeit stärken – Innovationen zentraler Hebel dafür – erweiterte soziale Marktwirtschaft 	<ul style="list-style-type: none"> – sozialen Zusammenhalt stärken – Niedriglohnarbeitsmarkt öffnen – kollektive finanzielle Grundsicherung (Bürgergeld in Form einer negativen Einkommenssteuer) – Flexibilisierung und Umbau der sozialen Sicherungssysteme (Verbesserung des Zusammenspiels familien-/arbeitsmarkt-/ sozialpolitischer Faktoren) 	<ul style="list-style-type: none"> – nur partiell und zu meist abstrakt berücksichtigt, grundsätzlich fehlt es an Wissen hierüber 	<ul style="list-style-type: none"> – Runderneuerung des korporatistischen Modells – Gewerkschaften als Akteure und gewerkschaftliche Ziele wichtig
Enquete-Kommission des Bundestags	<ul style="list-style-type: none"> – Erhalt natürlicher Kapazitäten – existenzgefährdende Umweltbelastungen sind die absolute Grenze für andere Interessen 	<ul style="list-style-type: none"> – ökologische Modernisierung – strukturelle Ökologisierung 	<ul style="list-style-type: none"> – Solidarität – Gerechtigkeit – Sicherung eines sozialen Grundbedarfs – Erwerbsarbeit bleibt zentral – Prüfen der Möglichkeiten informeller Arbeitsformen 	<ul style="list-style-type: none"> – postuliert: Gleichgewichtigkeit – real nur rudimentär berücksichtigt aufgrund „erheblicher Defizite“ im wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Diskussionsstand 	<ul style="list-style-type: none"> – Sozialpartner haben relevante Rolle im Diskurs – Rat für Nachhaltige Entwicklung vorgeschlagen (institutionelle Innovation) – Staat: gesellschaftlichen Prozess aktivierend; Doppelrolle: moderierend und koordinierend – lenkend-durchsetzend

Studien / Kriterien	Ökologie	Ökonomie	Soziales/Arbeit	Wechselwirkungen	Akteursbezüge
Club of Rome	<ul style="list-style-type: none"> - ökonomischer Wert der Natur wird in der Ökonomie ungenügend berücksichtigt 	<ul style="list-style-type: none"> - Wandel der Industrie zur Dienstleistungsgesellschaft, auf die die alten Instrumente nicht mehr passen 	<ul style="list-style-type: none"> - Arbeit als zentrale Kategorie für Individuen und Gesellschaft - stark erweiterter Arbeitsbegriff - Neubewertung bezahlter und unbezahlter Arbeit - Drei-Schichten-Modell der Arbeit - Grundeinkommen 	<ul style="list-style-type: none"> - Auswirkungen des Wandels hin zur Dienstleistungsgesellschaft auf den Arbeitsmarkt und die bestehenden Instrumente und Analysekriterien (Wissenschaftskritik) - positive Verknüpfung von Umweltschutz und Beschäftigung 	<ul style="list-style-type: none"> - Minimalstaat - er garantiert die erste Schicht (20h/Woche) der Mindestversorgung mit Arbeit - darüber hinaus gestaltet er nur den Rahmen (Deregulierung), fördert das Unternehmertum und die Kreativität der Menschen (empowerment)
Berliner Enquete-kommission	<ul style="list-style-type: none"> - Grenze: existenzgefährdende Umweltbelastungen 	<ul style="list-style-type: none"> - ökologische Modernisierung 	<ul style="list-style-type: none"> - Verantwortungs- und Beteiligungsfähigkeit als Grundlage sozialen Zusammenhalts - gerechte Teilhabe an Beschäftigungsmöglichkeiten - Diskussion zu Arbeit nicht beendet, auf Nachfolgekommission verschoben 	<ul style="list-style-type: none"> - Wichtigkeit postuliert, real nicht berücksichtigt 	<ul style="list-style-type: none"> - Ziele und Akteursrollen teilweise indirekt berücksichtigt
IFOK Diskursprojekt	<ul style="list-style-type: none"> - ökologische Nachhaltigkeit als organisiertes gesellschaftliches Diskursergebnis 	<ul style="list-style-type: none"> - ökologische Modernisierung 	<ul style="list-style-type: none"> - < breites Spektrum > 	<ul style="list-style-type: none"> - prinzipiell als wichtig postuliert, nur in Einzelfällen konkretisiert 	<ul style="list-style-type: none"> - Ziele und Akteursrollen als zentral positioniert

Kriterien Studien	Ökologie	Ökonomie	Soziales/Arbeit	Wechselwirkungen	Akteursbezüge
Zukunftskommission Gesellschaft 2000		<ul style="list-style-type: none"> – in den Veränderungen der Arbeitswelt wird das Epizentrum des sozialen Wandels vermutet 	<ul style="list-style-type: none"> – Was hält die Gesellschaft zusammen? – Neue Wege der gesellschaftlichen Integration – Notwendigkeit einer umfassenden Betrachtung aller Arbeitsformen – Gleichwertigkeit von Erwerbsarbeit und Bürgerarbeit – Verbesserung der Möglichkeiten der Kombination von Erwerbsarbeit, Familienarbeit, Bürgerarbeit, Bildungsarbeit 		<ul style="list-style-type: none"> – primär sind die Landesregierung und Kommunen angesprochen – sie müssen die Rahmenbedingungen verändern – die Aufgaben der weiteren Akteure werden nicht spezifiziert

5. Arbeit und Soziales im Fokus – das Verbundprojekt „Arbeit und Ökologie“

Im Anschluss an die Synopse soll nun hier das Verbundprojekt „Arbeit und Ökologie“ den Zukunfts- und Nachhaltigkeitsstudien gegenübergestellt werden.³ Dies geschieht aus der Sicht von Projektbeteiligten und mit der Intention herauszustellen, wie sich das Verbundprojekt von den bisherigen Studien unterscheidet. Bei der folgenden Beschreibung wird zwischen dem *Verbund*, also hinsichtlich des gemeinsamen formalen Gerüsts und inhaltlicher Übereinstimmungen aller drei beteiligten Institute, und der spezifisch *arbeitspolitisch-sozialen* Komponente unterschieden werden, welche den Anteil des WZB am Projekt darstellt.

Ein wesentlicher Ausgangspunkt des Verbundprojekts „Arbeit und Ökologie“ ist im DGB-Grundsatzprogramm von 1996 zu finden. Darin haben sich die bundesdeutschen Gewerkschaften die Forderung nach einer nachhaltigen Entwicklung zu eigen gemacht, deren Umsetzung sie mit einer sozial-ökologischen Reformstrategie anstreben. Ihr Eintreten für eine nachhaltige Entwicklung steht einerseits unter der Prämisse, ökonomische, ökologische und soziale Nachhaltigkeitsziele gleichrangig zu verfolgen, andererseits wollen sie die soziale Dimension im Nachhaltigkeitsdiskurs stärken. Für die Gewerkschaften resultieren aus ihrer Einlassung auf das Nachhaltigkeitskonzept Anschlussprobleme und Unwägbarkeiten. Um diese Unsicherheiten zu verringern wurde im Rahmen eines transdisziplinären Projektgeneseprozesses das Forschungsprojekt „Arbeit und Ökologie“ in Zusammenarbeit von Gewerkschaften, Hans-Böckler-Stiftung und drei Forschungsinstituten konzipiert. Dem Projekt wurden drei Leitfragen vorgegeben: 1.) Was können mögliche Bausteine einer sozial-ökologischen Reformstrategie sein, 2.) wie kann das Verhältnis zwischen sozialen Implikationen von Nachhaltigkeitsstrategien und sozialen Zielen der Gewerkschaften aussehen, 3.) welche Rolle können die bundesdeutschen Gewerkschaften im nationalen Nachhaltigkeitsdiskurs einnehmen?

Da keine praktizierten und erprobten Modelle transdisziplinärer Nachhaltigkeitsforschung existierten, die für ein solches Vorhaben genutzt werden konnten⁴, musste ein eigenes Projektdesign entwickelt werden. Den gestellten Anforderungen wurde entsprochen durch breit angelegte, *multidisziplinäre Querschnittsanalysen* der Entwicklungstrends in den jeweiligen Teilsystemen und ihrer Wechselwirkungen mit den anderen Dimensionen, durch die Entwicklung von *Nachhaltigkeitszenarien*, d.h. konsistenter Zukunftsentwürfe auf Grundlage des Querschnittswissens und von Nachhaltigkeitskriterien, sowie durch *Strategievorschlüsse*, welche das Konzept der Nachhaltigkeit in konkrete, für Akteursgruppen anschlussfähige

3 Die Ergebnisse des Verbundprojekts können im Projektendbericht (DIW/WI/WZB 2000) als auch in der Kurzfassung (HBS 2000) nachgelesen werden. Die wichtigsten Ergebnisse sind auch im Internet zu finden (www.a-und-oe.de). Teilaspekte können in einzelnen Institutspapern (für das WZB siehe Anhang) vertieft werden. Beteiligt am Verbundprojekt waren das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie (WI) sowie das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

4 Siehe zum Stand transdisziplinärer Nachhaltigkeitsforschung Brand (2000).

Handlungsorientierungen übersetzen. Dazwischen liegende Integrationsschritte wurden über gegenseitige Bewertungen und daraus resultierende Schnittmengen erreicht. Als wissenschaftliche Basis der Bewertung wurden auf Grundlage des bisherigen Diskurses ökologische, ökonomische und soziale Kriterien der Nachhaltigkeit entwickelt, mit ihnen wurden die abstrakten normen der Nachhaltigkeit präzisiert. Hier lässt sich gegenüber dem bisherigen Stand, dem die Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ einen Mangel an ökonomischen und sozialen Regeln bescheinigte (s.o.), ein deutlicher Fortschritt festhalten.

1. Leitbild und Nachhaltigkeitsbegriff

Das übergreifende Leitbild des Projekts liegt in der Ermöglichung eines „selbstbestimmten guten Lebens“ unter Verpflichtung aller auf die vorsorgliche Erhaltung bzw. in der Verbesserung der natürlichen Umwelt auf Grundlage ökonomischer Leistungsfähigkeit. In Analogie zu systemtheoretischen Überlegungen werden die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit als unterschiedlich strukturierte Subsysteme begriffen. Nachhaltigkeit ist demnach als langfristiger Systemerhalt, d.h. mindestens als Vermeidung irreversibler Schäden in allen drei Dimensionen zu verstehen. Die analytische Gleichrangigkeit der Säulen bzw. der beteiligten wissenschaftlichen Disziplinen setzte sich im Sinne von Nachhaltigkeit als regulative Idee in Form eines innerwissenschaftlichen, kooperativen Dialogs um.

2. Zeitperspektive

Der Verbund hat als gemeinsamen Bezugspunkt der Szenariementwürfe eine Zeitperspektive bis 2020 gewählt, einzelne Beschreibungen und Zielsetzungen gehen darüber hinaus bis zum Jahr 2050. Der Schwerpunkt der Szenarien liegt auf qualitativen Beschreibungen von alternativen Zukunftsentwürfen: Während das ökonomisch-soziale Szenario auf Wirtschaftswachstum zur Lösung der Beschäftigungsprobleme und zur Erleichterung des sozialen Ausgleichs in ökologischen und sozialen Leitplanken setzt, zielt das ökologisch-soziale Szenario gleichzeitig auf die Reduzierung der Umweltbelastungen, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Schaffung sozialer Gerechtigkeit, Lebensqualität und Ausbau von Partizipation und Geschlechtergerechtigkeit. Das Kontrastszenario setzt vor allem auf Kostenreduktion für Unternehmen durch Verringerung der Steuerlast (Staatsabbau) und eine moderate Lohnentwicklung. Hinzu treten Modellrechnungen bis 2020, die anhand ausgewählter und quantifizierbarer Parameter und Zusammenhänge die Konsistenz des Entwurfs und einzelne Implikationen abschätzbar machen und die quantitative Vergleichbarkeit der Szenarien ermöglichen. Im arbeitspolitischen Teil wurde ein Konzept zukunftsfähiger Arbeit (Leitkonzept Mischarbeit) entwickelt, ohne eine Zeitperspektive für seine mögliche Umsetzung festzulegen. Für diese Zeitperspektive – die nicht mehr als ein Einstieg in eine nachhaltige Entwicklung sein kann – zeigte sich als Ergebnis der Analysen, dass eine gleichzeitige Zielerreichung in allen drei Dimensionen möglich ist.

3. Soziale Gesichtspunkte

Die Vorgabe der prinzipiellen Gleichgewichtigkeit der drei Bereiche wurde bereits in den Ausgangsfragestellungen des Projekts relativiert. Vor dem Hintergrund, dass die Nachhaltigkeitsdebatte bisher schwerpunktmäßig aus der Perspektive ökologischer Nachhaltigkeit geführt worden ist und dass das Verbundprojekt einen ersten systematischen Einstieg der

bundesdeutschen Gewerkschaften in den Nachhaltigkeitsdiskurs vorbereiten sollte, wurde der Schwerpunkt auf die soziale Dimension gelegt. Diese wurde dabei stark auf arbeitspolitische Entwicklungen und Szenarien konzentriert. Dazu wurde eine Vielzahl von Querschnittsanalysen unter ökonomischer, ökologischer und sozialer Schwerpunktsetzung erstellt, in denen die Entwicklungsdynamiken der Arbeit im Mittelpunkt stehen. Arbeit wird dabei als zentrale Dimension der sozialen Lage und der sozialen Entwicklung begriffen, die gravierende soziale Folgen zeitigt, welche die Lebensqualität entscheidend beeinflussen. Die vielfältigen arbeitspolitischen Themen wie der Abbau der Arbeitslosigkeit, die Zukunft der sozialen Sicherung, die Gestaltung flexibler Arbeitszeiten, die sich abzeichnende Veränderung des Arbeitstyps, die Bedeutung und Gestaltung informeller Arbeitsformen, die zukünftige Bedeutung von Erwerbsarbeit für die Lebensführung der Bürger und ihr Einfluss auf Geschlechtergerechtigkeit und Integration wurden damit selbst zu Fragestellungen des Verbundprojekts.

4. Arbeitsbegriff

Ein gemeinsamer neuer Arbeitsbegriff wurde nicht entwickelt. Insbesondere entlang der Themen Vollbeschäftigung, Bedeutung informeller Arbeitsformen, Rolle von Arbeitszeitverkürzungen zeigen sich unbereinigte, dafür aber deutlich beschriebene und begründete Dissense zwischen den beteiligten Disziplinen.⁵ Während für die ökonomische Disziplin weiterhin viele Gründe dafür sprechen, an der konventionellen Unterscheidung von Erwerbsarbeit und informellen Arbeitsformen insbesondere dann festzuhalten, wenn es darum geht, informelle Tätigkeiten finanziell zu fördern, werden aus arbeitspolitisch-sozialer und ökologischer Sicht mehrere Argumente für eine Erweiterung des Arbeitsbegriffs und für ein neues Konzept von Arbeit angeführt. Diese liegen zum Beispiel in der gesellschaftlichen und ökologischen Bedeutung informeller Arbeitsformen, sie zeigen sich beim Blick auf die geschlechtergerechte Verteilung von Arbeit, Einkommen und sozialer Sicherheit sowie im internationalen Vergleich, der die Bedeutung informeller Arbeitsformen insbesondere im Nord-Süd-Vergleich aufzeigt.

Darüber hinaus wird in der arbeitspolitisch-sozialen Analyse auf die derzeitigen Entwicklungen in der Erwerbsarbeit (Flexibilisierung, Pluralisierung, Entgrenzung) verwiesen, die höchst unterschiedliche Folgen zeigen. Aus diesen Entwicklungen resultieren zwar mehr Chancen auf größerer Selbstverwirklichung in der Erwerbsarbeit, doch zeigt sich, dass für alle die Risiken der Unsicherheit und abnehmenden Planbarkeit, der phasenweisen Ausgrenzung aus der Erwerbsarbeit, der Arbeitsintensivierung und des ständigen (Zeit-)Stresses, der Einschränkung privater Entfaltungsmöglichkeiten und der dauerhaften gesundheitlichen Schädigung steigen. Auch gesellschaftlicher Zusammenhalt und ökologisches Engagement werden davon negativ berührt. Weil die Chancen sehr ungleich verteilt sind, kommt es für eine nachhaltige Arbeit entscheidend darauf an, die Selbstverwirklichungspotentiale flexibler Arbeit durch kollektive Regelungen, durch Infrastrukturaufbau und individuelle Qualifikationen im umfassenden Sinne zu stärken.

5 Ebenso wie die unterschiedlich eingeschätzten und bewerteten Strategieelemente eröffnen diese offen beschriebenen Dissense nach Einschätzung des Projekts den gesellschaftlichen Akteuren Raum für die eigene politische Positionsbestimmungen. Ebenso nimmt die dadurch nur scheinbar begrenzte Orientierungskraft von Wissenschaft den gesellschaftlichen Diskussionsprozessen die allfällige Findung von Kompromissen und Konsensen nicht vorweg.

Vor diesem Hintergrund wird in der arbeitspolitisch-sozialen Dimension ein Konzept eines erweiterten Arbeitsbegriffs bzw. ein Leitbild Mischarbeit entwickelt, das an die Stelle der absoluten Dominanz der Erwerbsarbeit die Analyse bzw. die Ermöglichung einer Kombination verschiedener Arbeiten, zeitgleich und in biographischer Perspektive, setzt. Unter sozialen und ökologischen Gesichtspunkten sind alle Formen gesellschaftlicher Arbeiten zu berücksichtigen und produktiv zu verknüpfen, aus ihrer Kombination entsteht eine Perspektive nachhaltiger Arbeit. Als Voraussetzung für die Umsetzung dieser Perspektive werden Erwerbsarbeitszeitverkürzungen und eine Umverteilung der gesellschaftlichen Arbeiten zwischen den Geschlechtern und Altersgruppen genannt. Weiterhin sind die Einführung eines generellen Grundeinkommens und die Aufwertung der Nichterwerbsarbeit im sozialen Sicherungssystem sowie eine Umstellung der Arbeitsmarktpolitik in Richtung eines Konzepts der Übergangsmärkte erforderlich. Dadurch sollen die Brücken zwischen den Teilarbeitsmärkten, zwischen Erwerbsarbeit und anderen gesellschaftlichen Arbeiten und die Reintegration von Erwerbsarbeitslosen gestärkt werden.

5. Wechselwirkungen der Nachhaltigkeitsdimensionen

Die Analyse der Wechselwirkungen zwischen den Dimensionen der Nachhaltigkeit war eine zentrale Aufgabe des Projekts. Dazu waren die beteiligten Institute von vornherein darauf orientiert, ihre Wissensbestände und ihre Vorstellungen über Zukunftsoptionen im Rahmen der Nachhaltigkeit zu reflektieren. Von Anfang an sollten die Querschnittsanalysen und Szenarioanalysen an die Wechselwirkungen mit den jeweils anderen zwei Bereichen gebunden werden, z.B. die sozialen Effekte an eine Ökosteuer oder die ökologischen Effekte an eine Arbeitszeitflexibilisierung. Dementsprechend wurde bei der Auswahl der Querschnittsanalysen und den Annahmen der Alternativszenarien eine „interne Teilintegration“ der beiden anderen Bereiche vorgenommen. Dieser Prozess hat in unterschiedlichem Ausmaß und nach den jeweiligen Präferenzen stattgefunden.

6. Strategieelemente

Eine Aufgabe des Projekts lag darin, konkretere Strategien zur Ausfüllung einer „sozial-ökologischen Reformstrategie“ vorzuschlagen. Diese sollten, da es sich bei Nachhaltigkeit um einen Abstimmungsprozess zwischen unterschiedlichen Zielsystemen handelt, einen hohen Synergiegehalt aufweisen. Damit ist gemeint, dass entweder positive Effekte in allen drei Bereichen auftreten oder dass wichtige Handlungsblockaden abgebaut werden und dabei in keinem Bereich gravierende Nachteile oder irreversible Schäden entstehen. In einem arbeitsteiligen Prozess wurden disziplinäre Lösungsvorschläge für ein nachhaltige Entwicklung erarbeitet und anschließend gegenseitig bewertet. Aus den Überschneidungsbereichen der bewerteten Vorschläge resultierte ein Set von dimensionenübergreifenden, auf die Entwicklungsfähigkeit des Gesamtsystems bezogenen Gestaltungsvorschlägen nachhaltiger Entwicklung in fünf Handlungsfeldern. Diese Handlungsfelder und die gegenseitig positiv bewerteten Strategievorschläge lauten im Einzelnen:

- *Ökologische Gestaltung des Strukturwandels*: Dieser Strukturwandel ist vor allem durch eine ökologische Finanzreform, ökologische Infrastrukturmaßnahmen und den verstärkten Einsatz informatorischer Instrumente zu bewirken. Als soziale Komponente ist u.a. ein differenzierter Ausgleich ökologisch bedingter Verteuerungen für untere Einkommensgruppen notwendig.

- *Soziale Gestaltung des Strukturwandels*: Hier stehen der breite Ausbau von Qualifizierung, der Einsatz individueller Übergangshilfen und die Anpassung der sozialen Sicherungssysteme an den Wandel der Arbeit, insbesondere eine Verbreiterung der Versicherungspflicht, im Mittelpunkt von Maßnahmen, die Friktionen beim Strukturwandel verhindern und individuelle Chancen verbessern sollen.
- *Innovationen*: Technische, organisatorische und soziale Innovationen werden als elementar für den Strukturwandel erachtet. Sie sind auf ökologische Ziele auszurichten und bedürfen qualifizierter Beschäftigter und einer innovativen Ausrichtung von Verwaltungen und Unternehmen.
- *Arbeitszeiten*: Die Gestaltung flexibler Arbeitszeiten bei genereller Arbeitszeitverkürzung erwies sich im Verlauf des Projekts als zentrales Element einer integrierten Nachhaltigkeitskonzeption. Ohne eine solche kombinierter Arbeitszeitpolitik werden wichtige Nachhaltigkeitsziele wie die Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung, Raum für Qualifikationserwerb, aber auch für informelle und Versorgungstätigkeiten, Geschlechtergerechtigkeit, Vereinbarkeit von privaten Zeitpräferenzen und Erwerbszeiten, um Frauen und Männern die Kombination von Erwerbs- und Familienarbeit zu erleichtern, als nicht realisierbar angesehen.
- *Konsumwandel*: Damit Verbraucher ihre Nachfrage verstärkt auf sozial und ökologisch orientierte Produkte konzentrieren und so der nachhaltigen Entwicklung auf den Güter- und Dienstleistungsmärkten einen wichtigen Impuls geben, werden eine ökologische Finanzreform sowie die Ausweitung von Umweltinformation, Umweltbildung und Produktkennzeichnung vorgeschlagen.

Diese Handlungsfelder sind nach übereinstimmender Sicht der beteiligten Fachdisziplinen das Gerüst einer auf Nachhaltigkeit ausgerichteten sozial-ökologischen Reformstrategie. Sie verdeutlichen den Stellenwert, den die Gestaltung der Arbeit auf dem Weg zur Nachhaltigkeit hat.

7. Rolle des Staates

Ausgehend von den Veränderungen der Erwerbsarbeit wird in der arbeitspolitisch-sozialen Analyse die Notwendigkeit einer Strategie der Selbstbefähigung des Einzelnen gesehen. Weil die Anforderungen an das Individuum steigen und die Entscheidungssituationen vielfältiger und komplexer werden, muss sich auch die Rolle von Institutionen und Organisationen ändern, ihr aktivierender Charakter hat in den Vordergrund zu treten. Dieser Ansatz wird im Kontext zivilgesellschaftlicher Modelle verortet, wobei aber die aktivierende Rolle des Staates und zentraler gesellschaftlicher Institutionen, einschließlich der Gewerkschaften, akzentuiert wird. Im Kern wird darin eine unterstützte Kompetenz- und Kapazitätsbildung sozialer Gruppen und Individuen zur Entwicklung sozialer Innovationen, die zu einer nachhaltigeren Lebensqualität führen sollen, gesehen. Lernende Organisationen sollen solche Innovationen ermöglichen und fördern, aber auch einfordern. Die Aufgabe des Staates hierfür wird jedoch nicht über die an ihn und die Gewerkschaften adressierten Strategievorschläge hinaus konkretisiert.

8. Modus der Interessenvermittlung

Neben den Gerechtigkeitsnormen und dem Drei-Säulen-Ansatz bildete der Aspekt der Beteiligung, dem beispielsweise im ökologisch-sozialen Szenario die Qualität einer vierten

Dimension zugemessen wurde, einen weiteren Bezugspunkt des Projekts. Die Verbindung von Beteiligungs- und Gleichrangigkeitsnorm drückt sich in der Betonung des Diskurses als Modus der Bestimmung und Umsetzung von Nachhaltigkeit sowohl in wissenschaftlicher als auch in politischer Hinsicht aus. Der Verbund hält einen systematischen gesellschaftlichen Diskurs für konkretisierende Schritte und die Regelung von Kernproblemen für unabdingbar. Dabei wird das Gleichrangigkeitspostulat im Sinne eines Gebotes interpretiert, die Interessen und Argumente anderer Interessenbeteiligter so lange als gleichrangig anzuerkennen, bis sie durch gute (akzeptierte) Argumente widerlegt sind. Darin liegt eine fundamentale Diskursvoraussetzung, weil es als wenig realistisch erachtet wird, dass ein breiter Diskurs zustande kommen könnte, wenn a priori und quasi ex cathedra eine Dimension den Status eines Primus inter Pares erhielte. Das Gleichrangigkeitspostulat fungiert somit als Formel für das Management von Zielkonflikten, die besonders für die gestaltungsmächtigen Akteursgruppen akzeptabel ist. Akteursgruppen, die eine Vorabpriorisierung für unabdingbar halten, wären dementsprechend besser beraten, eine machtpolitische Konfliktstrategie zu wählen oder, was dem nahe kommt, auf die Bildung einer Allianz Gleichgesinnter und auf Mehrheitsentscheidungsregeln zu setzen. Zugleich wird eingeräumt, dass das Gleichrangigkeitspostulat den Akteursgruppen weder die Möglichkeit noch das Recht, immer wieder ihre Position und Interessen stark zu machen, innerhalb und außerhalb des Diskursprozesses nimmt. Gerade wegen des Gleichrangigkeitspostulats wird jedoch die Fähigkeit für unabdingbar gehalten, aus sachlichen oder pragmatischen Gründen zeitweilig und/oder in bestimmten Bereichen jeweils einer Dimension stärkeres Gewicht zu geben. Insofern müsste der Diskurs so gestaltet sein, dass er generalisiertes Vertrauen generiert und als gemeinsamer Lernprozess funktioniert, in dem eine gemeinsame Einsicht in die begrenzte Geltung der Gleichrangigkeit, besonders bei Zielkonflikten, geschaffen wird.

Es wird nicht davon ausgegangen, dass solche Diskurse notwendigerweise zu einem synthetischen Gesamtergebnis führen. Gesellschaftliche und Expertendiskurse werden – im Unterschied zu den konventionellen Willensbildungs- und Entscheidungsverfahren (mit denen sie, sofern sie diese beeinflussen sollen, aus rechtsstaatlichen und allgemeinen Legitimationsgründen adäquat verkoppelt werden müssen) oder im Unterschied zu neokorporatistisch organisierten Interessenvermittlungsverfahren – als sehr aufwendige und langwierige sowie für die Beteiligten „riskante“, da offene und nur begrenzt vorstrukturierbare Prozesse qualifiziert. Jedoch wird in Anbetracht gegenwärtiger und absehbarer gesellschaftlicher Rahmenbedingungen derzeit kein Weg gesehen, an ihnen zur Gestaltung von Nachhaltigkeitspolitik vorbeizugehen. Hier wird in den meisten Studien zur Zukunft der Arbeit (s.o.) eine Parallelität zu den Vorschlägen zur Gestaltung des politisch-gesellschaftlichen Interessenvermittlungsprozesses gesehen.

Im Nachhaltigkeitsparadigma wird in Verbindung mit der Diskursmethode eine insofern unterschätzte Herausforderung an die politischen Institutionen und gesellschaftlichen Interessenorganisationen gesehen, als es ein großes Maß an Kooperations-, Kommunikations-, Kompromiss-, Innovations- und Lernfähigkeit voraussetzt. Sofern die zentralen Akteursgruppen einer Gesellschaft nicht ein ausreichendes Maß solcher Fähigkeiten entwickeln, sind Diskurse – und hierdurch mögliche gesellschaftliche Reformen – von vornherein zum Scheitern verurteilt. Daraus wird für die einzelnen Akteursgruppen gefolgert, dass sie spezifische Kapazitäten für den Nachhaltigkeitsdiskurs aufbauen müssen, wenn sie in ihm langfristig ernst genommen werden und einflussreich sein wollen.

9. Akteursbezüge

Der Akteursbezug des Verbundprojekts lag auf den Gewerkschaften. Entsprechend den formulierten Leitfragen musste die Grundfrage nach der Rolle der Gewerkschaften im Nachhaltigkeitsprozess beantwortet werden. Dies geschah abstrakt über die Rolle wissenschaftlicher und politischer Akteure im Nachhaltigkeitsdiskurs (s.o.) und konkret darüber, die Anknüpfungspunkte im Selbstverständnis der Organisation *Gewerkschaften*, ihrer Interessenvertretungspolitik und ihren bisherigen Aktivitäten zu identifizieren und daraus resultierende Möglichkeiten, Risiken und Chancen zu bestimmen. Dabei wurde deutlich, dass die entwickelten ökologischen Positionen und Strategien wichtige gewerkschaftliche Ressourcen darstellen, die in die neuen Strategien einzubringen, aber nicht einfach zu verlängern, sondern bezüglich des Gesamtkonzepts Nachhaltigkeit zu überdenken und zu reformieren sind.

Nachhaltigkeit wird als eine Herausforderung für die Gewerkschaften beschrieben, die eine doppelte Chance enthält: Erstens zwingt sie, die eigenen längerfristigen Entwicklungsperspektiven und Leitbilder zu überdenken und zu verändern und zweitens diese in den in jedem Fall stattfindenden Gesellschaftsdiskurs mit klaren Optionen und größeren Durchsetzungschancen einzubringen. Eine gewerkschaftliche Intervention wird gerade auch deshalb als notwendig erachtet, um einer verbreitet einseitigen Interpretation von Nachhaltigkeit entgegenzuwirken, die sich an ökologischen Anforderungen ausrichtet und die soziale Dimension auf das bloße Akzeptieren vermeintlich notwendiger sozialer Verhaltensänderungen und Einschränkungen reduziert.

Allerdings wird auch gesehen, dass die Anforderungen der Nachhaltigkeit die bundesdeutschen Gewerkschaften in einer Phase gravierender Umbrüche treffen. Viele Rahmenbedingungen, die früher das Erfolgsmodell Deutschland getragen haben, sind instabil geworden und zum Teil grundsätzlich in Frage gestellt. Mittels der durchgeführten Querschnittsanalysen wurden daher die Herausforderungen, die in der Reintegration von Arbeitswelt, Lebenswelt und Natur angelegt sind, analysiert, um aufzuzeigen, wie die neuen Chancen, zukünftige Gestaltungsanforderungen in Arbeit und Umwelt bewusster anzugehen und Verknüpfungschancen für Gewerkschaften, zu nutzen sind.

Literatur

- Brand, K.-W. (Hg.) (2000): Nachhaltige Entwicklung und Transdisziplinarität. Berlin
- BUND; Misereor (Hg.) (1996): Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung. Basel, Boston, Berlin
- Bundesregierung (2001): Rat für nachhaltige Entwicklung bei der Bundesregierung. Pressemitteilung Nr. 75/01 des Bundeskanzlers. 21.02.2001
- Deutscher Bundestag (Hg.) (1998): Konzept Nachhaltigkeit. Vom Leitbild zur Umsetzung. Endbericht der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ des 13. Deutschen Bundestages. Zur Sache 4/98. Bonn
- DGB (1999): Arbeit und Umwelt. Ein Beitrag zur ökologischen Modernisierung und zur Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze. DGB-Bundesvorstand. Düsseldorf
- DIW; WI; WZB (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung; Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie; Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung) (2000): Verbundprojekt Arbeit und Ökologie. Projektabschlussbericht. Hg. v. d. Hans-Böckler-Stiftung. Düsseldorf
- Enquete-Kommission „Zukunftsfähiges Berlin“ des Abgeordnetenhauses von Berlin (1999): Zukunftsfähiges Berlin. Berlin
- Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Schutz des Menschen und der Umwelt“ (1998): Abschlußbericht. Konzept Nachhaltigkeit. Vom Leitbild zur Umsetzung. Drucksache 13/11200 Deutscher Bundestag 13. Wahlperiode. Bonn
- Giarini, O.; Liedtke, P. M. (1997): Wie wir arbeiten werden. Bericht an den Club of Rome. Hamburg
- Hauff, V. (1987): Unsere gemeinsame Zukunft. Darmstadt
- HBS (Hans-Böckler-Stiftung) (Hg.) (2000): Wege in eine nachhaltige Zukunft – Ergebnisse aus dem Verbundprojekt Arbeit und Ökologie. Düsseldorf
- IFOK (Institut für Organisationskommunikation) (Hg.) (1997): Bausteine für ein zukunftsfähiges Deutschland. Diskursprojekt im Auftrag von VCI und IG Chemie-Papier-Keramik. Wiesbaden
- Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen (1997): Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen. Teil III „Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungslage“. Bonn
- OECD (1998): Sustainable Development: A Renewed Effort by the OECD. OECD Policy Brief No. 8, 1998. http://www.oecd.org/publications/Pol_brief/1998/9808-eng.htm
- OECD (1999): The Interim Report on the OECD Three-Year Project on Sustainable Development. <http://www.oecd.org/subject/mcm/1999/pdf/totrev4.pdf>
- Pfarr, H.; Linne, G. (1998): Eine Unmenge Wissen: Doch was ist „Arbeit“? In: Frankfurter Rundschau, 21.12.1998, S. 10
- SRU (Rat von Sachverständigen für Umweltfragen) (1994): Umweltgutachten. Für eine Dauerhafte Entwicklung, Kurzfassung – Schlußfolgerungen und Handlungsempfehlungen. Drucksache 12/6995, Deutscher Bundestag 12. Wahlperiode. Bonn, S. 9-43
- Umweltbundesamt (1997): Nachhaltiges Deutschland. Wege zu einer dauerhaft umweltgerechten Entwicklung. Berlin
- UN (1983): Resolutions of the 38th General Assembly. No. 38/141, welcomed the establishment of the Commission, made a number of suggestions for its work and provided for the final report to be submitted to the 1987 42nd General Assembly. United Nations. New York
- WECD (1985): World Commission for Environment and Development. Mandate for Change, Key Issues, Strategy and Workplan. Genua
- Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung (1998): Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sozialer Zusammenhalt, ökologische Nachhaltigkeit. Drei Ziele – ein Weg. Bonn
- Zukunftskommission Gesellschaft 2000 (1999): Solidarität und Selbstverantwortung. Von der Risikogesellschaft zur Chancengesellschaft; Bericht und Empfehlungen der Zukunftskommission Gesellschaft 2000 der Landesregierung Baden-Württemberg. Stuttgart

Papers der Querschnittsgruppe „Arbeit & Ökologie“

- P98-501** Jürgen Blazejczak, Eckart Hildebrandt, Joachim H. Spangenberg, Helmut Weidner: Arbeit und Ökologie – Ein neues Forschungsprogramm, 85 S.
- P99-501** IG Metall/WZB: Gewerkschaften und Ökologie. Forschungs- und Betriebsprojekte zu nachhaltiger Entwicklung (Dokumentation). Redaktion: Joachim Beerhorst/Anneli Rüling, 58 S.
- P99-502** Eckart Hildebrandt: Arbeit und Nachhaltigkeit, 39 S.
- P99-503** Felix Beutler, Jörg Brackmann: Neue Mobilitätskonzepte in Deutschland – Ökologische, soziale und wirtschaftliche Perspektiven, 80 S.
- P99-504** Volker Hielscher: Gewerkschaftsarbeit im Wohngebiet: Eine Antwort auf neue Herausforderungen der Gewerkschaften?, 29 S.
- P99-505** Sebastian Brandl, Ulli Lawatsch: Vernetzung von betrieblichen Interessenvertretungen entlang der Stoffströme – Alternativen zu dezentralisierten, den einzelnen Betrieb betreffenden Formen der Interessenvertretung, 46 S.
- P99-506** Carroll Haak, Günther Schmid: Arbeitsmärkte für Künstler und Publizisten – Modelle einer zukünftigen Arbeitswelt?, 44 S.
- P99-507** Eckart Hildebrandt: Flexible Arbeit und nachhaltige Lebensführung, 38 S.
- P99-508** Weert Canzler, Andreas Knie: Neue Mobilitätskonzepte: Rahmenbedingungen, Chancen und Grenzen, 33 S.
- P99-509** Elisabeth Redler: Eigenarbeits- und Reparaturzentren – ökologische Qualität der Eigenarbeit, 36 S.
- P99-510** Ulrike Schumacher: Zwischen Ausgrenzung und neuen Potentialen – Die Modernisierung ehrenamtlicher Arbeit und der individuelle Mix von Tätigkeiten am Beispiel des Engagements in Berliner Umweltschutzorganisationen, 59 S.
- P99-511** Thomas Ritt: Die Beschäftigungsfelder im Umweltschutz und deren Veränderung, 41 S.
- P99-512** Frank Kleemann, Ingo Matuschek, G. Günter Voß: Zur Subjektivierung von Arbeit, 50 S.
- P00-501** Frank H. Witt, Christoph Zydorek: Informations- und Kommunikationstechnologien – Beschäftigung, Arbeitsformen und Umweltschutz, 59 S.
- P00-502** Jürgen P. Rinderspacher: Zeitwohlstand in der Moderne, 76 S.
- P00-503** Klaus Fichter: Beteiligung im betrieblichen Umweltmanagement, 38 S.
- P00-504** Adelheid Biesecker: Kooperative Vielfalt und das „Ganze der Arbeit“ – Überlegungen zu einem erweiterten Arbeitsbegriff, 23 S.
- P00-505** Heinz-Herbert Noll: Konzepte der Wohlfahrtsentwicklung: Lebensqualität und „neue“ Wohlfahrtskonzepte, 29 S.
- P00-506** Carsten Schneider: Veränderungen von Arbeits- und Umwelteinstellungen im internationalen Vergleich, 40 S.

- P00-507** Wolfgang Hien: Betrieblicher Gesundheitsschutz und betrieblicher Umweltschutz unter Mitarbeiterbeteiligung: Konflikt- und Synergiepotentiale, 39 S.
- P00-508** Hermann Schäfer: Ökologische Betriebsinitiativen und Beteiligung von Arbeitnehmern an Umweltmanagementsystemen, 31 S.
- P00-509** Josef Hilbert: Vom Kostenfaktor zur Beschäftigungslokomotive – Zur Zukunft der Arbeit in der Gesundheits- und Sozialwirtschaft, 43 S.
- P00-510** Max Geray: Verbindung der Ökologisierung von Produktionsstrukturen und Produktionsverfahren mit aktiver Gesundheitspolitik im Betrieb, 39 S.
- P00-511** Karin Schulze Buschoff: Über den Wandel der Normalität im Erwerbs- und Familienleben: Vom Normalarbeitsverhältnis und der Normalfamilie zur Flexibilisierung und zu neuen Lebensformen?, 31 S.
- P00-512** Sabine Krüger: Arbeit und Umwelt verbinden – Probleme der Interaktion zwischen Gewerkschaften und Nicht-Regierungsorganisationen, 57 S.
- P00-513** Uta Cupok: Lokales Handwerk: Dienstleistungen und Unternehmensnetzwerke, 50 S.
- P00-514** Martin Prange, Günter Warsewa: Arbeit und nachhaltige Stadtentwicklung – das Handlungsfeld lokale Ökonomie, 37 S.
- P00-515** Eckhard Priller, Jana Rückert-John: Nonprofit-Organisationen im Umweltbereich – Strukturen, Tätigkeitsfelder und Beschäftigungspotentiale, 43 S.
- P00-516** Peter Bleses: Auf zu neuen Ufern? Arbeit und Einkommen in der gewerkschaftlichen Zukunftsdebatte, 43 S.
- P00-517** Antje Vetterlein: Verhandelbarkeit von Arbeitszeitverkürzung. Zum Versuch neokorporatistischer Beschäftigungssteuerung im „Bündnis für Arbeit“, 93 S.
- P00-518** Karin Schulze Buschoff unter Mitarbeit von Jana Rückert-John: Vom Normalarbeitsverhältnis zur Flexibilisierung – über den Wandel der Arbeitszeitmuster: Ausmaß, Bewertung und Präferenzen, 29 S.
- P00-519** Katrin Gillwald: Konzepte sozialer Innovation, 50 S.
- P00-520** Manfred Moldaschl: Neue Arbeitsformen und ökologisches Handeln, 43 S.
- P00-521** Willy Bierter: Dematerialisierung und Beschäftigung im Rahmen einer pluralen Ökonomie, 25 S.
- P00-522** Gerd U. Scholl: Beschäftigungsimplicationen und ökologische Wirkungen einer Verlängerung und Intensivierung der Produktnutzung, 45 S.
- P00-523** Jana Rückert-John: Soziale Dimensionen der Nachhaltigkeit – Der „Runde Tisch zur nachhaltigen Entwicklung in Berlin und Brandenburg“, 44 S.
- P00-524** Volker Teichert: Die informelle Ökonomie als notwendiger Bestandteil der formellen Erwerbswirtschaft. Zu den ökonomischen, sozialen und ökologischen Wirkungen informellen Arbeitens, 138 S.
- P00-525** Peter Bleses und Georg Vobruba: Entwicklungslinien und Zukunftsperspektiven der Sozialpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, 53 S.

- P01-501** Sven Ripsas: Unternehmensgründung im Umweltschutz, 33 S.
- P01-502** Welf Schröter: Fallstudie AIFU „Regionales Anwender- und Innovations-Forum Umwelttechnologie“ Heilbronn/Neckarsulm. Ein bewertender Erfahrungsbericht aus der Perspektive der AIFU-Moderation, 39 S.
- P01-503** Gitta Barufke: Neue Armut und ökologische Verhaltensmöglichkeiten, 42 S.
- P01-504** Wolfgang Röhr: Voraussetzungen, Chancen und Anknüpfungspunkte für eine ökologische Betriebspolitik, 60 S.
- P01-505** Anneli Rüling: Arbeitszeit und Reproduktionsarbeit – Zusammenhänge und Wechselwirkungen am Beispiel der Teilzeitarbeit, 75 S.
- P01-506** Christel Degen: Teilzeitplus: Ein Instrument zur Förderung von Betrieben und Beschäftigten im europäischen Vergleich. Neue Handlungsspielräume für kleine und mittlere Unternehmen und ihre Beschäftigten durch präventive Arbeitsmarktpolitik, 37 S.
- P01-507** Eckart Hildebrandt, Eberhard Schmidt: Industrielle Beziehungen und Umweltschutz auf europäischer und internationaler Ebene, 48 S.
- P01-508** Jürgen Kädtler: Gewerkschaftliche Leitbilder und Organisationslernen im Umweltschutz, 35 S.
- P01-509** Geneviève Hesse: Erwerbslose Ehrenamtler – Botschafter einer sinnvollen Arbeit oder Opfer der Erwerbsarbeitskrise? Eine explorative Studie über Erwerbslose nach ihrer Beratung in der Berliner Freiwilligenagentur „Treffpunkt Hilfsbereitschaft“, 54 S.
- P01-510** Burghard Flieger: Betriebliche Formen gemeindenaher ökologischer Versorgung, 68 S.
- P01-511** Helmut Weidner, Sebastian Brandl: Synopse zu Arbeit und Nachhaltigkeit in Zukunftsstudien, 57 S.

Bei Ihren Bestellungen von WZB-Papers schicken Sie, bitte, unbedingt einen an Sie adressierten **Aufkleber** mit, sowie **je Paper eine Briefmarke im Wert von € 0,51** oder einen **"Coupon Réponse International"** (für Besteller aus dem Ausland).

Please send a **self-addressed label and postage stamps in the amount of € 0,51** or a **"Coupon-Réponse International"** (if you are ordering from outside Germany) for each WZB-Paper requested.

Bestellschein

Order Form

Paßt im Fensterumschlag! • Designed for window envelope!

An das
Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung gGmbH
PRESSE- UND INFORMATIONSREFERAT
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin

Absender • Return Address:

Hiermit bestelle ich folgende(s) Discussion Paper(s) • Please send me the following Discussion Paper(s)

Autor(en) / Kurztitel • Author(s) / Title(s) in brief	Bestellnummer • Order no.

